Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

„Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Leipziger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leipzigerstraße 14. Fernruf: 21045. 21047.

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonto: Commerz- und Privatbank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48 Fritz Kroh, Halle. Druck: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH., Halle, Leipzigerstr. 14. Fernruf: 22251

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Mittwoch, 22. Mai 1929 | 9. Jahrgang • Nr. 117

50000 Textilarbeiter werden ausgesperrt!

Brutaler Unternehmervorstoß in Schlesien — Der Kampf in der chemischen Industrie soll abgewürgt werden — Verhindert den reformistischen Verrat

Vor der Massenaussperrung in der Textilindustrie

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Mai.

„Vossische Zeitung" meldet:

„Der Verband schlesischer Textilindustriellen hat für Sonnabend, 25. Mai, die Gesamtaussperrung in der schlesischen Textilindustrie beschlossen. Die Kündigungen sind bereits erfolgt. Es handelt sich um rund 50 000 Textilarbeiter und -arbeiterinnen betroffen. Vorherrschend hatten die Unternehmer den Lohntarif gekündigt mit dem Ziele der Herabsetzung der Löhne in Spinnereien und der Ablehnung einer Lohnerhöhung in einigen Betrieben. Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Unternehmern führten zu keinem Ergebnis. Es wurde nun ein Schiedsspruch gefällt, der nur den Manteltarif betrifft und ihn bis Ende 1930 verlängert."

Diese anscheinende Meldung signalisiert der Arbeiterschaft wiederum in aller Deutlichkeit, wohin der Weg der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie führt. Das Unternehmertum geht **bereits zum Angriff über**, weil es genau weiß, daß die reformistischen Führer in den Gewerkschaften nicht daran denken, die Arbeiterschaft in wirkliche Kämpfe um Lohn und Brot zu führen. Wie im Ruhrgebiet die Metallgewaltigen, ergreifen die Herren Textilindustriellen jetzt die Offensive.

*

Ähnlich werden sich die Wirtschaftskämpfe überall abspielen, wenn die Arbeiterschaft in den Betrieben nicht dazu übergeht, Sabotage der Gewerkschaftsbürokratie zu brechen.

Mitteldeutschland steht die Arbeiterschaft in der chemischen Industrie mitten in einer Lohnbewegung.

Unternehmer haben 2½ Pfennig angeboten und wollen den Lohn auf ½ Jahr abschließen. Sie werden in der chemischen Industrie, die heute noch gut beschäftigt ist, nicht zu Angriffen gegen die Arbeiterschaft, wie es jetzt wieder in Sachsen geschieht, übergehen. Aber sie wissen, daß sie sich auf die reformistischen Führer der freien Gewerkschaften verlassen können, daß diese Führer nichts unternehmen, um eine Massenaktion der Chemiearbeiterschaft vorzunehmen und einen ernsten Kampf vorzubereiten. Bei der ständig wachsenden Teuerung muß der Abschluß eines derartigen Tarifvertrages die glatte Auslieferung der Arbeiterschaft an die Hungerpolitik der unter sozialdemokratischer Führung stehenden Koalitionsregierung bedeuten. In Geheimkonventikeln mit einer sorgfältig ausgesiebten Teilnehmerschaft will die Bureaukratie den Kuhhandel mit dem Chemiekapital perfekt machen. Am 29. Mai soll die Tarifkommission erneut zusammentreten und am 2. Juni ist eine Chemiekonferenz angesetzt, an der wiederum nur von den Reformisten bestimmte Leute teilnehmen werden. Wie man ferner hört, wird bereits am kommenden Sonntag eine Zahlstellen-Leiter-Konferenz des FAV. stattfinden, bei der die einzelnen Phasen der Abwürgungstaktik genau festgelegt werden. Eine Heidenangst haben die reformistischen Führer vor der Tätigkeit der Opposition. Ueberall reisen sie umher und versuchen, die Arbeiterschaft einzuseifen.

Es gilt, sofort überall die Belegschaften zusammenzurufen und Kampfausschüsse in den Betrieben zu wählen, die alle Maßnahmen beschließen zur Aufnahme des Kampfes. Es gilt, die Zusammenschiebung der Konferenzen von seiten der Gewerkschaftsbürokratie zu verhindern und zu verlangen, daß die Delegierten zu diesen entscheidenden Sitzungen von den Belegschaften selbst gewählt werden. Die Empörung unter den Chemiearbeitern über den geplanten Schandschiedsspruch ist groß. Diese Empörung muß umgemünzt werden in den klaren Willen zur offenen Auseinandersetzung mit dem Chemiekapital.

Verhöhnung der mitteldeutschen Straßenbahner

Nachdem der Schiedsspruch über den Neuabschluß des Bezirks-Lohntarif-Vertrages und der Lohntafel für das Personal der kommunalen Straßenbahnen Mitteldeutschlands vom 16. Mai abgelehnt worden war, schlugen die Gewerkschaftsführer in der sozialdemokratischen Presse große Töne an. Sie drohten sogar mit einem Verkehrsstreik zu Pfingsten. Man hat weder von diesem noch von anderen vorbereitenden Kampfmaßnahmen bisher etwas gehört. Wohl aber meldet das „Volksblatt" gestern ohne Kommentar, daß die tarifliche Berufungsinstanz den Schiedsspruch der ersten Instanz weiter verschlechtert hat. Die Erhöhung der Spitzenlöhne ist bestehen geblieben, aber die Laufzeit des Lohnabkommens, die ursprünglich bis zum 31. März 1930 ging, ist bis zum 30. September 1930 verlängert worden. An den Straßenbahnern wird es liegen, ob sie sich dieser neuen Verschlechterung des Schandschiedsspruches fügen wollen.

Wo stehen die Liquidatoren?

Nach dem Abschluß der Tagung der XVI. Reichskonferenz der KPSU. erschien in der „Prawda" der nachstehende, von uns teilweise wiedergegebene Artikel, dessen Inhalt wir aufmerksam zu lesen ersuchen. (Z. Red.)

Die XVI. Reichskonferenz der KPSU. hat den Fünfjahrplan der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft bestätigt.

Die Rekonstruktionsperiode führt zu bedeutenden Veränderungen auf sozialem und ökonomischem Gebiet und im gegenseitigen Verhältnis der verschiedenen Klassen und ist unvermeidlich mit großen Schwierigkeiten verbunden, deren Basis im Vorherrschen des kleinen bäuerlichen Einzelbesitzes und in der feindlichen kapitalistischen Einkreisung liegt.

Der Klassenfeind — der Kulak, der Nep-Mann und der Schädling — schläft nicht und widersetzt sich zähe dem Angriff des Proletariats und hemmt den Aufbau des Sozialismus.

Deshalb muß heute in der Periode der sich entfaltenden Rekonstruktion, in der Periode der Verschärfung des Klassenkampfes die ganze Partei und das Proletariat die Frage des Klassenkampfes besonders klar stellen; das ist notwendig im Interesse des erfolgreichen sozialistischen Aufbaues und der erfolgreichen sozialistischen Offensive. Wer die vor sich gehenden Klassenverschiebungen sieht und die Mechanik des Klassenkampfes begreift, der wird dem Feind in voller Rüstung begegnen und die Klassenlinie in der alltäglichen Arbeit klar durchführen. Derjenige aber, der die bei uns vor sich gehenden Klassenverschiebungen nicht bemerkt, der wird vor dem Feind kapitulieren, er wird dadurch die Diktatur des Proletariats schwächen und den Weg bahnen zur Restauration des Kapitalismus.

Gerade in dieser wichtigsten Grundfrage gibt es zwei verschiedene Linien. Auf der einen Seite: die leninistische Linie der Partei und ihres ZK.: entschiedene Offensive gegen die kapitalistischen Elemente und Ausrottung der Wurzel des Kapitalismus durch die sozialistische Umgestaltung der kleinen Bauernwirtschaften. Auf der anderen Seite steht dem eine dem Leninismus feindliche Linie, die Linie der rechten Opposition, gegenüber. Die Rechten sind trotz der Beschlüsse des 15. Parteitages bestrebt, die Linie der Partei durch eine Politik des friedlichen Zusammenlebens mit dem Kulak zu ersetzen, was in Wirklichkeit eine vollständige Ablehnung der auf die Vernichtung der Klassen gerichteten Linie der Partei bedeutet.

Unsere Partei ging und geht heute von der leninistischen Lehre aus, daß „die Diktatur des Proletariats die Fortsetzung des Klassenkampfes des Proletariats in neuen Formen bedeutet". Die Klassengegensätze werden durch den Klassenkampf aufgehoben. Dieses Axiom darf man nicht vergessen.

Die rechte Opposition verkündet aber die unmarxistische Theorie des friedlichen Hineinwachsens des Kulaks in den Sozialismus. An Stelle des Kampfes rechnet sie mit einem Hineinwachsen der Kulakennester in das System der proletarischen Diktatur.

An Stelle des Kampfes mit einer Vertuschung der Klassengegensätze.

Eine solche Theorie ist durch und durch opportunistisch, schädlich und gefährlich für die revolutionäre Partei des Proletariats.

Auf diese unrichtige Theorie stützt sich auch die unrichtige opportunistische Einschätzung der gegenwärtigen Lage durch die Rechten. Die Vertreter der rechten Abweichung leugnen, daß die Verschärfung des Klassenkampfes unter den gegenwärtigen Verhältnissen der Rekonstruktionsperiode unvermeidlich sei, und versuchen, die Tatsachen der Verschärfung des Klassenkampfes nicht durch die sozialen und ökonomischen Bedingungen, sondern durch planwirtschaftliche Fehler und durch die Mängel des unteren Apparats zu begründen.

Die Partei, die die Diktatur des Proletariats in leninistischer Weise als die Fortsetzung des proletarischen Klassenkampfes unter den neuen Verhältnissen auffaßt, stellt fest, daß der Klassenkampf sich in der gegenwärtigen Periode verschärft. Diese Verschärfung des Klassenkampfes kommt in verschiedenen Formen zum Ausdruck: in den Versuchen des Kulak, die Getreidebeschaffungen zu vereiteln, die Preispolitik der Sowjetmacht zu sprengen, sie kommt zum Ausdruck in einer Welle von Terrorakten gegen die besten Vertreter der Sowjetgesellschaft, in der Agitation der Kulaken gegen die Kollektivwirtschaften und Sowjetgüter, in der Schädigung von Sowjeteigentum usw.

Die Hauptursache der Verschärfung des Klassenkampfes in der gegenwärtigen Periode ist die systematische Festigung der sozialistischen Positionen des Proletariats. Wir wachsen rascher, der Klassenfeind fühlt seine Schwäche und verstärkt seinen Widerstand, der Kulak will keineswegs „friedlich" in den Sozialismus hineinwachsen.

Die rechte Opposition, die die spezifischen Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion, die vor sich gehenden Klassenveränderun-

Geschlossene Entente-Front in Paris

Schachts Vorbehalte abgelehnt — Die deutsche Delegation kapituliert

Die Pariser Reparationskonferenz steht vor dem Abschluß. Die Vertreter der Gläubigermächte haben sich im Laufe der Verhandlungen der letzten Tage, die auch durch die Pfingstfeiertage nicht unterbrochen wurden, über eine gemeinsame Antwort auf die deutschen Vorbehalte geeinigt. Der Text der Gläubigerantwort ist voraussichtlich bereits heute früh der deutschen Delegation zur Kenntnis gebracht.

Nach den Mitteilungen der Pariser Presse werden die beiden wichtigsten Vorbehalte Schachts, nämlich hinsichtlich eines Moratoriums für die Aufbringung der Reparationssummen und hinsichtlich der Heranziehung der sogenannten Nachfolgestaaten (Ungarn, Tschechoslowakei, Jugoslawien usw.) zur Deckung der Entente-Schulden an Amerika vom 37. bis zum 58. Jahre von den Gläubigern abgelehnt. Das bedeutet praktisch eine Erhöhung der Jahreszahlungen über die von Owen Young vorgeschlagene Summe.

Unter der Bedingung, daß der ungeschützte, also frei verfügbare und zu mobilisierende Teil der deutschen Reparationszahlungen beträchtlich erhöht wird, erklären sich die Reparationsgläubiger bereit, den auch von Schacht akzeptierten Youngschen Vorschlag, der eine Durchschnittsannuität von 2,05 Milliarden Mark als Verhandlungsgrundlage anzunehmen.

Bei der Frage der Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Gläubiger ist eine Einigung zustande gekommen, die wieder einmal die Festigkeit des Ententeblocks demonstriert.

Die Entente-Mächte haben jeden Vorwand zu nehmen, der ihnen die Möglichkeit gibt, Amerika für das praktische Scheitern der Verhandlungen verantwortlich zu machen, hat die amerikanische Regierung kündigt, daß sie „bereit" sei, ebenfalls Konzessionen über Deutschland zu machen durch eine Herabsetzung der völlig unbedeutenden amerikanischen Reparationsforderungen zugunsten der amerikanischen Besatzungskosten. Es handelt sich dabei um eine Summe von etwa fünf Millionen Mark jährlich, die praktisch überhaupt nicht ins Gewicht fällt.

Gleichzeitig holt Amerika zu einem neuen Vorstoß gegen die Entente aus. Der amerikanische Schatzamtssekretär Mellon ersuchte gestern den französischen Gesandten Claudel um eine sofortige Mitteilung darüber, ob die französische Regierung jetzt bereit sei, das bisher noch nicht ratifizierte französisch-amerikanische Schuldenabkommen, das sogenannte Mellon-Berenger-Abkommen zu ratifizieren. Im Falle einer zustimmenden Antwort stellt Amerika eine Verlängerung der Frist für die Zahlung der fälligen 400 Millionen Dollar in Aussicht.

Es handelt sich hier um einen neuen Versuch Amerikas, durch einen „freundlichen" Druck auf Frankreich eine Bresche in die Entente-Front zu schlagen.

In den letzten drei Wochen ist in unmittelbarem Zusammenhange mit den Berliner Maikämpfen der politische Hintergrund und Inhalt der Reparationsfrage mit noch nicht dagewesener Klarheit zutage getreten. Noch nie hat die deutsche bürgerliche und sozialdemokratische Presse mit solcher zynischer Offenheit die Verständigung der europäischen Konterrevolution gegen die Sowjetunion als Basis und zugleich Voraussetzung für jede Reparationsverständigung propagiert.

Der plötzliche, unvermittelte und radikale Verzicht der deutschen Delegation auf das berühmte Schachtsche Angebot ist eine alarmierende Demonstration des entschlossenen Willens der deutschen Bourgeoisie um jeden Preis den Anschluß an die Entente-Kriegsfront zu vollziehen.

Das ist die entscheidende Lehre der Pariser Reparationsverhandlungen, die auch durch die praktische Ergebnislosigkeit der „Sachverständigen"-Konferenz angesichts der Verschärfung aller Widersprüche der kapitalistischen Weltwirtschaft und der wachsenden Zuspitzung der imperialist. Gegensätze, nicht aus der Welt geschafft wird.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0001

gen im Lande nicht begreift, gelangt zu **unrichtigen kleinbürgerlichen Positionen** auch auf dem Gebiete der bäuerlichen Politik überhaupt und in der **Politik gegenüber den Mittelbauern** im besonderen.

Lenin hat den Doppelcharakter des Mittelbauern oft hervorgehoben. Der Mittelbauer ist zugleich Werktätiger und Eigentümer. Dieser **Doppelcharakter des Mittelbauern** ist die Basis für seine Schwankungen. **Als Werktätiger ist der Mittelbauer interessiert an einem festen Bündnis mit dem Proletariat unter der Führung des letzteren;** er ist interessiert an der sozialistischen Umgestaltung der Wirtschaft; an der Industrialisierung; an den Kollektivwirtschaften, Produktivgenossenschaften usw. Als Besitzer richtet er seinen Blick nach der entgegengesetzten Seite, orientiert sich nach den wohlhabenden Ausbeuterelementen des Dorfes und drängt nach dem Weg individualistischer Entwicklung. In dieser Richtung gibt es aber für ihn keinen Ausweg. Der einzige Weg der wirtschaftlichen Hebung der bäuerlichen Hauptmassen ist die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft.

Der wahre Sinn des Gesetzes der Rechten über den Mittelbauer, des Geschwätzes über die sogenannte „militärisch-feudale Ausbeutung" liegt in dem Versuch der rechten Opportunisten, sich auf die Bestrebungen des Mittelbauern als Eigentümer zu stützen und die Neigungen des Mittelbauern als Werktätigen zu mißachten. Es ist ganz klar, daß einen solchen Kurs auf den Mittelbauer (als Besitzer jede kleinbürgerliche Partei gern annehmen wird, die Arbeiterklasse und die bolschewistische Partei können aber einen solchen Kurs nicht annehmen, da der Weg einer breiten Entfaltung des kapitalistischen Elementes, ein Weg der Untergrabung der proletarischen Diktatur, ein Weg der Hemmung des sozialistischen Aufbaus ist.

Derart ist der Klassencharakter der rechten Opportunisten, deren Standpunkt objektiv zur Verteidigung des kulakischen Weges der Entwicklung in der Landwirtschaft führt.

Nur im Lichte der oben erwähnten opportunistischen Fehler werden die liberale Einschätzung der Nep und die Unterschätzung der neuen Formen des Zusammenschlusses zwischen der sozialistischen Industrie und der Landwirtschaft durch die Rechten begreiflich.

Die Linie der Rechten ist also die Entfesselung der kleinbürgerlichen Anarchie, die Aufhebung des Mißverhältnisses zwischen landwirtschaftlichen und Industriepreisen auf der Basis einer Preiserhöhung, die letzten Endes zur Verschlechterung der Arbeiterklasse, der Dorfarmut, des Mittelbauern und zum Wachstum der kapitalistischen Elemente in Stadt und Land führen müßte.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen der sozialistischen Rekonstruktion, auf der Basis des industriellen Wachstums und des raschen Entwicklungstempos der Industrie treten neben den alten (auf dem Handel beruhenden) Formen des Zusammenschlusses neue auf der Produktion beruhende Formen in den Vordergrund. Die Sowjetmacht und der sozialistische Aufbau können noch nicht endlos bzw. lange Zeit hindurch auf zwei verschiedenen Grundlagen beruhen: auf der Grundlage der größten, konzentriertesten sozialistischen Industrie und auf der Grundlage der zersplittertsten und rückständigsten kleinen Bauernwirtschaft. Man muß die Landwirtschaft stufenweise, systematisch und zähe auf eine neue technische Basis umstellen, auf die Basis der Großproduktion, die sie der sozialistischen Industrie anpaßt. Jetzt wird bereits **die Lösung der von Lenin gestellten Aufgabe „Wer, wen?"** aus dem Gebiet des Handels **in das Gebiet der Produktion verlegt.** Durch unsere Linie auf dem Ausbau der Kollektivwirtschaften und der Sowjetgüter entziehen wir dem Kulaken den Boden und verdrängen ihn ökonomisch. Jetzt bedarf es einer unmittelbaren Unterstützung der Landwirtschaft durch die Industrie. Der Kern der Frage liegt in einer raschen Industrialisierung des Landes, hier liegt der Schlüssel sowohl zur Lösung des Getreideproblems als auch zur Entfaltung und zum Ausbau der neuen Formen des Zusammenschlusses auf der Basis der Nep.

Die Durchführung der komplizierten Aufgaben der sozialistischen Rekonstruktion, die Ueberwindung der mit ihnen verbundenen Schwierigkeiten, die Verschärfung des Klassenkampfes, verlangen die Umstellung der Arbeit aller unserer Organisationen und eine entschiedene Abwehr des Druckes des kleinbürgerlichen Elements. Angesichts dieser komplizierten und höchst verantwortlichen Aufgaben wird die Partei den entschiedensten Kampf gegen jene negative Erscheinung in unserer Partei führen, gegen den Genossen **Stalin** schon auf dem 15. Parteitag auftrat und die darin bestehen, „**daß einige unserer Genossen den Wunsch haben, ruhig und bequem mit dem Strom zu schwimmen, ohne Perspektiven, ohne einen Blick in die Zukunft ...**" Und die rechte Opposition, die erschrocken ist vor den Schwierigkeiten des sozialistischen Aufbaus und vor den kleinbürgerlichen Elementen, kapituliert, besteht gerade aus solcher Art Leuten.

Die Partei bekämpft und wird die opportunistischen Schwankungen bekämpfen. **Geschlossen um die Grundsätze des Leninismus,** mobilisiert sie die Arbeiterklasse für die Ueberwindung des Klassenfeindes, für die erfolgreiche Durchführung des Planes der sozialistischen Rekonstruktion der Volkswirtschaft.

Weitere rote Pfingstaufmärsche

(Eig. Meldg.) **Braunschweig,** 21. Mai.

Die KPD. Niedersachsen rief zum 1. Pfingstfeiertag zum **roten Treffen nach Braunschweig** auf, wo die sozialdemokratische Regierung am Freitag durch die Ablehnung des Landtages ihre Angst vor den werktätigen Massen demonstriert hatte. Aus allen Teilen des Bezirks waren Delegationen erschienen, zirka 3000 Arbeiter demonstrierten unter roten Fahnen und revolutionären Losungen:

Trotz RFB.-Verbot rote Klassenfront!

Wir sind nicht zu verbieten! Rot Front.

Im Zuge fielen besonders die starken Gruppen in grauen Kitteln und grauen Mützen auf, die am Koppel den Sowjetstern trugen. Eine Gruppe fremdgeschriebener Zimmerleute erregte großes Aufsehen. Sie trugen an ihrer Spitze ein Transparent mit der Losung: „Nieder mit dem Polizeiterror!". Zahlreiche Arbeiter trugen an ihren Mützen Plaketten mit der Aufschrift: „Verboten!". Der Zug machte einen starken Eindruck und wurde in den Arbeitervierteln freudig begrüßt. An der Kundgebung selbst nahmen zirka 6000 Arbeiter teil.

(Eig. Meldg.) **Chemnitz,** 21. Mai.

Viele tausend Arbeiter aus dem Erzgebirge und Vogtland waren in **Aue** zum Pfingsttreffen der KPD. am 1. Pfingstfeiertag aufmarschiert. Der Aufmarsch gestaltete sich zu einer vom Kampfgeist getragenen Demonstration gegen die sozialfaschistische Koalitionsdiktatur. Die Polizei hatte es darauf angelegt, den Aufmarsch durch Absperrungsmaßnahmen in Chemnitz und durch Abfangen von Autos gewissermaßen zu blockieren. Jedoch ohne Erfolg. Auch die Kameraden des verbotenen RFB. marschierten in Bundeskleidung auf.

Beschlagnahmt

München, 22. Mai.

Die Pfingstnummern der kommunistischen „Neuen Zeitung" und der „Nordbayrischen Volkszeitung" sind durch Beschluß des Amtsgerichts München wegen Aufforderung zum Hochverrat und öffentlicher Aufreizung zum Klassenkampf beschlagnahmt worden.

Der fünfte Rätekongreß der Sowjetunion eröffne

Die Kongreß-Delegierten bekunden ihre Treue zur bolschewistischen Parteilinie durch minutenlan Ovationen für Genossen Stalin — Bericht des Genossen Rykow über die Politik der Sowjetregier

(WTB.) **Moskau, 22. Mai.**

Der **fünfte Rätekongreß** der Sowjetunion ist am Sonntag **nach zweijähriger Pause eröffnet worden. Rykoff erstattete den Regierungsbericht. Im weiteren Verlauf des Kongresses werden Krschischanowski und Kuibyschew über den Fünfjahrplan für die Wirtschaft und Kalinin über den Aufstieg der Landwirtschaft sprechen.**

Kalinin, der den Kongreß eröffnete, wurde lebhaft begrüßt. Die Wahl des Präsidiums geschah durch Akklamation, wobei deutlich erkennbar wurde, welche Mitglieder sich der Popularität erfreuen und welche wegen der Auseinandersetzungen zwischen der Parteiführung und der Rechtsopposition ihre Beliebtheit bei den Kongreßmitgliedern verloren haben.

Ins Präsidium wurden u. a. gewählt: Bucharin, der ohne Applaus, und Tomski, der mit schüchternem Willkommen begrüßt wurde. Beide waren nicht erschienen, auch nicht Woroschilow. Der Vorsitzende schlug unter Zustimmung des Hauses vor, das Referat Woroschilows von der Tagesordnung zu streichen. Als Stalins Name bei der Wahl zum Präsidium genannt wurde, folgte minutenlanger Beifall.

Als erster Redner nahm Rykow, der Vorsitzende des Rates der Volkskommissare der Sowjetunion, das Wort. Er erklärte u. a.: Die Sowjetregierung betreibt unwandelbar **Friedenspolitik** und war stets bestrebt, die Wirtschaftsbeziehungen zu anderen Staaten auszubauen. Der dem Rätekongreß unterbreitete Fünfjahrplan, insbesondere der Plan der Ein- und Ausfuhr, zeigt große Möglichkeiten in der Zusammenarbeit und Entwicklung der Handelsbeziehungen.

Voraussetzung zu jeder fruchtbaren wirtschaftlichen Zusammenarbeit ist aber das Bestehen von normalen und geregelten politischen und diplomatischen Beziehungen.

Große Aufmerksamkeit der öffentlichen Meinung der Sowjetunion erweckt gegenwärtig die Stellungnahme der deutschen Behörden in der Untersuchung der Tätigkeit von Weißgardisten, die in Berlin sowjetfeindliche Falschdokumente herstellten. Die Sowjetunion interessiert dabei besonders die restlose Aufdeckung aller Fäden der Tätigkeit dieser politischen Gauner, denn ihre Arbeit wirkt sich verderblich in den Beziehungen zwischen der Sowjetunion und anderen Ländern aus, wofür der berüchtigte Sinowjew-Brief den Beweis liefert.

Ferner wies Rykow darauf hin, daß die **englische** Volkswirtschaft, insbesondere der Ausfuhrhandel, infolge des Bruchs mit der Sowjetunion und des Fehlens einer normalen Entwicklungsgrundlage im Laufe von zwei Jahren eine außerordentliche Einbuße erlitten habe.

Weiter führte Rykow aus: In den letzten zwei Jahren sind die Wirtschaftsbeziehungen der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten in systematischer Entwicklung begriffen. Eine beständigere und großzügigere Entfaltung dieser Beziehungen wird durch das Fehlen normaler Beziehungen behindert.

Die Beziehungen zu **Frankreich** sind nicht vom Fleck gekommen, auf dem sie im Jahre 1927, dem Augenblicke der Abreise Rakowskis, stehen geblieben waren. Die französische Regierung hat den Antrag Rakowskis auf Regelung der Schulden und des Kreditproblems **nicht beantwortet.** Auch den Antrag der Sowjetregierung auf Abschluß eines Nichtangriffsvertrags hat die französische Regierung **ohne Antwort** gelassen.

Hinsichtlich der Beziehungen der Sowjetunion zu Polen und baltischen Ländern erklärte Rykow: Damit das Mos Protokoll keine leere Deklaration bleibt, sondern sich in die umsetzt, muß es von entsprechenden Maßnahmen auf dem Ge der Festigung und des Ausbaues friedlicher Zusammenarbeit der Teilnehmer begleitet sein. Diesen Wu hegt die Regierung der Sowjetunion nicht aber einige an Teilnehmer der Moskauer Protokolle. Das Vorgehen polnis Führer die Antisowjet-Kampagne der polnis Presse und andere Tatsachen beweisen, daß die polnische Re rung das Moskauer Protokoll nicht etwa als Grundlage der Fe gung und Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Sowjetunion betrachtet.

Sodann sprach Rykow über das Fehlen normaler politischer Beziehungen zur **Tschechoslowakei** hin. Er erklärte, das Bestreben der tschechoslowakischen Regierung, sich durch gegenseitige Bindungen mit anderen Staaten ge die Sowjetunion zusammenzuschließen, werde sich in Beziehungen zwischen beiden Ländern ungünstig auswirken.

Zum Schluß erklärte er, die Sowjetregierung werde auch fer hin eine Friedenspolitik betreiben, um die Möglichkeit einer fr lichen Entwicklung ihrer geschäftlichen Beziehungen mit a Mächten zu sichern. Ziehe man aber aggressive Te denzen einiger Mächte gegenüber der Sowjetunion in Betracht, so dürfe man die Notwendigkeit einer Festigung der Wehrfähigkeit Landes nicht vergessen.

Polnischer „Protest"

Warschau, 22. Ma

Die Ausführungen **Rykoffs** auf dem Rätekongreß der Sowjetunion über die sowjetfeindliche Hetze in Polen haben in **polnischen** Regierungskreisen **Mißfallen** erregt. Der beim Rätekongreß in Moskau anwesende polnische Gesandte Pa verließ zum Zeichen des **Protestes** die Diplomatenloge.

Das Pilsudski-Blatt „**Glos Prawdi**" schreibt in diesem Zusammenhange, daß die „herausfordernden" Erklärungen der Le der Sowjetpolitik neuerdings systematische Bedeutung erhi Ein „drohendes Zeichen" sei der der „Provokation" Rykoffs im Saale gespendete Beifall. Dieser Beifall zeuge von der „im rischen Stimmung der Bevölkerung".

Tagung des Allrussischen Zentralvollzugsausschu

Neuwahl des Rats der Volkskommissare der RSFSR.

(WTB.) **Moskau, 22. Ma**

Der auf dem zu Ende gegangenen Rätekongreß für Innerrußland (RSFSR.) gewählte **Allrussische Zentralvollzugsausschuß** ist zu seiner ersten Tagung zusammengetr **Kalinin** wurde erneut zum Vorsitzenden des Präsidiums des Allrussischen Zentralvollzugsausschusses gewählt. Außerdem w der Rat der Volkskommissare mit **Syrtzoff** als Vorsi neu aufgestellt. Bis jetzt war **Rykoff** gleichzeitig Vorsi des Rats der Volkskommissare der Sowjetunion (USSR.) Innerrußlands (RSFSR.). Syrtzoff hat früher dem Präs des sibirischen Landesvollzugsausschusses angehört.

Noch ein Pfingstgeschenk des Trustkapitals

Erhöhung der Eisenpreise — Ein neuer Schlag gegen die Werktätigen

Der Deutsche Roheisenverband in Essen hat als Pfingstgeschenk dem deutschen Volke den Beschluß überreicht, die Eisenpreise um durchschnittlich 4 Mark für die Tonne mit sofortiger Wirkung zu erhöhen. Die Begründung ist einfach köstlich. Sie lautet dahin, daß die Eisenpreise seit ungefähr zwei Jahren nicht mehr erhöht worden sind. Die üblichen Phrasen über die Steigerung der Selbstkosten usw. werden mit zynischer Offenheit gar nicht mehr angeführt.

Die Presse der Fertigindustrie erhebt ein Wehgeschrei über die völlig überraschende Eisenpreiserhöhung. Es ist aber klar, daß die Fertigindustrie sich nicht mit dieser Klage begnügen, sondern die Kosten durch Verteuerung ihrer **Waren auf die Schultern der werktätigen Massen abwälzen** wird. Bezeichnend für die diktatorische Macht des Finanzkapitals ist der Umstand, daß das Reichswirtschaftsministerium von der Preiserhöhung vorher überhaupt nicht verständigt wurde.

Was die wirtschaftliche Begründung betrifft, wonach die Eisenpreiserhöhung durch die im Ausland erfolgten Eisenpreiserhöhungen begründet wäre, so ist sie schon deshalb ganz fadenscheinig, weil die durch hohe Zölle geschützten deutschen Eisensorten viel teurer sind als die entsprechenden Waren im Ausland.

Die neue Eisenpreiserhöhung leitet eine allgemeine Teuerungswelle ein. In ihr kommt derselbe **Hungerkurs der Koalitionspolitik** zum Ausdruck, wie in den elenden Schiedssprüchen. Zwei Seiten ein und derselben Politik, gegen die der einheitliche Massenkampf der Millionenmassen geführt werden muß.

Faschistenpleite in Wittenberg

(Eig. Meld.) **Wittenberg,** 21. Mai.

In Wittenberg entfalten die Nationalsozialisten in den letzten Wochen eine gesteigerte Tätigkeit. Sie glauben, in dem Orte, wo die Brandleristen augenblicklich noch eine gewisse Stärke besitzen und durch das RFB.-Verbot eine — nicht vorhandene — Verwirrung unter der Arbeiterschaft dazu benutzen zu können, um für ihre dunklen Zwecke im Trüben zu fischen.

Mit der bei den Nazis üblichen Großmäuligkeit hatten sie ein SA.-Pfingsttreffen angekündigt. Es waren im ganzen nur 500 uniformierte Faschisten erschienen. Diese Zahl war aber auch nur mit stärkster Unterstützung des Gaues Berlin, SA.-Leuten aus Sachsen, Anhalt und Thüringen erreicht worden. Die Schupo war in stärkstem Maße aufgeboten und schützte bei den Aufmärschen am ersten Pfingsttage die Nazis vor der „allzu nahen Bekanntschaft" mit der Wittenberger Arbeiterschaft.

In nicht mißzuverstehender Weise wurden die Nazis von den Arbeitern empfangen. Am Sonntagmorgen lasen die Faschisten an zahllosen Häusern, auf Straßen und Plätzen Begrüßungsinschriften, wie: „**Tod dem Faschismus**", „**Es lebe die rote Front**" usw.

Die Tatsache, daß die Nazis seit langen Jahren zum erstenmal in Wittenberg einen solchen Aufmarsch durchführen konnten, muß die revolutionäre Arbeiterschaft des dortigen Industriebezirks dennoch zur **höchsten Alarmbereitschaft** anspannen. Den beabsichtigten Marsch nach Piesteritz hatte die Polizei den Nazis — **angeblich — verboten.** Ein solcher **wäre ihnen im roten Piesteritz auch schlecht bekommen.**

Her zur KPD!

Im Bezirk Groß-Thüringen sind in den letzten Wochen wieder eine ganze Anzahl Neuaufnahmen für unsere Partei gemacht worden. Damit steigt die Zahl der seit Januar d. J. für die Partei gewonnenen neuen Mitglieder auf 1280.

124000 Mark Arbeitergelder unterschlagen

2½ Jahre Gefängnis für einen reformistischen Gewerkschaftsf

Am 15. Mai stand vor dem Erweiterten Schöffengericht Mü der langjährige Gewerkschaftssekretär Georg **Murböck**, Ge des freigewerkschaftlichen Deutschen Landarbeiterverbandes war angeklagt, Gelder des DLV. wie der Münchner K wohnungsbaugenossenschaft, deren Kassierer er war, untersch zu haben. Das Gericht stellte Unterschlagungen in Höhe von 12 Mark fest. Das Schöffengericht München verurteilte Murb 2½ Jahren Gefängnis.

Bei der Zeugenvernehmung ergab sich, daß Murböck seit Ja ein **ausschweifendes Bourgeoisleben** geführt h Er machte in Weinrestaurants Zechen von 100 Mark und Riesensummen für zahlreiche Prostituierte aus. Der Hauptvo des DLV. ließ jahrelang nur oberflächliche Revisionen vorne weil Murböck ein unübertrefflicher Kommunistenfresser war deshalb solange wie möglich gehalten werden sollte.

Murböck ist **nur einer** jener korrupten Gewerkschaftsf die jederzeit bereit sind, die Interessen der Arbeiterschaft a Kapitalisten zu verkaufen. Es ist nur logisch, daß die Leut sich von der kapitalistischen Klasse kaufen ließen, die alle ehrl Arbeiter mit fanatischem Haß verfolgen und sogar die bi Niederschlagung von Maidemonstrationen organisieren, von S zu Stufe hinabsinken. Murböck landete in der Trunksucht und **Bordell, er mußte jetzt von der ADGB.-Bureaukratie** preisge werden. Es ist aber Sache der ehrlichen Arbeiter, **allen** fre ten reformistischen Gewerkschaftsführern das Handwerk zu le

Auf die Straße geworfen

Die Zündholzfabrik in Lauenburg (Pommern), die zum Schwe Konzern gehört, **ist geschlossen worden.** Mehrere hundert Arbe sind dadurch brotlos geworden. Als einziger Betrieb in Lau burg ist es den entlassenen Arbeitern unmöglich, in anderen trieben unterzukommen. Mit der Stillegung der Zündholzf die noch der größte industrielle Betrieb in Hinterpommern verschlechtert sich die Lage der dortigen Arbeiterschaft noch meh

Kurze politische Meldungen aus aller Welt

Bei den Betriebsratswahlen bei Lanz-Mannheim erhielt Opposition auf eigener Liste erstmalig 786 Stimmen und 5 S im Betriebsrat.

Der neugewählte Sächsische Landtag ist von der Regierung den 6. Juni einberufen worden. Während dieser Tagung s Wahl des neuen Ministerpräsidenten erfolgen.

In Agram sind zu Pfingsten 65 Personen ohne Angabe Gründen verhaftet worden.

Die amtliche Kandidatenliste für die englischen Wahlen Unterhaus enthält 588 Konservative, 570 Arbeiterparteiler, Liberale, 31 Kommunisten, 31 Parteilose.

Die angedrohte Aussperrung einer halben Million engl Spinnereiarbeiter ist durch eine Einigung durch das eng Arbeitsministerium hinfällig geworden.

In Afghanistan führt Aman Ullah seine Kämpfe um die mit regulären Truppen der zu ihm stehenden Provinzen wei

Der Streik der australischen Bauholzarbeiter in Melb dauert seit drei Monaten an und gewinnt immer mehr an nung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0002

Metallarbeiter, Alarm! Heraus zur Abwehr!

…altung des DMV. durch die Reformisten auch in Berlin im Interesse der Unternehmer

Wehrt geschlossen die Ausschlüsse ab

…einandersetzungen zwischen der Opposition und der sozial… Bureaukratie im DMV. sind in ein verschärftes Stadium … Durch die brutale Anwendung der Macht des Gewerk…rates konnte die SPD. zwar verhindern, daß die Oppo…prechend ihrer Stärke in den Apparat selbst eindrang, doch … ihr nicht, die ideologische Gewinnung der Metallarbeiter … Anwendung der revolutionären Gewerkschaftstaktik aufzu… Die Betriebsratswahlen sind für sie ein Menetekel, das sie … getreu ihrer sozialfaschistischen Rolle überall da zur Spal…reiten, wo es ihr nicht gelingt, die oppositionellen Metall… den Mitgliedern zu isolieren. Sie zerschlägt bewußt die … sich im Verband an der Führung zu halten und ihre … Trustkapital zugewiesene Aufgabe — die Sicherung des …friedens zur verstärkten ungestörten Ausbeutung der Ar… Interesse der Ueberwindung der stärker werdenden imperia… Schwierigkeiten des deutschen Trustkapitals — erfüllen zu

… berichteten wir von der Absicht der Bureaukratie des …, 27 oppositionelle Kollegen, die mit dem bereits aus…ssenen Genossen Heinrich Schmitt auf einer Liste im …werk kandidierten, auszuschließen. Heute melden wir einen neuen Schandstreich aus Berlin.

…liner Rohrleger mit 3808 Mann, zu 95 Prozent im DMV. … stehen seit 10 Jahren unter Führung des Genossen …kirchner und stehen eben so lange in Opposition gegen …schaftsfriedlichen Kurs der Verbandsführung. Unter oppo… Führung haben sie sich in Berlin Löhne und Arbeits…gen erkämpft, die für sämtliche Metallarbeiter vorbildlich … Jahren versuchten die Reformisten, den Branchenleiter …ner von der Führung zu beseitigen, doch immer haben ihn …legen verteidigt, so daß es der Bureaukratie klar war, daß … auf Niederkirchner den Konflikt mit der Branche bedeute. … deswegen wurde Niederkirchner seiner Funktion …ben. Der angebliche Grund war die Ablehnung Nieder… seine Partei, die KPD., zu verleugnen. Vorher hatte der …tigte Urich bereits erklärt, daß er den Kampf mit der … jetzt habe und vor dem Herauswurf von Zehn…ten nicht zurückschrecken werde. Jetzt wird mit …gern der Herauswurf von Massen begonnen.

…der Funktionsenthebung ihres Branchenleiters beschlossen …ger in mehreren Funktionär- und Mitgliederversamm… … von 2000 bis 2500 Kollegen besucht waren, einstimmig: …kirchner bleibt unser Branchenleiter. Auf … der Rohrleger-Funktionäre berief Niederkirchner die oppo… Funktionäre der Metallindustrie zur Bildung eines Ab… zusammen, um die beabsichtigte Isolierung der Rohr… den anderen Metallarbeitern zu verhindern und gleich… breite Abwehrfront gegen die Spalter herzustellen. …urde Niederkirchner ausgeschlossen. Hohnvoll sagt das …schreiben, daß er sich beim Vorstand, Ausschuß und letzten Verbandstag hätte beschweren können, was so viel be… den Teufel bei seiner Großmutter zu verklagen, da alle …men von Sozialdemokraten besetzt sind.

… Ausschlusses wählten die Rohrleger am 25. April in …er 2000 Kollegen besuchten Branchenversammlung …chner gegen eine Stimme erneut zum Branchenleiter.

…e die Ortsverwaltung ihre wahren Absichten. Die ge…ositionelle Branchenleitung wurde abgesetzt und die Rohr…fordert, ihre Adresse an die Ortsverwaltung einzusenden. … praktisch die Auflösung der Branche. Ihr Ziel, die …auseinanderzusprengen, haben die Spalter jedoch nicht … knapp 90 Mann meldeten sich, noch dazu alles SPD.-… von Urich und Eckert dazu benutzt werden sollen, am …wenn die Rohrleger unter ihrer alten Führung in den … Streikbrecher zu spielen.

… erschien ein Inserat der Ortsverwaltung im „Vor…", wonach am 11. Mai eine „Mitgliederversammlung" der … den Beschluß gefaßt habe, eine neue Branchenkommission …. Das war Schwindel und sollte die Rohrleger ver… zur gleichen Zeit erhielten nämlich die leitenden Funktio… Schreiben der Ortsverwaltung, worin ihnen mitgeteilt

„… Vertrauensmänner-Konferenz, die von …verwaltung für die Rohrleger und Helfer zum Sonn… 11. Mai, einberufen war, hat .... eine neue provi… Branchenkommission gewählt, ebenfalls eine Verband…ommission."

… war Schwindel, wie schon aus den zweierlei Meldungen … Mitgliederversammlung oder Vertrauensmännerkonferenz …. In Wirklichkeit hat eine geheimgehaltene Fraktions… … etwa 90 SPD.-Rohrlegern im Sitzungssaal des Ver… getagt und die kommissarische Branchenleitung einge… … bedeutet die bewußt herbeigeführte Spaltung der Ver…allarbeiter durch die Bureaukratie. Dieses Verbrechen ist … erfolgt, in der die Rohrleger gerade in Verhand… … eine Lohnerhöhung von 25 Pfennig pro Stunde stehen. …nehmer hofften auf die Hilfe der Reformisten, die sie durch die Zerschlagung der Einheitsfront der Rohrleger vor der Bewilligung dieser Forderung retten sollten. Der Streich der Bureaukratie ist mißlungen.

Die Rohrleger stehen, dank der energischen Abwehr der Opposition fest zusammen und sind entschlossen, nicht nur die Spaltung abzuwehren, sondern auch ihre Lohnforderung durchzusetzen.

Davor rettet die Unternehmer weder Urich noch der Schlichter.

Die Abwehrfront gegen die Spalter wächst. Schon haben sich die Dreher, die Autoschweißer und andere mit den Rohrlegern solidarisch erklärt.

Jetzt müssen auch die Kollegen im Reich in allen Betriebs- und Verbandversammlungen zu dem Spaltungsverbrechen Stellung nehmen und die sozialdemokratischen Spalter zur Rechenschaft ziehen.

Der Vorstand verbreitet in der sozialdemokratischen Presse und der „Metallarbeiter-Zeitung" hahnebüchene Lügen über die oppositionellen Rohrleger, die zurückgewiesen werden müssen. Er beruft sich dabei auf das Statut. Dabei benutzt er das Statut dazu, lieber den Verband zu spalten, als dem einheitlichen Willen einer so großen Branche Rechnung zu tragen. Er hat kein Recht, sich als der Gralshüter des Statuts hinzustellen, er handelt arbeiterfeindlich. Kollegen! Metallarbeiter! Setzt alle Funktionäre ab, die das Spaltungsverbrechen der Urich und Konsorten verteidigen und wählt an ihrer Stelle ehrliche, klassenbewußte Arbeiter, die bereit sind, den Kampf gegen die staats- und unternehmerfreundliche Bureaukratie zu führen. Höchste Alarmbereitschaft tut not.

Nur, wenn Ihr Euch hinter die gegen die Spaltung kämpfende Opposition stellt und die Einheit der Arbeiter gegen die Bureaukratie schafft, ist die Spaltung des Verbandes zu verhindern.

Severings Polizei sucht Lockspitzel gegen RFB.

Severing weiß, daß trotz Verbot der RFB. lebt. Jetzt versucht sich die Kriminalpolizei darin, Lockspitzel anzuwerben, um dem „illegalen" RFB. auf die Spur zu kommen. Unser Bruderorgan in Stuttgart, die „Süddeutsche Arbeiter-Zeitung" berichtet:

„Ein junger Arbeiter wurde am Dienstag zur Vernehmung „in eigener Sache" auf das Polizeipräsidium geladen. Er wurde vom Leiter der Abteilung IV, Kriminalinspektor Musgan, bearbeitet. Zunächst fragte dieser den Jungarbeiter, ob er sich in letzter Zeit an RFB.-Veranstaltungen beteiligt habe. Derselbe wies darauf hin, daß er seit zwei Jahren nicht mehr Mitglied sei.

Darauf sagte Musgan: „Ja, aber Sie wissen doch sicher, wie es in der Heslacher Bewegung aussieht? Wären Sie nicht bereit, uns an die Hand zu gehen und das, was sie eventuell erfahren, uns mitzuteilen?" Er verlangte, daß der junge Arbeiter mit Mitgliedern des RFB. oder der Partei sprechen und sie aushorchen soll, um dann das Gehörte der Polizei mitzuteilen. Er solle zu diesem Zweck wieder in die Rote Jungfront eintreten?!

Als der Betreffende darauf hinwies, daß der RFB. doch verboten sei, sagte Musgan: „Der RFB. und die Rote Jungfront werden weiter bestehen. Wenn Sie meinem Ratschlag folgen, wird dafür gesorgt werden, daß Sie in jedem Falle straflos ausgehen; es wäre ganz gewiß nicht zu Ihren Ungunsten, wenn Sie uns an die Hand gehen würden." — Mit Entschiedenheit lehnte der junge Arbeiter alle Angebote, den Schurken gegen die eigenen Klassengenossen zu machen, ab, worauf er wieder entlassen wurde!!"

Mit Lockspitzeln wollen also die Severing und Grzesinski ihr Heil versuchen, da sie sehen, daß die rote Front nicht zu verbieten ist. Die Arbeiterschaft wird ihnen damit antworten, daß sie in immer größerer Zahl sich in die rote Klassenfront einreiht.

Sozialfaschist Künstler lügt weiter

Lügen-Künstler, der Commis voyageur der Organisatoren des Berliner Mai-Blutbades, hat sich für seine Berichterstattung auch im Kreise seiner eigenen Parteigenossen schon recht derbe Abfuhren geholt. Aber wie die Katze das Naschen, so kann Künstler das Lügen nicht lassen. Obwohl ihm bekannt ist, daß der Genosse Manuilski sich weder vor, noch zur Zeit, noch nach den Berliner Mai-Ereignissen in Berlin aufgehalten hat, hält dieser linke Sozialfaschist, ohne von dieser Tatsache überhaupt Kenntnis zu nehmen, seine infamen Lügen aufrecht.

So berichtet das sozialdemokratische „Hamburger Echo" am Sonnabend, dem 18. Mai, daß Künstler in der dortigen Funktionärkonferenz in seinem Schlußwort „in bezug auf Manuilski mit allem Nachdruck betonte, daß solche Halunken in Deutschland nichts zu suchen hätten".

In der Moskauer „Prawda" erschien als Antwort auf die **Lügen des Sozialfaschisten Künstler ein Artikel, dem wir noch einmal folgende Feststellung entnehmen:**

„Wenn **Zörgiebel** in Moskau wirklich Informatoren und nicht Schlafmützen hätte, so hätte man ihm rechtzeitig mitgeteilt, daß bis zum 30. April einschließlich in Moskau eine Parteikonferenz stattfand, daß Manuilski im Präsidium dieser Konferenz saß; überhaupt sahen ihn in diesen Tagen in Moskau Hunderte und Tausende. Am 1. Mai konnte man Genossen Manuilski auf dem Roten Platz sehen, wo Hunderttausende ihn sahen."

Wir glauben nicht, daß diese erneute Feststellung der Wahrheit nur im geringsten geeignet sein wird, dem Sozialfaschisten Künstler das Lügen abzugewöhnen. Er wird es sich nicht abgewöhnen, weil er bewußt infame Lügen verbreiten muß in der Hoffnung, durch derartige infame und gemeine Methoden die Erregung des deutschen Proletariats über das von seinem Parteigenossen Zörgiebel kaltblütig durchgeführte Mai-Blutbad abzuschwächen.

Beschwerde gegen die Auflösung des R…

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Mai.

Wie die „Vossische Zeitung" erfährt, wird sich nächstens der berüchtigte 4. Strafsenat des Reichsgerichts mit der Beschwerde beschäftigen, die die beiden Vorsitzenden des Roten Frontkämpfer-Bundes, die Genossen Ernst Thälmann und Willi Leow, gegen die Auflösung des RFB. und der RJ. an den preußischen Innenminister gerichtet haben.

Fort mit der Bürgerkriegspolize…

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 22. Mai.

In der „Beamten-Korrespondenz" wird nochmals für den blutigen Mai die Ausbildung der Schupobeamten verantwortlich gemacht, die nach rein militärischem Muster erfolge. Bei den Prüfungen, die einer Beförderung vorangehen, sei ausschlaggebend nur die Leistung auf den Kasernenhöfen in bezug auf den Waffengebrauch. Bei der Führer-Ausbildung die Lösung von taktischen Aufgaben über Einsatz und Verwendung von Truppen beim Häuserkampf, Straßenkampf, Anwendung schwerer und schwerster Waffen und ähnliche Aufgaben mehr.

Bei dieser Erziehung der Beamten sei es kein Wunder, daß die so Ausgebildeten in der praktischen Dienstausübung sich so verhalten, wie sie es bei der Prüfung gelernt haben. Diese Ausbildungsvorschrift des Chefs der Polizei-Abteilung im preußischen Innenministerium des Sozialdemokraten Grzesinski hätte wiederholt bei Fachleuten und Verbänden scharfe Kritik herausgefordert.

Die Beamten-Korrespondenz fordert erneut, daß aus Anlaß der Maivorgänge mit diesem System aufgeräumt werde. Wie die preußische sozialdemokratische Koalitionsregierung aufräumen will, geht daraus hervor, daß der bisherige Referent der Polizei, Gruppe Berlin-West, der als Republikaner bekannt ist und der ein gewisses Verständnis für das Verhältnis der Polizei zum Publikum aufbringen soll, als „Lehrer für Strafrecht" an die Polizeischule Burg versetzt werden soll.

Jagow-Zörgiebe…

Betrachtungen einer bürgerlichen Zeitung

Die „Berliner Volkszeitung", ein Mosse-Organ, schreibt unter obigem Titel in ihrer Morgenausgabe vom 18. Mai:

10., 12., 21. Januar 1908, Straßendemonstrationen der Sozialdemokratie für Aenderung des Preußischen Wahlrechts. Zusammenstöße mit der Polizei."

Es folgen dann in der „Volkszeitung" eine ganze Reihe ähnlicher Feststellungen und es heißt dann weiter:

24. Januar 1911. Nach elf Tagen Urteil im zweiten Moabiter Prozeß. 16 Angeklagte erhalten 6 Wochen Haft bis 1 Jahr Gefängnis. Beide Urteile stellen Uebergriffe der Polizei fest. Am Ende des zweiten Prozesses gibt der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Unger, den Geschworenen folgende Rechtsbelehrung:

„Wenn die Polizeibeamten dann, wie uns die Zeugen im Falle Hermann ausgesagt haben, den Mann, der ruhig über die Straße kam, mit dem Säbel niederschlugen, so daß er nicht wieder aufstand, so war das keine rechtmäßige Ausübung des Amtes, und wer sich gegen diese Brutalität gewehrt hätte, meinetwegen mit einem wohlgezielten Revolverschuß, der hätte nicht rechtswidrig gehandelt."

Die „Volkszeitung" schließt:

„Das war alles 1908 bis 1911 unter Jagow und Wilhelm II. Wir wissen nicht, ob diesmal ein Richter das Menschenrecht auf den Revolver gegenüber Polizeiwillkür proklamieren wird."

Wie ungeheuer groß muß die Empörung nicht nur in den Arbeiter-, sondern auch den kleinbürgerlichen Massen sein, wenn ein bürgerliches Blatt zu derartigen Feststellungen über die entsetzliche Bestialität der Polizei im Mai 1929 in Berlin kommt. Nichtsdestoweniger wird die Presse der sozialfaschistischen Polizeiminister derartig unangenehme Betrachtungen über ihre eigenen „Genossen Polizeipräsidenten" totschweigen und ihre Mordhetze gegen das revolutionäre Proletariat und die KPD. fortsetzen.

Nette Bundesgenossen der Brandler…

Während der sächsischen Wahlkampagne fand in Leipzig eine Versammlung statt, in der Brandler sprechen sollte. Es kam dort zu heftigen Zusammenstößen zwischen Brandlers Anhängern und den erschienenen Arbeitern. Jetzt hat der Staatsanwalt gegen drei unserer Redakteure der „Sächsischen Arbeiterzeitung" Anklage erhoben. Unser Bruderorgan, die „Sächsische Arbeiterzeitung", teilt dazu mit: „Am Freitag erfuhr Genosse Globig auf der politischen Abteilung des Polizeipräsidium, daß ihn die Staatsanwaltschaft beschuldigt, die Brandler-Versammlung in der Absicht der Sprengung besucht und durch Werfen mit einem Bierglas das Zeichen für einen gewalttätigen Angriff auf die Versammlungsleitung gegeben zu haben. Desselben Verbrechens werden die Genossen Jacobs und Dasecke beschuldigt. Die Unterstellung dieser strafbaren Handlung stützt sich auf Darstellungen der „Arbeiterpolitik" der Böttcher-Lieberasch-Clique und auf protokollierte Aussagen von Anhängern dieser Liquidatorengruppe, die auf dem Polizeipräsidium schon vorlagen!

Diese Bankrotteure jubeln aber zu früh, wenn sie glauben, ihren politischen Zusammenbruch mit einer staatsanwaltschaftlichen Aktion gegen die KPD. und kommunistische Genossen verdecken zu können. Die Verhandlung wird nicht nur zu einem Hereinfall, soweit strafbare Delikte unterstellt werden, sondern auch zu einer vernichtenden politischen Abrechnung mit diesen Bankrotteuren werden."

In der Möbelfabrik Babicek, Prag, in Ungvar ist ein Streik ausgebrochen. Der Unternehmer versuchte, die Löhne um 25 Prozent herabzusetzen. Die Arbeiter stellten Gegenforderungen, sie verlangten eine Erhöhung der Löhne, und da ihre Forderungen nicht erfüllt wurden, wählten sie geschlossen einen Streikausschuß und eröffneten den Kampf.

…tto Braun auf Mussolinis Spuren

(… Drahtm.) **Berlin**, 22. Mai.

…kratische Zeitungsdienst bringt … Einzelheiten über den Inhalt … der preußischen sozialdemo… Koalitionsregierung abge…eten Konkordats. Ueber …lung der finanziellen Verhält…chen dem preußischen Staat und …chen Kirche teilt er mit, daß …ellen Leistungen Preußens an …che Kirche, die bisher rund …nen jährlich betrugen, sich in …ten durch die Neuschaffung der … und Bistümer auf den B… … insgesamt 2,8 Millio… …rlich steigern würden. Darin …schüsse noch nicht einbegriffen, … an die katholischen Geist… Kirchen leistet. Diese Summen, …haushalt des Ministeriums für …, Kunst und Volksbildung … werden, betragen für das … Jahr rund 21,4 Mil…

… der preußischen Regierung …durchaus bereit, entsprechende … Zugeständnisse auch …angelischen Kirche zu … damit den Forderungen der …nalen und der Volkspartei … entgegenzukommen.

Faschismus, Kirche und Sozialdemokraten schließen Frieden

Verantwortlich: Max Lademann, Halle, für Politik und Wirtschaft; Erich Behnke, Halle, für Lokales und Saalkreis; Kurt Kühn, Merseburg, für Provinz (Merseburg, Weißenfels, Mansfeld, Nordhausen); Marianne Gundermann, Halle, für Provinz (Bitterfeld, Wittenberg, Delitzsch, Torgau); Fritz Beyling, Halle, für Feuilleton, Reporter, Sport; Bernhard Koenen, Merseburg, für Gewerkschaften und Aus den Betrieben; Fritz Kroh, Halle, für den Verlag und Anzeigenteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0003

Generalskrieg und Hungersnot

Ganz China ein bewaffnetes Heerlager

(WTB.) Schanghai, 22. Mai.

Fengyuhsiang hat eine Kundgebung gegen Tschangkaischek veröffentlicht, die als einer Kriegserklärung gleichkommend betrachtet wird.

Durch ganz China macht sich eine rege militärische Tätigkeit geltend. Tschanghsüliang in Mukden soll, wie es heißt, 50 000 Mann Nordtruppen mobilisieren. Sie sollen anscheinend benutzt werden, um das Kohlengebiet von Tangschau zu besetzen und die Truppen des Hunan-Generals Tangsentschi zu verdrängen.

Tangsentschis Truppen konzentrieren sich im Nordwesten Schantungs zum Vormarsch gegen Fengyuhsiang. In Südchina sind Truppen von Fukien in Kwangtung eingerückt und im Vormarsch auf Swatau, das sie den Kwangsi-Truppen entreißen wollen.

Die „Times“ meldet aus Hongkong, daß die Kwangsi-Truppen noch etwa 50 Kilometer von Kanton entfernt stehen, daß ihr Vormarsch große Fortschritte macht.

Die auch chinesischen und japanischen Quellen stammenden Gerüchte über eine Eroberung Kantons durch Kwangsi-Truppen sind bis jetzt noch unbestätigt.

Seeleute eines britischen Kanonenbootes errichteten gestern in verschiedenen Teilen der Ausländerniederlassung von Kanton „Verteidigungswerke“. Der Verkehr in den Häfen und auf den Brücken wurde gesperrt und Schildwachen wurden aufgestellt. Das britische Konsulat warnte die britischen Staatsangehörigen vor dem Verlassen Schamiens. Dieses wird von drei britischen und zwei französischen Kanonenbooten und einem japanischen Torpedobootszerstörer beschützt.

Eine Meldung aus Tsingtau besagt, daß die letzten japanischen Truppen, die noch in der Provinz Schantung verblieben waren, sich gestern einschließlich des Oberkommandos nach Japan eingeschifft haben.

Ein Mitglied einer amerikanischen Hilfsmission berichtet, daß in der von einer Hungersnot heimgesuchten Provinz Kansu furchtbare Zustände herrschen. Man habe Fälle von Kanibalismus festgestellt.

Generalprobe zum Luftkrieg

Gewaltige Luftmanöver in Amerika

Der Washingtoner Korrespondent des „Daily Telegraph“ meldet vom 13. Mai, daß vom 15. bis 27. Mai in der Nähe von Cincinati in Ohio gemeinsame Land- und Luftmanöver stattfinden, zu denen die Vertreter des Kriegsministeriums erwartet werden. Diese Manöver sollen die interessanteste Schaustellung dieser Art sein, die jemals stattgefunden hat. Die Pläne enthalten auch einen 1500 Meilen langen Flug von Bombenflugzeugen von Denton nach Neuyork und zurück ohne Landung. Eine Gesamtanzahl von 200 Bomben-, Kampf- und Beobachtungsflugzeugen wird auf beiden Seiten an den Manövern teilnehmen

Der Plan der Operationen ist ganz den wirklichen Bedingungen eines Krieges angepaßt. Es existieren keinerlei vorher festgelegte Pläne und die Kommandeure der beiden Armeen werden vollkommen frei ihre Initiative und ihre Kräfte entfalten können. Das Luftgefecht der Flugstreitkräfte wird durch Rundfunk in den ganzen Vereinigten Staaten beschrieben werden.

Gleichzeitig ist dem amerikanischen Senat ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, der die allgemeine Wehrpflicht im Kriegsfalle vorsieht.

Mörder Faschismus

Wie aus Neapel gemeldet wird, ist das Leben des Genossen Umberto Terracini, eines der Führer der Kommunistischen Partei Italiens, der bisher in dem Zuchthaus von Santo Stefano eine langjährige Kerkerstrafe abbüßt, in höchster Gefahr. Der durch die langjährige Haft bereits aufs schwerste geschädigte Gesundheitszustand hat sich außerordentlich verschlechtert; er spuckt Blut und ist aufs äußerste abgemagert, so daß selbst die Verwaltung des Zuchthauses sich genötigt sah, seinen Abtransport in ein Krankenhaus für Strafgefangene zu beantragen. Dies wurde jedoch abgelehnt und statt dessen die Ueberführung Terracinis nach Florenz zur Vornahme einer ärztlichen Untersuchung angeordnet.

Diese Ueberführung stellt in Wirklichkeit einen Versuch dar, sich des Genossen Terracini zu entledigen. Trotz seines lebensgefährlichen Zustandes wurde er gefesselt in zahllosen Etappen mit gewöhnlichen Gefangenentransportwagen befördert. Bereits auf der ersten Etappe, in Neapel, war er, am Ende seiner Kräfte, nicht mehr imstande, seinen Platz in der ihm zugewiesenen Reihe der geschlossen vom Bahnhof zum Stadtgefängnis marschierenden Gefangenen einzunehmen. Ein gewisser Dr. Molinari, Professor der Universität Neapel, hat in seiner Eigenschaft als Gefängnisarzt sich geweigert, Terracini zu pflegen und auf seinem Weitertransport bestanden.

Es besteht die Gefahr, daß Terracini nach der ärztlichen „Untersuchung“ in das Zuchthaus Santo Stefano zurückgeschickt wird, was seinen sicheren Tod bedeuten würde

Antisowjetkonferenz in Belgrad

Neue Bündnisse der Kleinen Entente — Tschechische Kriegslieferungen an Jugo[slawien]

Belgrad, 22. Mai.

Die drei Außenminister der Kleinen Entente haben auf der gestern eröffneten Konferenz der Kleinen Entente einen Schiedsgerichts- und Versöhnungspakt unterzeichnet und die bestehenden Bündnisverträge verlängert.

Der tschechische Außenminister Benesch hatte zwei längere Konferenzen mit dem jugoslawischen König Alexander. Die Tschechoslowakei bietet Jugoslawien Lieferungskredite und ihre Hilfe bei der Gewinnung einer ausländischen Anleihe an. Bei den Lieferungskrediten handelt es sich vorwiegend um Lieferungen zu Rüstungszwecken seitens der tschechischen Rüstungsbetriebe Skoda. Ferner soll bei diesen Besprechungen auf die russische Frage eine große Rolle gespielt haben und die weitere Ausgestaltung der Antisowjetfront.

In dieser Beziehung sei auf die scharfe Sprache der französischen Presse gegen Sowjet-Rußland zu Beginn der Konferenz der Kleinen Entente hingewiesen. Interessant ist in diesem Zusammenhange auch der Telegrammwechsel zwischen Chamberlain und dem rumänischen Ministerpräsidenten Maniu anläßlich des rumänischen Nationalfeiertages. Maniu beantwortete das auffallend freundlich gehaltene Begrüßungstelegramm Chamberlains mit dem ... lichen Hinweis auf die „gemeinsame Erinner[ung an] den Krieg“ und das „gemeinsame Inter[esse an der] Verteidigung der Ordnung (!) und des ... im neuen Europa“, das Rumänien fest mit Eng[land ver]binde.

Im Zusammenhange mit den Verhandlungen der ... Entente, vor allem der Besprechungen des tschechischen ... ministers Benesch mit dem jugoslawischen König, ist der ... polnischen Außenministers Zaleski in Budapest ... der Einbeziehung Ungarns in die Anti[sowjet]front dient.

Krupp beliefert die rumänische Kriegsind[ustrie]

(Eig. Drahtm.) Bukarest, 22. ...

Im Anschluß an die kürzliche Reise des Generals von S... Rumänien ist jetzt ein Vertreter der Krupp-Werke ... wo sich Rumäniens zweitgrößtes Eisenwerk befindet, ... Es handelt sich dabei um den weiteren Ausbau der ... Rüstungsindustrie.

Der Plan des sozialistischen Aufbaues in Fünf[jahren]

Neue Fabriken und Betriebe — Petroleum im Ural — Ein Hochofen zum Gedenken der am [1. Mai] erschossenen Berliner Arbeiter

Auf dem in Swerdlowsk (Ural) im Bau befindlichen Werk für schwerindustriellen Maschinenbau erfolgte die Fertigstellung der gigantischen Zeche für Metallkonstruktionen. Die ersten Metallkonstruktionen der Produktion dieser Zeche sind für den Bau anderer Zechen des gleichen Werkes, sowie für den Bau des neuen und größten Hüttenwerkes in Magnitogorsk im Ural bestimmt.

Die Errichtung einer Arbeitersiedlung bei dem Werk ist zum großen Teil beendet.

Der Bau einer neuen großen Papierfabrik am Onega-See, 450 Kilometer von Leningrad, ist beendet. Die neue Fabrik wird 25 000 Tonnen Zeitungspapier pro Jahr liefern, was 25 Prozent des gesamten gegenwärtig in der Sowjetunion hergestellten Zeitungspapiers ausmacht. Die Fabrik arbeitet mit Strom aus einem eigenen Wasserkraftwerk und wird infolgedessen das billigste Papier in der Union herstellen.

Nach einiger Zeit wird hier auch eine Zellulose-Fabrik angelegt werden.

In Solikamsk wurd eunter Flözen von Kalisalzen eine Gesteinsart entdeckt, die Petroleum enthält. Falls die weiteren Forschungen die industrielle Bedeutung des Gesteinsvorkommens bestätigen sollten, so wird dadurch eine regelrechte Umwälzung herbeigeführt werden, sowohl in der Heizmaterialversorgung der Sowjetunion, als auch auf dem Gebiete der gesamten sowjetrussischen Petroleumindustrie. Diese neue innere Quelle der Petroleumgewinnung eröffnet für die Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft der Sowjetunion weiteste Perspektiven.

Auf Grund der letzten Nachrichten bestätigt sich die industrielle Bedeutung der im Ural entdeckten Petroleumvorkommen voll und ganz.

In Dnjepro-Petrowsk (Ukraine) wurde auf dem Werk „Petrowski“ der Hochofen Nr. 4 mit einer Produktivität von 400 Tonnen Gußeisen pro Tag in Betrieb genommen. Auf Grund eines in der Versammlung gefaßten Beschlusses wurde der Hochofen zu Ehren der am 1. Mai umgekommenen Berliner Arbeiter benannt.

Kollektivwirtschafts-Riesen

Wenn die arme und Mittelbauernschaft sich bis zum Jahre 1929 hauptsächlich in kleinen Gruppen zu Kollektivbetrieben vereinigte, so geht sie augenblicklich, infolge der Verschärfung des Klassenkampfes im Dorfe und zwecks Festigung ihrer Positionen im Kampfe gegen den Großbauern, zu Groß-Kolletivbetrieben im Rahmen des ganzen Dorfes und sogar mehrerer Dörfer über.

In der letzten Zeit wurden 127 ganz große Kollektivbetriebe organisiert, die zusammengenommen eine Saatfläche von über 400 000 Hektar aufweisen. Unter anderen finden wir z. B. solche wie den Betrieb „Lenins Vermächtnisse“ im Nordkaukasus mit 12 000 Hektar, das Digorsker Kombinat (Nord-Ossetien) mit 16 000 Hektar, im Uralgebiet die Genossenschaft „Rote Felder“ mit 11 000 Hektar, in Sibirien die Kommunen „Jungpflüger“ und „3. Internationale“ mit 14 000 Hektar. Im Gouvernement Wolo[gda] einigt ein Kollektivwirtschaftskombinat 18 Dörfer mit einer [Boden]fläche von 14 000 Hektar. Im Gouvernement Tula wurde ... ausgearbeitet für den Uebergang zu den kollektiven W[irtschafts]formen, der sich für einen ganzen Bezirk mit 12 000 Bau[ernwirt]schaften und einer Bodenfläche von 90 000 Hektar erstreckt.

Der Finnische Gewerkschaftsbund für Einh[eit im] Klassenkampf

Der finnische Gewerkschaftskongreß beschloß, das bisher[ige Zu]sammenwirken mit den skandinavischen Gewerkschaften auf die baltischen Länder und die Sowjetunion auszudehnen, ... die Unabhängigkeit des Gewerkschaftsbundes sowohl gegen[über der] RGI. wie auch der Amsterdamer Internationale aufzugeben ... große Mehrheit setzt sich aus Anhängern der RGI. ..., aber ein Anschluß an diese Internationale würde im wei[ßen Finn]land zweifelsohne die sofortige Auflösung der Gewerksch[aften durch] die Behörden bedeuten. Dies sogar dann, wenn die So[zialdemo]kraten am Ruder sind, wie es sich im Jahre 1927 gezeigt [hat, als] die rein sozialdemokratische Regierung das Verbot der [kommu]nistischen Partei aufrecht hielt und zahlreiche revolution[äre Ge]werkschaftsführer ins Gefängnis werfen ließ.

Mit 105 gegen 28 Stimmen wurde eine Entschließung [ange]nommen, worin es heißt, daß das Kopenhagener Abkom[men zwi]schen den finnischen, norwegischen und sowjetrussischen [Gewerk]schaften eine große prinzipielle Bedeutung habe. Die Ra[tifizierung] dieses Abkommens wurde dem Vorstand für eine spätere [Zeit über]lassen, ein Beschluß, der zweifelsohne aus taktischen Gr[ünden er]folgte. Der Kongreß sprach sich mit derselben Mehrheit gegen die von den Sozialdemokraten angestrebte Arbei[tsgemein]schaft mit den Unternehmern aus.

Der neue Vorstand setzt sich nur aus Anhängern [der] linken Mehrheit zusammen, da die Sozialdemokr[aten vor]her erklärt hatten, daß sie sich nicht an der Vorstandswa[hl betei]ligen würden und daß sie keinen Posten im Vorstand a[nnähmen]. Diese ihre neue Stellungnahme deutet darauf hin, da[ß sie sich] endgültig für die Spaltung entschieden haben und sich schon jetzt von der Mitverantwortung freimachen, nachdem sowohl der Kongreß, wie die Delegiertenwahlen zu dem[selben ge]zeigt haben, daß für sie nicht die geringste Aussicht be[steht, die] Führung der finnischen Gewerkschaften mit demokratischen [Mitteln zu] erobern zu können.

Inhaltsangabe der Nr. 21 der AJZ

1. „Hollywood ohne Schminke“ mit Artikel von Egon Erwin Kisch. 2. ... klagen an“, eine Reportage über die Erschießung Unschuldiger ... 3. „Feierabend in Siemensstadt.“ 4. „Baumblüte in Werder“ mit Ged[icht von] Kästner. 5. „Der Traktor bezwingt die Steppe“, Bilder aus der ...wirtschaft. 6. „Was ist ihr Beruf“, charakteristische Bilder verschiede[ner] ... 7. Sportbilder „Quer durch Berlin-Ost“. 8. Bilder der Woche und aus ...

Stadt-Theater
Heute 590 Mittwoch 20—22¾ Uhr Der fliegende Holländer Oper v. R. Wagner
Donnerstag 19½—22½ Uhr Julius Cäsar Oper von Händel

Ausschneiden! Aufheben
Bei Vorzeigen dieser Anzeige erhalten Sie an der Kasse des Modernen Theaters
2 Freikarten 2
Steuerfrei! Kein Weinzwang! für den wunderbaren Spielplan der Mai-Festspiele
Nur Montag bis Freitag gültig

Walhalla
Dir. O. Kleinhanns — Fernspr. 28385
Den genußreichsten Abend bereitet Ihnen unstreitig 591
„Noni“
denn Noni ist ein Beglücker der Menschheit durch seinen göttlichen Humor, durch seine Persönlichkeit!
Noni zu sehen und seine Golden Serenaders zu hören, bleibt ein unvergeßliches Erlebnis!
Dazu 7 Sensationen von Weltruf
Gewöhnliche Preise ab 60 Pf.

SCHAUBURG
Gr. Steinstr. 27/28 Fernruf 208 32
Ab morgen, Donnerstag: Der große Hochgebirgsfilm:
Wo die Alpenrosen blüh'n
Ein Lied der Liebe und der Sehnsucht in 7 Akten
Ein echter Volksfilm für Herz und Gemüt
Der goldene Traum eines armen Bergmädels von Liebe und Glück
In der Hauptrolle: Gritta Ley
Es ist das Wahre, das Herzliche, das Natürliche, das in diesem Film fesselt, es ist das Glück u. Leid eines Menschen, das wir mitfühlend erleben. Dazu spielt die Handlung in der herrlichen Welt der Berge mit Naturbildern von seltener Pracht und Schönheit
Hierzu: Das lustige und aktuelle Beiprogramm sowie die neueste Opel-Woche
Anfangszeiten: Wochentags 16,30 18,30 20,30 Uhr Sonntags ab 15 Uhr
Heute letzter Tag: Lon Chaney in Lach, Clown, lach!
Ferner: 588 Mann, Weib, Sünde mit John Gilbert

Aus eigenen Werkstätten

Chaiselongues ℳ 33,- 38,- 45,- usw.

Bettchaiselongues ℳ 95.— 11.— 125.—
Diwandecken 595 8,75 12.— 17,50 usw.
Auswahl enorm
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen!
Nach auswärts ohne Transport-Beschädigung durch eigen. Auto
Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstr. 2 bis Domplatz 9
2 Minuten vom Markt

MASCHINENFABRIK KAPPEL · CHEMNITZ
Generalvertreter: Richard Vormeyer, Halle a. d. S., Magdeburger Str. 10. Tel. 24538

? Wo lassen Sie Ihre Garderobe anfertigen?
Wir fertigen Ihnen aus Ihrem Stoff mit unseren Zutaten einen Anzug oder Mantel nach neuesten Modellen, 583 guter Sitz, für 29,-
II. Verarbeitung 37,-
Zahlr. Anerkennungen
vorm. M. Ehrlich Halle Leipziger Str. 69

Kinderbetten unübertroffen in Güte u. Schönheit
aus Eisen v. Mk. 13.00 19,- 24,- 26,-
aus Holz v. Mk. 27,00 40,- 42,- 45,- 596
Auswahl enorm
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen!
Nach auswärts ohne Transportbeschädig. durch eigenes Auto
Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstraße 2 bis Domplatz 9
2 Minuten vom Markt
Werbt für die „Rote Hilfe“.

Violin- u. Mandolin-Unterricht erteilt August May, Torstr. 10

Drucksachen
aller Art, für Private und Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in ein- und mehrfarbiger Ausführung zu zeitgemäßen Preisen die Abteilung Buch- u. Kunstdruckerei d. Produktiv-Genossenschaft, e. G. m. b. H., Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 21045, 21047, 22251
Verlangen Sie Preis-Offerten oder d. Besuch unserer Vertreter

Lest u. werbt für den Klassenkampf

Beobachten Sie scharf meine billigen Preise
Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet!
Sportanzüge, 4-, 3- u. 2tlg. von 17,50 an
Herrenanzüge, neueste Modelle 49,50 39,— 29,— 17,50
Sommerjacken, Lodenjoppen 593 6,75 5,— 4,— 2,95
Windjacken, imprägniert 9,75 8,— 7,— 5,— 3,95
Sommerhosen, solange Vorrat . . . 0,95
Waschanzüge für Knaben 5,50 4,50 3,50 1,95
Breecheshosen, kariert u. andere v. 3,95 an
Sonntagshosen, Weghosen 6,50 5,— 3,50 1,95
Pilothosen, Englischlederhosen 6,50 5,— 4,— 2,95
Manschesterwesten u. andere . von 1,95 an
Leibchenhosen . . . . von nur 0,95 an
Dreljacken, grau . . . . . . nur 1,95
Blaue Jacken 2,75 1,95 0,95
bei M. Preßler, Halle-S.
Kleine Klausstraße 17, gegenüber der Allgem. Ortskrankenkasse, 1 Min. v. Markt
Das Spezialgeschäft des Arbeiters

Zoologischer Garten
Donnerstag, den 23. Mai, 16 Uhr
Nachmittags-Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters Leitung: Konzertmstr. Franz Witek
20 Uhr: 592
Abend-Konzert
des Hallischen Symphonie-Orchesters Leitung: Benno Plätz

Hausfrauen, kauft nur bei unseren Inserenten

Kleine Anzeigen haben im Klassenkampf Große Wirkung!

An Wunder-Heilungen,
die an das Unglaubliche aber Wahre grenzen, wollen u. können viele Menschen nicht glauben, die täglichen Beweise und Wahrheiten sowie die gerichtlich und von Geheilten bestätigten Tatsachen reden für sich deutlicher, die es an Leib und Seele erfahren haben und aufrichtig gesund werden wollten und alles ergebnis- resp. erfolglos versucht hatten. — Der Morgenurin ist mitzubringen. Sprechzeit: Freitags 9½ durchgehend bis 18 Uhr 581
C. Hosse, Halle a. d. S., Reilstraße 87

Ansichtspostkarten empf. die Volksbuchhandlungen

Zeitungst[räger] für Molmed ge[sucht] ... Meldungen sind ... Genossen Paul Köhler, Hauptstr. 7, zu richten.

Die gute hausschlacht[ene] ...
Spez.: Echte ...
Nur bei E. Schmidt ... u. Spitze 24. Jeden Freitag ...

Am 1. Juni d. J. findet eine Schweinezählung statt. ... hierzu auf die am Rathause und zweiten Verwaltungsgebäude ... gebrachten entsprechenden Bestimmungen
Eisleben, 17. Mai 1929.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0004

Beilage
Mai — Nr. 117

Der proletarische Reporter

Mit Feder und Kamera quer durch die Welt

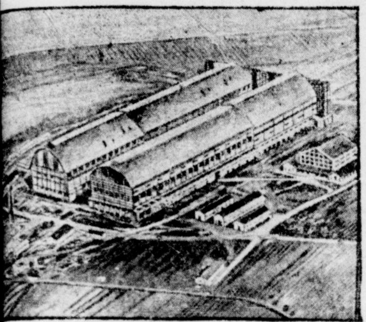
Die Sache mit Dr. Eckener ist äußerst verdächtig

Worin besteht das Rätsel des verkrachten Amerikafluges? — Könnte nicht jemand an den „Zeppelin"-Motoren gedreht haben?

...s die linden Lüfte erwacht waren, rüstete Dr. Eckener zum ...pelin"-Start nach dem Dollarlande. Diesmal sollte es nicht ... eine „Zeppelin"-Triumpffahrt „für den deutschen Gedanken" ...en, für die mit vielen Sensationen riesige Reklame entfaltet ... So war es bei der vorigen Fahrt. Da gondelten leibhaftige ...demokraten und blinde Passagiere mit. Diesmal begnügte ...Eckener damit, einen Affen neben wenigen anderen Passagieren ...nehmen. Dennoch hat die Affenfahrt eine hohe Bedeutung — ...wenn sie unterbrochen werden mußte. Und gerade ...in liegt die Bedeutung dieser „Zeppelin"-Fahrt.

*

...Graf Zeppelin" liegt jetzt in der Flughalle von Cuers-Pierrefeu. Das ist ein etwa 15 Kilometer von Toulon (Frank-



Der Marineflughafen von Cuers-Pierrefeu

...entfernter Flugplatz. Es ist interessant, einmal durch das ...Flughalle hindurch zu schleichen, um zu sehen, was dem ...pelin", dem Werk „deutscher Kraft und deutschen Geistes" (wie ...Zeppelin" protzig von allen bürgerlichen und sozialdemokra...n Zeitungen genannt wird) passiert ist.

...„Zeppelin", das „Werk deutscher Kraft", hat einen ...s gekriegt. Die Kurbelwelle, die Seele des Motors, war ...einmal an 3 Motoren gebrochen. Dabei müssen die Kurbel...n eines Motors besonders widerstandsfähig sein, weil sie ...hohen Druck vertragen müssen. „Das können sie auch", ...und schrieb man vor der Abfahrt des „Zeppelin". In ...enden Berichten ergingen sich die Reporter der bürgerlichen ...über die Probefahrten des „Zeppelin" und lobten ...dieses „Wunder der deutschen Technik" mitsamt seinen ...en, einschließlich der Kurbelwellen über den grünen Klee.

*

...vorigen Donnerstag gegen ½6 Uhr morgens wurden endlich ...Motoren angeworfen und es ging los. Ueber den genauen ...der Fahrt haben wir unsere Leser schon unterrichtet. Diese ...Fahrt verlief bekanntlich höchst eigenartig.

...gerechnet kurz hinter dem spanischen Festland, ...de der Ozean erreicht war, bemerkte Dr. Eckener einen ...enschaden, den Kurbelwellenbruch. Er bemerkte sogar drei ...einmal! So ein Bruch kann in der Luft nicht geheilt ... Also riß Dr. Eckener das Steuer herum und gondelte der ...zu. Aber soweit wollte er gar nicht kommen. ...bis zur französischen Mittelmeerküste ...es ihm, mit den übrigen zwei Motoren zu gelangen. Dann ...auch diese versagt haben. Ausgerechnet in der Nähe eines ...enen französischen Kriegshafens und eines großen Flug...geschah Herrn Dr. Eckener dies Malheur.

*

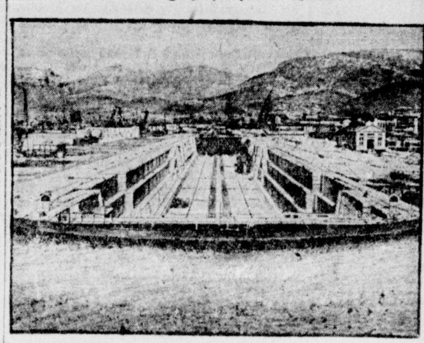
...dem Versagen sämtlicher Motore war der „Zeppelin" ...gezwungen, zu landen. So ließ sich Dr. Eckener mit dem „Zeppelin" in jener Gegend von Frankreich nieder, die zu überfliegen ihm vorher von der französischen Regierung verboten war. Denn Toulon gehört zu den militärischen Zonen von hoher Bedeutung Neben Cherbourg und Brest ist Toulon ein befestigter Kriegshafen erster Klasse. Von den Alpenausläufern und den Cevennen geschützt, liegt der Hafen dem Mittelmeer zu, woraus seine hohe Bedeutung schon zu ersehen ist Hier ist auch das französische Mittelmeergeschwader zum guten Teil stationiert. Für einen Luftschiffer, wie Dr. Eckener, ist die genaue Kenntnis eines solch bedeutsamen Hafens natürlich von großer Bedeutung, zumal sich in seiner Nähe ein Flughafen befindet.

Das Interesse an diesem Gebiet ist wohl für Dr. Eckener um so größer, als hier besondere Luftverhältnisse herrschen. Die Provence, in der Toulon und auch der Flugplatz Cuers-Pierrefeu liegen, wird im Nordwesten von den Cevennen abgetrennt. Diese trennen Frankreich zugleich in zwei Klimagebiete. In der Provence weht häufig der Mistral, ein aus Norden oder Nordwesten kommender tückischer Wind. Es mag seinen Reiz für Eckener gehabt haben, die Manöverierfähigkeit des „Zeppelin" in diesem Gebiete zu erproben und zu diesem Zwecke die Windverhältnisse sowie das Gelände zu studieren. Wenn man darum alle Einzelheiten dieses verkrachten Amerikafluges zusammenzieht, kann man wohl zu dem Schluß kommen, daß **Dr. Eckener an den Kurbelwellenbrüchen** mehr **interessiert** war als an der Erreichung des amerikanischen Festlandes. Bestärkt wird man in diesem Verdacht, wenn man überlegt, daß bei der diesmaligen Fahrt die Zahl der Passagiere außerordentlich beschränkt wurde und daß vor dem Start sogar unter Androhung gerichtlicher Verfolgung alle blinden Passagiere über Bord geworfen wurden. Solche Leute konnte man wahrscheinlich bei diesem Fluge nicht gebrauchen und Dr. Eckener hat wohl schon gewußt, warum.

*

Die Notlandung in Frankreich hat allerdings nicht nur diese luftstrategische Bedeutung, sondern auch — politische. Es scheint immer mehr, als habe Dr. Eckener gar nicht die Absicht gehabt, nach Amerika zu fliegen. Der Stand der Reparationsverhandlungen machte es für den deutschen Imperialismus notwendiger, die Franzosen mit einem „Zepplin"-Besuch zu überraschen. Was da nun wieder dahintersteckt, darüber wollen wir morgen reden.

Die Kriegshafenstadt Toulon



Eckener seift die Pressevertreter ein

Jetzt wird wohl der Schwindel von dem „rätselhaften" Kurbelwellenbruch noch größer aufgezogen werden

Dr. Eckener ist am Pfingstsonntag in Friedrichshafen eingetroffen und gab gestern einem Kreis von Pressevertretern „Auskunft" über die Umstände, die zur Umkehr des „Graf Zeppelin" zwangen. Nach seiner Darstellung war es bisher nicht möglich, die Ursachen des Versagens der Motore festzustellen (!).

Nach den Dispositionen Dr. Eckeners soll der Rückflug nach Friedrichshafen etwa am Donnerstag- oder Freitagfrüh erfolgen. Die ersten Ersatzmotore sind bereits in Toulon eingetroffen, weitere Motore werden nachgesandt. Man hofft, sie in kürzester Zeit einmontieren zu können Der Rückflug nach Friedrichshafen soll bei günstigem Wetter etwas zehn bis elf Stunden in Anspruch nehmen und mit vier Motoren zu bewältigen sein

Inzwischen scheint Eckener zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß weitere Amerikafahrten vorläufig nicht mehr angesetzt werden können.

Panik im Neuyorker Stadion

Zwei Personen buchstäblich zertrampelt — Hundert Verletzte

Aus Anlaß eines Baseballspiels kam es im Neuyorker Yankee-Stadion am 2. Feiertag zu einer folgenschweren Katastrophe. 50 000 Personen hatten sich als Zuschauer eingefunden, als plötzlich ein wolkenbruchartiger Regen eintrat. Es entstand ein ungeheures, wüstes Gedränge. Jeder wollte sich vor dem Wolkenbruch schützen. Die Panik nahm einen derartigen Umfang an, daß alle schwächeren Personen von den übrigen niedergestoßen und niedergetrampelt wurden.

Die Polizei versuchte vergebens, Ordnung zu schaffen. Die Waffen wurden den Schutzleuten einfach von der Menge aus den Händen geschlagen. Es gab über 100 Verletzte. Zwei Personen, ein junger Mann und ein junges Mädchen, wurden buchstäblich zertrampelt. Nach den Aufräumungsarbeiten wurden die Leichen, fürchterlich verstümmelt, unter Bretterplanken hervorgezogen.

Ein Heizer tödlich verbrüht

Am Dienstagfrüh ereignete sich in der Nähe des Bahnhofs Genthin bei Magdeburg ein schwerer Unfall. Auf der Lokomotive des D-Zuges 31 der Strecke Berlin—Magdeburg trat ein Dampfrohrbruch ein, bei dem der Lokomotivführer und der Heizer schwere Verbrennungen erlitten. Der Heizer wurde so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Einlieferung in das Genthiner Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.

Luftposten in der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken

In der Union der Sozialistischen Sowjet-Republiken werden im Mai folgende Luftpostlinien eröffnet:

1. Moskau—Orel—Charkow—Rostow (Don)—Tiflis—Baku.

Die Luftpost verkehrt ab Moskau mit einer Flugdauer von 33 Stunden. Sie bildet einen günstigen Anschluß an die bereits bestehenden Linien Baku—Pehlewi—Teheran, Teheran—Ispahan—Schiras—Buschir und Teheran—Hamadan—Kermanschah—Kasr—Schiras—Kasr—Schirin.

2. Moskau—Kasan—Swerdlowsk—Kurgan—Omsk—Nowosibirsk—Irkutsk—Bitim—Jakutsk.

Auf der Teilstrecke Moskau—Irkutsk verkehren die Flüge wöchentlich dreimal ab Moskau mit einer Flugdauer von 36 Stunden, auf der Teilstrecke Irkutsk—Jakutsk wöchentlich einmal mit einer Flugdauer von 26 Stunden.

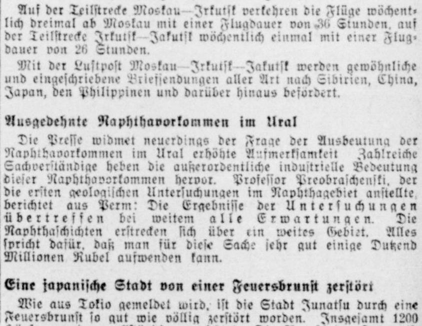
Mit der Luftpost Moskau—Irkutsk—Jakutsk werden gewöhnliche und eingeschriebene Briefsendungen aller Art nach Sibirien, China, Japan, den Philippinen und darüber hinaus befördert.

Ausgedehnte Naphthavorkommen im Ural

Die Presse widmet neuerdings der Frage der Ausbeutung der Naphthavorkommen im Ural erhöhte Aufmerksamkeit Zahlreiche Sachverständige heben die außerordentliche industrielle Bedeutung dieser Naphthavorkommen hervor. Professor Preobraschenski, der die ersten geologischen Untersuchungen im Naphthagebiet anstellte, berichtet aus Perm: Die Ergebnisse der Untersuchungen übertreffen bei weitem alle Erwartungen. Die Naphthaschichten erstrecken sich über ein weites Gebiet. Alles spricht dafür, daß man für diese Sache sehr gut einige Dutzend Millionen Rubel aufwenden kann.

Eine japanische Stadt von einer Feuersbrunst zerstört

Wie aus Tokio gemeldet wird, ist die Stadt Junatsu durch eine Feuersbrunst so gut wie völlig zerstört worden. Insgesamt 1200 Häuser wurden vollständig vernichtet. Die Anzahl der Toten ist noch nicht bekannt, soll aber sehr hoch sein. Junatsu liegt etwa 145 Meilen nordwestlich Tokio in den Ausläufern des Gebirges.



Ein Bild vom Kirschblütenfest in Japan,
das alljährlich im Frühjahr stattfindet

Ueberschwemmungskatastrophe im Irak

Euphrat und Tigris aus den Ufern getreten — Das ganze Land in ein Meer verwandelt Tausende von Menschen sollen umgekommen sein

...e ungeheure Ueberschwemmung, bei der nach aller...bisher unbestätigten Meldungen Tausende von Menschen um...men sein sollen, ist über den Irak hereingebrochen. Sowohl ...uphrat als auch der Tigris sind aus ihren Ufern ge...und eine riesige Flutwelle wälzt sich flußabwärts.

...große Hindyahdamm ist durchbrochen und es ist ...ob der Damm bei Sahibah dem furchtbaren Wellendruck ...halten wird. Sollte er gleichfalls durchbrochen werden, so ...der dortige Flugplatz der England-Indien-Linie zerstört ... Flieger, die die überschwemmten Distrikte überflogen ...melden, daß das ganze Land sich in ein Meer ver...delt habe, aus dem die Häuser und Moscheen der Ortschaften ...heraus herausragen. Es dürften Wochen vergehen, bevor die ...zurücktritt.

...Personen bei Kriegsübungen in Korea getötet

...einer Bombenabwurfübung eines japanischen Flugzeuggeschwaders in Korea ereignete sich ein schweres Unglück. ...den Uebungsbomben befand sich auch eine scharfe Bombe, die ...Tangai traf und dort großen Schaden anrichtete. Sieb...koreaner wurden getötet.

...Ursache der Katastrophe von Cleveland (Ohio)

...meldet aus Cleveland (Ohio): Bei den Aufräumungs...wurden im Keller des Krankenhauses noch drei Flaschen ...gefährlichen Kriegsgiftes vorgefunden.

Zugentgleisung in Polen

Lokomotivführer und Heizer tot

Am Montagabend entgleiste unterhalb Bohuczyn ein Zug, der aus Personen- und Güterwagen bestand. Sechs Waggons wurden zertrümmert. Der Lokomotivführer und der Heizer waren auf der Stelle tot. Viele Personen sind verletzt.

Unfall des Hamburg—Münchener Schnellzuges — Eine Folge der schlechten Beschaffenheit der Strecke

Gestern nachmittag um 2.28 Uhr haben sich infolge von Gleisverwerfung auf Bahnhof Hünfeld die Puffer der sechs letzten Wagen des Hamburg—Münchener Schnellzuges übereinander verschoben. Hierbei wurde eine Anzahl Fensterscheiben zertrümmert. Vier Reisende erlitten durch Glassplitter leichte Verletzungen an den Armen. Eine Entgleisung ist nicht eingetreten Sechs Wagen des Zuges wurden abgehängt und die Reisenden nach Bayern in den vorderen Zugteil, die Reisenden nach Frankfurt von dem bald darauf folgenden Leipziger Schnellzug übernommen. Die den Bahnhof Hünfeld passierenden Züge werden bis zur Instandsetzung des Gleisstückes über das Ueberholungsgleis geleitet. Durch den Vorfall erlitten der Münchener Schnellzug 70 Minuten, der Hamburger 30 Minuten und der Leipziger 30 Minuten Verspätung.

*

Die Gleisverwerfung zeigt, wie wenig sicher die Strecken sind. Die sich in letzter Zeit wieder häufenden Eisenbahnunfälle sind eine heftige Anklage gegen das Dorpmüller-System.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0005
DFG

Stadt Halle

22. Mai 1929.

Frauen-Wochenendschule für Halle-Saalkreis

An alle Parteiorganisationen im Unterbezirk!

Am Sonnabend, dem 25. und Sonntag, dem 26. Mai, findet in Halle für Halle und den Saalkreis eine Unterbezirksfrauenschule statt. Sie beginnt am Sonnabend pünktlich nachmittags um 5½ Uhr in der Produktiv-Genossenschaft und endet Sonntag nachmittags 3 Uhr im „Volkspark". Behandelt werden folgende Themen:

1. Was wollen die Kommunisten. 2. Geschichte der proletarischen Frauenbewegung. 3. Die Frau und der Krieg. 4. Unsere praktische Arbeit.

Jeder Stadtteil von Halle sendet 8 bis 10 Genossinnen, jede Ortsgruppe des Unterbezirks 1 bis 2. Keine dieser Parteiorganisationen darf bei der Beschickung der Konferenz versagen. Die Anmeldungen sind bis spätestens Donnerstag an die Unterbezirksleitung Halle, Lerchenfeldstraße 14, einzureichen.

Ueber die politische Notwendigkeit einer solchen Unterbezirksfrauenschule braucht nicht mehr viel gesagt zu werden. Sie entspricht geradezu einem Bedürfnis und es kommt jetzt nun nur noch darauf an, durch ihre gute Beschickung sie zu einem vollen Erfolg für die Partei zu machen.

Eine besondere Einladung ergeht nicht an die Ortsgruppen. Die Genossinnen werden gebeten, bei den Parteileitungen evtl. vorstellig zu werden.

**Unterbezirksleitung Halle-Saalkreis
Frauenabteilung.**

Nationales „Heldentum"

Der Skandal in der „Halleschen Zeitung" — Dr. Gspann übersendet dem „Klassenkampf" eine ihn selbst kompromittierende „Berichtigung" — Weinschenk fordert Gefängnisstrafe für Gspann

Der „Klassenkampf" berichtete am Freitag der vergangenen Woche bekanntlich über die sauberen Zustände im Betriebe der bankrotten deutschnationalen „Halleschen Zeitung" sowie über die am Tage vorher in der Leipziger Straße erfolgte Prügelei zwischen dem auf die Straße gesetzten ehemaligen Chefredakteur Harry Weinschenk und dem derzeitigen Chefredakteur Dr. Gspann. Herr Dr. Gspann hat nun die Freundlichkeit besessen, uns in einem von ihm unterschriebenen Dokument die Richtigkeit der von uns gemachten Veröffentlichungen im wesentlichen zu bestätigen. Komischerweise nennt er das Dokument „Berichtigung". Er teilt uns nämlich mit, daß unser Bericht „eine Reihe von Entstellungen und Unrichtigkeiten" enthalte und verlangt von uns unter Berufung auf den § 11 des Preßgesetzes „möglichst umgehende Aufnahme" der „Berichtigung".

Wir freuen uns, unseren Lesern diese famose „Berichtigung", die in vortrefflicher Weise die skandalösen Verhältnisse in der „Halleschen Zeitung" beleuchtet, wenn auch etwas verspätet, unterbreiten zu können. Hier ist sie:

Berichtigung

„Es ist nicht wahr, daß der Chefredakteur Dr. Gspann jemals dem Verlagsdirektor Eichstädt Mitteilung von einem Verhältnis zwischen dem früheren Chefradakteur Weinschenk und einer Angestellten des Verlages gemacht hat. Es entspricht ferner nicht der Wahrheit, daß Herr Verlagsdirektor Eichstädt bei der Verhandlung vor dem Arbeitsgericht behauptet hat, daß Herr Weinschenk ein Verhältnis mit einer Stenotypistin der „Halleschen Zeitung" gehabt hat und daß Herr Eichstädt sich dabei auf Mitteilungen von Dr. Gspann berufen hat.

Die Angelegenheit verhielt sich vielmehr so, daß Verlagsdirektor Eichstädt dem Arbeitsgericht eidesstattliche Versicherungen von mehreren weiblichen Angestellten des Verlages eingereicht und auf Grund dieser Bescheinigungen das ungebührliche Verhalten des Herrn Weinschenk als weiteren Grund für dessen fristlose Entlassung angeführt hat. In diesen eidesstattlichen Versicherungen ist zum Ausdruck gebracht, daß Herr Weinschenk zu verschiedenen Malen trotz Widerstand versucht hat, weibliche Angestellte des Verlages unsittlich zu berühren. Herr Weinschenk hat nun, um diese Vorwürfe zu entkräften und namentlich in einem Falle, in dem er besonders schwer belastet wird, den Spieß umgedreht und die falsche Behauptung aufgestellt, daß zwischen dem Chefredakteur Dr. Gspann und der betreffenden Angestellten ein Verhältnis bestehe. Die derart jeder Wahrheit zuwider beschuldigte Dame hat bereits durch ihren Rechtsanwalt ein Schreiben an Herrn Weinschenk richten und ihn auffordern lassen, die Beleidigung mit Bedauern zurückzuziehen, andernfalls sie gegen ihn Strafantrag stellen würde.

Chefredakteur Dr. Gspann hat Herrn Weinschenk die einzig mögliche Antwort für die Verleumdung und Ehrverletzung gegeben, indem er ihn auf offener Straße ohrfeigte. Zu einer Prügelei ist es dabei nicht gekommen, da die Züchtigung des Herrn Weinschenk gleich derart war, daß dieser sich nicht mehr zu wehren imstande war. Zeugen können bestätigen, daß Dr. Gspann den Platz keineswegs fluchtartig aus Furcht vor einem Hunde verlassen, sondern auf der Stelle kehrt gemacht hat, um weiteres Aufsehen zu vermeiden."

*

Dr. Gspann ist also ein mutiger Mann und ist keineswegs aus Furcht vor einem Hund ausgerissen, was wir hiermit aller Welt kund und zu wissen tun. Weiterhin geben wir gern zu, daß Herr Gspann als „nationaler Held" seinen früheren Kollegen Weinschenk auf offener Straße derart eine runtergehauen hat, daß dieser wahrlich nicht imstande war, sich zur Wehr zu setzen.

Weinschenk selbst beschreibt in dem **Strafantrag gegen den Verlagsdirektor Eichstädt** diesen Vorfall folgendermaßen:

„Um welche entsetzlichen Zustände (!! D. Red. des „Kl.") es sich im Verlag der „Halleschen Zeitung" handelt, zeigt noch deutlich der Vorfall, bei dem der frühere Chefredakteur (Weinschenk) von seinem ehemaligen Untergebenen, Dr. Gspann, dem jetzigen Chefredakteur, am hellen Tag auf offener, belebter Straße, von seiner Frau begleitet, wegen einer Aussage vor Gericht überfallen und verletzt wurde (Bruch des Nasenbeins), ein ganz glatter Fall „gefährlicher Körperverletzung" nach § 223 a („hinterlistiger Ueberfall"), der nur mit Gefängnis strafbar ist."

Wir wollen es unterlassen, noch weiter auf die niedliche Prügelei zwischen diesen „Repräsentanten" der deutschnationalen Presse einzugehen. Beide haben durch diese Rauferei auf der Straße ihrer nationalen Gesinnung in überaus würdiger Form Ausdruck verliehen.

Interessant ist, daß die Amtsanwaltschaft Halle die Strafanzeige von Weinschenk und Fritzsching gegen den Verlagsdirektor Eichstädt, wegen Verletzung des Briefgeheimnisses, als „nicht im öffentlichen Interesse liegend" nicht zur Anklage gegen Eichstädt erhoben hat. Weinschenk und Fritzsching haben darauf ihren Antrag unter Hinzufügung einer ausführlichen Begründung wiederholt. Die Skandalgeschichten werden also noch mehreremal vor den Gerichten aufgerollt werden.

Quartiere gesucht!

Für eine Anzahl von Genossinnen, die an der am kommenden Sonnabend und Sonntag in Halle stattfindenden Frauen-Wochenendschule für Halle-Saalkreis teilnehmen, werden für die Nacht vom Sonnabend zum Sonntag Quartiere benötigt. Meldungen müssen sofort an die UBL. Halle-Saalkreis, Halle, Lerchenfeldstraße 14, gehen.

Was Verkehrsziffern erzählen . .

489 810 Personen wurden in Halle vom Pfingstsonnabend bis Montag, also innerhalb drei Tagen, von der städtischen Straßenbahn befördert. Im Vorjahre betrug diese Zahl 518 200. Allein an solchen Ziffern erkennt man, wie groß der Umfang des Verkehrs einer Großstadt ist, und zu welch' grandiosen Leistungen die Verkehrsmittel fähig sein müssen, um vom frühen Morgen bis in die späte Nacht die ununterbrochen durch die Straßen wogenden Menschenmassen befördern zu können.

Um unseren Lesern einen Einblick in den Umfang des Verkehrs in einer Millionenstadt zu geben, veröffentlichen wir einige

Zahlen aus dem Verkehrsleben von Berlin.

Diese Vier-Millionen-Stadt bedarf eines immer ausgedehnteren und komplizierteren Verkehrsnetzes, um die Menschenmassen, die innerhalb seiner Mauern wohnen, oder die täglich ihre Arbeitsstätten in der Großstadt aufsuchen müssen, befördern zu können. Wie groß und weitverzweigt dieser Verkehr ist, davon macht sich der Laie kaum eine rechte Vorstellung. Es ist deshalb interessant, an Hand von Zahlen lebendigere Bilder aus dem gewaltigen Verkehrsleben Berlins hervorzuzaubern.

Jeder Besucher Berlins wird wohl die Anzahl der beförderten Menschenmassen auf Millionen schätzen. Trotz annähernder Schätzung aber wird man sich eines Erstaunens, vielleicht sogar eines leichten Grausens nicht erwehren können, wenn man erfährt, daß im Berliner Nahverkehr im Jahre 1928

ebensoviel Menschen befördert wurden, wie die Bevölkerung der ganzen Erde zählt, nämlich nicht weniger als 1800 Millionen Menschen.

Jeder Bewohner der Erde könnte also jährlich einmal mit einem Berliner Verkehrsmittel fahren. Allein die Straßenbahn beförderte etwa 900 Millionen Menschen. Jeder Europäer könnte also zweimal jährlich die Berliner Straßenbahn benutzen. Eine geringere, aber immerhin noch stattliche Anzahl von Fahrgästen beförderte der Omnibus, nämlich gegen 223 Millionen. Diese Zahl entspricht etwa der Einwohnerschaft von ganz Amerika.

Sehr interessant und aufschlußreich ist es auch, wenn man die Wege berechnet, die unsere Berliner Verkehrsmittel zurücklegen müssen.

So wurden von Straßenbahn, Omnibus und Untergrundbahn im letzten Jahr rund 260 Millionen Wagenkilometer zurückgelegt,

das heißt, wenn die Betriebsleistung von einem einzigen Wagen hätte vollbracht werden müssen, so hätte dieser einen Weg von 260 Millionen Wagenkilometer zurücklegen müssen. Wie unendlich groß diese Strecke ist, zeigt ein Vergleich mit der Entfernung zwischen Sonne und Erde. Diese Entfernung beträgt rund 140 Millionen Kilometer. Der Wagen hätte also den Weg zur Sonne nahezu hin- und zurückfahren können.

Die tägliche Betriebsleistung der Verkehrsmittel betrug durchschnittlich über 700 000 Kilometer, das ist fast das Doppelte der Entfernung der Erde vom Mond, die 384 000 Kilometer beträgt.

Alle diese Leistungen wurden vollbracht mit einem Wagenpark, der 5300 Wagen faßte. Diese Wagen hatten insgesamt 360 000 Plätze. Die Einwohner einer Großstadt, wie Stuttgart, das über 300 000 Einwohner zählt, können es sich also auf diesen Plätzen bequem machen. Wenn man aber die von Straßenbahn, Omnibus und Untergrundbahn befahrenen Strecken aneinanderreihte, so ergäbe sich die respektable Länge von 2000 Kilometern.

Das entspricht einer Entfernung von Berlin nach Bukarest oder nach Madrid.

Dieser gewaltige Verkehr Berlins erfordert natürlich einen entsprechend großen Apparat von Arbeitern und Angestellten. Der Personalbestand von Straßenbahn, Omnibus und Untergrundbahn betrug zusammen rund 26 000 Menschen. Diese gewaltige Menschenmasse wird heute von der Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft umfaßt und beschäftigt, die damit das größte Verkehrsunternehmen auf dem europäischen Kontinent (nur Londons Verkehrsunternehmungen beschäftigen mehr Personal) genannt werden darf.

Bei Betrachtung dieser Zahlen darf man nicht außer acht lassen, daß das Berliner Verkehrsnetz trotz zahlreicher Neubauten in den letzten Jahren immer noch unzulänglich ist und dem wachsenden Bedürfnis kaum Rechnung trägt. Würde die Berliner Verkehrs-A.G. darauf achten, daß zum Beispiel jeder Fahrgast, wie es sich gehört, auf den Verkehrsmitteln einen Sitzplatz erhält, und darauf achten, daß die Außenbezirke mit dem inneren Verkehrsnetz verkoppelt werden, dann würden sich zweifellos Ziffern ergeben, die die vorgenannten bei weitem übertreffen.

*

Die letztere Feststellung, daß in Berlin (wie in den meisten Großstädten überhaupt) das Verkehrsnetz noch unzulänglich ist, trifft z. B. auf Halle in vollem Umfange zu. In Halle sind die Verhältnisse auf diesem Gebiet zurzeit geradezu als rückständig anzusprechen. Man denke nur an die immer größere Ausdehnung des südwestlichen Stadtteils und die absolut ungenügende Straßenbahnverbindung, die jetzt geradezu mitten in der Stadt abbricht.

Es wird allerhöchste Zeit, daß in Halle vollkommenere Verkehrsmöglichkeiten geschaffen werden und somit dem dringenden Bedürfnis Tausender von Einwohner Rechnung getragen wird.

Saale-„Idylle"

Ein arger Uebelstand auf der Saale

Von einer Arbeiter-Wassersportlerin wird uns geschrieben:

Der Hallenser ist stolz auf sein Saaletal. Sehr stolz sogar. Das merkte ich sehr schnell, als ich vor einigen Monaten von Berlin nach Halle kam. Und an schönen Sonntagen spaziert er mit Kind und Kegel hinaus in die Anlagen, um etwas für seine Gesundheit zu tun.

Für viele Hunderte ist es aber damit nicht getan. Besonders diejenigen, die die ganze Woche hindurch in stickigen Buden schuften müssen, wollen in den freien Stunden auch auf und in der Saale die notwendige Erholung finden. Zu denen gehöre ich als Arbeiter-Wassersportlerin. Und als solche will ich heute einmal an den „Schönheiten" der Saale etwas Kritik üben.

Am Pfingstmontag bin ich mit dem Paddelboot vom Hettstedter Bahnhof aus die Saale herauf bis hinter Böllberg gefahren. Und auf dieser kurzen Strecke zählte ich nicht weniger als

13 Kadaver im Wasser.

Teils trieben sie mitten auf dem Wasser und schaukelten lustig, wenn ein Dampfer die nötigen Wellen dazu machte, zum größeren Teile aber zierten sie die Ufer. Hinter der Brücke der Kasseler Bahn liegen sie so dicht, daß man von einer Tierleiche aus schon die nächste sehen kann. Und wenn mein Bedarf an Uferidyllen nicht dadurch recht plötzlich gedeckt worden wäre, dann hätte ich sicher auf den nächsten 500 Metern die Zahl von 13 auf 30 erhöhen können.

Aber das Schlimmste ist gar nicht die Tatsache, daß der Anblick dieser aufgequollenen toten Schweine, Kälber, Hunde und Katzen nicht gerade wohltuend ist. Ich denke da vielmehr an die

Gefahren für die Schwimmer.

Die „herrliche Saale" ist an sich schon so verdreckt, daß sie in dieser Beziehung unter den deutschen Flüssen sicher an erster Stelle rangiert. Und durch die chemischen Abwässer, die hauptsächlich von Leuna aus dem Saalewasser zugeleitet werden, sind die Möglichkeiten für die Entstehung allerlei Hautkrankheiten bei Schwimmern schon gegeben.

Es muß also zum mindesten gefordert werden, daß die Uebelstände beseitigt werden, was doch verhältnismäßig leicht sein dürfte. Die Stadt Halle, die doch, soviel ich gehört habe, sich Stadt von heute (nicht von gestern) — nennt, kennt doch sicher nach gut preußischem Muster auch eine Behörde, die sich um solche Dinge zu kümmern hat.

*

Die hier geschilderten Uebelstände auf der Saale spotten eigentlich jeder Beschreibung. Hunderten von Sportlern wird dadurch jeglicher Appetit, die Saale für den Ruder- und Schwimmsport zu benutzen, verdorben. Abgesehen von den Gefahren, denen sie obendrein ausgesetzt sind. Es muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden, daß die Verwaltung der Stadt Halle auf die verantwortliche Behörde (in diesem Falle die staatliche Strombauverwaltung) einwirkt, damit hier schnellstens Abhilfe geschaffen wird. Das ist um so notwendiger, als gerade jetzt, bei dem einsetzenden heißen Sommerwetter diese Mißstände zu einer allgemeinen Gefahr werden können. Man soll etwas mehr auf diese Gefahren achten als auf die angebliche „Gefährdung" der sogenannten „Sittlichkeit" durch die Wassersport betreibende Bevölkerung. Daß hier keine „Gefahren" bestehen, wird jeder gesunde Menschenverstand bestätigen.

Das Alte stürzt —

Der Gradierturm

des alten Elektrizitätswerkes am Holzplatz soll in nächster Zeit abgebrochen werden. Der Abbruch des alten Turmes ist mit großen Gefahren für die Arbeiter verbunden. Schon beim Bau desselben hatte sich, wie vielen Hallensern noch erinnerlich sein wird, ein tödlicher Unglücksfall ereignet. **Mit dem Turm verschwindet ein jahrzehnte altes Wahrzeichen des westlichen Teiles von Halle.**

Hungerschiedsspruch für die Straßenbahner

In dem Lohnstreit zwischen dem Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Kreise und Gemeinden und den beteiligten Gewerkschaften über den Neuabschluß des Bezirkslohntarifvertrages und der Lohntafel für das Personal der kommunalen Straßenbahnen Mitteldeutschlands fanden nach Ablehnung des Schiedsspruches der Bezirksschiedsstelle am 16. Mai Verhandlungen vor der tariflichen Berufungsinstanz, dem Zentralausschuß für Straßenbahnertarifsachen der Gemeinden und Kommunalverbände in Berlin, statt. Der Zentralausschuß änderte den Schiedsspruch der ersten Instanz insofern ab, als er dem Lohnabkommen an Stelle einer Laufzeit bis zum 31. März 1930 eine solche bis zum 30. September 1929 gab.

Im übrigen sieht der Schiedsspruch der Berufungsinstanz wie derjenige der ersten Instanz eine absolut unzureichende Erhöhung der Spitzenlöhne des kommunalen Straßenbahnpersonals in Mitteldeutschland um stündlich 5 Pfennig vor.

Die Parteien haben sich innerhalb einer Woche zu diesem Schiedsspruch zu erklären. Die Straßenbahner dürfen diesem Schiedsspruch sich keinesfalls unterwerfen. Sie müssen alle Maßnahmen treffen, um schon bei dieser Lohnbewegung ihre Forderung auf menschenwürdigen Lohn durchzusetzen.

Immer noch über 5000 Erwerbslose in Halle

Die Zahl der Arbeitsuchenden in Halle betrug nach dem Stand vom 5. Mai 1929: 5085 (davon 1076 weibliche). Unterstützung erhalten davon nur 3520 Erwerbslose. Im Bezirk der Nebenstelle Ammendorf sind 442 Erwerbslose (einschließlich 91 weibliche) zu verzeichnen. Davon sind 354 Unterstützungsempfänger. Die Zahl der Erwerbslosen im Saalkreis (ohne Ammendorf) beträgt 1068 (einschließlich 199 weibliche). Unterstützungsempfänger 724.

Diese außerordentlich hohen Zahlen legen von dem furchtbaren Erwerbslosenelend, daß trotz des eingetretenen Frühjahrs immer noch herrschte, Zeugnis ab.

„Zentralbad"

Zu dem in Nr. 113 vom 16. Mai im „Klassenkampf" gebrachten Artikel: „Die Arbeit im hallischen Zentralbad" ist vorläufig ergänzend zu bemerken:

Frl. Conrad nennt sich „Oberin", ist aber niemals als Schwester ausgebildet, sondern war nur bei Dr. R. in Halle als Wirtschafterin.

Im Zentralbad sind meist nur Lehrlinge beschäftigt, die die armen Kassenpatienten als Masseure und Masseusen ... werden.

Aus diesen und anderen Gründen ist das Zentralbad der Allgemeinen Ortskrankenkasse Halle nicht zugelassen. Wird die Behörde sich dieses „Musterbetriebes" einmal annehmen?

(Fortsetzung des lokalen Teiles auf Seite 7.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0006

Hallische Tageschronik

...tig verhinderter Unfall. Am 21. Mai, gegen 13.55 Uhr, ... in Fahrt befindlicher Lastkraftwagen auf dem Moritz... vor dem Grundstück Nr. 3, plötzlich abstoppen, um nicht ... Vorderrade in einen offenen Kanalschacht zu geraten. ... fuhr ein dichtauffolgender Lieferkraftwagen von hinten ... Kühler des Lieferkraftwagens wurde beschädigt. Per... wurden nicht verletzt.

...Ueberfallkommando wurde am 21 Mai, gegen 15.15 Uhr, ...nem Café in der Leipziger Straße gerufen. Dort kam ein ...ener Mann der Aufforderung des Wirtes, das Lokal zu ... nicht nach. Der Mann wurde zum Polizeirevier gebracht.

...Fuhrwerk überfahren. Am 22. Mai, gegen 6,45 Uhr, wurde ...fahrer an der Ecke Reilstraße und Seydlitzstraße von einem ...hrwerk überfahren. Das Fahrrad wurde stark beschädigt, ...fahrer wurde am linken Oberschenkel leicht verletzt.

...sperrung. Auf Grund des § 30 der Reichsverordnung ...raftfahrzeugverkehr vom 16. März 1928, des § 18 Abs. 2 ...enverkehrsordnung vom 5. März 1927 und des § 57 der ... Straßenpolizeiverordnung vom 21. August 1926 wird das ...steiner Ufer zwischen Rain- und Burgstraße vom ... d. J. an auf ungefähr 45 Tage für den Reit- und Fahr... gesperrt.

...1000 Museumsbesucher. An den beiden Pfingstfeiertagen ... das städtische Museum in der Moritzburg von über 1000 ... besucht, das bedeutet die höchste Besucherzahl, die bisher ... worden ist.

Achtung, hallische Metallarbeiter!

...tag, den 24. Mai, abends 7½ Uhr, im Saal der Pro...genossenschaft Sitzung der oppositionellen Mitglieder ...V.-Vertreterversammlung. Kein Vertreter darf fehlen.

...er. Spieltage der Oper **Tosca von Puccini** am 10. Juni für A; ...ni (B); am 20. Juni (G); am 25. Juni (H) und am 27. Juni (J). ... beginnend am 22. Mai bis spätestens 3. Juni für A; bis 8. Juni für B; ...für G; bis 13. Juni für H und bis 14. Juni für J erbeten. In der ... hat sich eine Spielplanänderung notwendig gemacht: „Das Drei... ...haus" wird erst am 8. Juni (nicht am 5.) gegeben. Die gelösten ... behalten zum 8. Gültigkeit oder können bis 1. Juni zurückgegeben werden. ... Sondervorstellung: „Die Herzogin von Chicago" am 5. Juni. ...ten bitte zur Abstempelung mitzubringen. Karten ab 24. Mai in der ...e Brüderstraße 14, Ruf 234 79.

Aus dem Sanatorium Schwarzenwaldheim

schreibt ein Düsseldorfer Roter Frontkämpfer:

„Jedesmal, wenn die A.-I.-Z. kommt,
Steht alles um mich rum und sieht zu."
Das ist ja auch ganz erklärlich, denn:
Zum Sterben ist's im Lazarett,
Liegt dort man ohne A.-I.-Zett.
Im Bilde ist und kennt die Welt,
Wer sich die A.-I.-Z. bestellt!

Aus dem Saalkreis

Brand in Ammendorf

...Sonntagnachmittag entstand in Ammendorf in einem ... in der Straße Schulberg ein Schornsteinbrand, wobei ...angrenzender Holzbalken in Brand geriet. Die Freiwil... ...wehr von Ammendorf löschte das Feuer und konnte nach ...iger Tätigkeit wieder abrücken.

... Am kommenden Sonntag begeht der ...verein sein 25jähriges Stiftungsfest. Schon am Sonn... ...n die Sportgenossen von Berlin-Wedding, Wolfen und ... Erstmalig wird der Seebener Arbeiterschaft Gelegen... ...eben, Anschauungsunterricht im Boxen, Jiu-Jitsu usw. ... Der Spielbetrieb für Hand- und Fußball beginnt ...am Sonntagvormittag 8½ Uhr. Der Festumzug findet ... Uhr statt. Die Eintrittspreise sind so gehalten, daß ...beiter Gelegenheit gegeben ist, die Veranstaltung seiner ...nossen zu besuchen und zu unterstützen. Darum ist die ... für die Seebener Arbeiterschaft am kommenden Sonntag: ...chen heraus, **restlose Solidarität mit den Arbeitersport-**

Am Sonntag treffen sich die Arbeitersportler in Seeben

zum 25. Stiftungsfest des Arbeiter-Turnvereins — Sorgt für Massenbeteiligung!

Der Turnverein Seeben e. V., der als einziger Turnverein im 6. Bezirk aus dem Arbeiter-Turn- und Sportbund ausgeschlossen ist, begeht am Sonnabend und Sonntag, den 25. und 26. Mai sein 25. Stiftungsfest. 25 Jahre stehen die Genossen geschlossen als Glied der gesamten Arbeiterbewegung in den vordersten Reihen. Viele Prüfungen und so manchen schweren Schlag mußten sie stets standhaft zu parieren. Sie wurden jedoch nie den Grundsätzen der revolutionären Arbeiterbewegung untreu. Praktische Solidarität und eine Sammlung für die Rote Hilfe, nahmen die Reformisten zum Anlaß, um den Verein auszuschließen. Sie wollten die Opposition vernichten und den Verein zerschlagen. Das ist ihnen nicht geglückt! Der Turnverein Seeben e. V. steht fester denn je. **Der kommende Sonntag wird es beweisen.**

Das Programm

für diese Veranstaltung enthält folgendes:

Sonnabend, den 25. Mai, abends 8 Uhr, Begrüßungsabend. Begrüßungsrede, Ehrung der Jubilare, turnerische Vorführungen im Gasthof zu Seeben. Die Wolfener, Berlin-Wedding und Seebener Turner und Turnerinnen bestreiten das Programm. Ferner wird Boxen und Jiu-Jitsu am Sonnabend in Seeben zum ersten Male gezeigt.

Sonntag, den 26. Mai, beginnen morgens die Spiele:

8¼ bis 9¼ Uhr:	Trotha Jgd. — Viktoria Jgd.	Fußball.
9¼ bis 10¼ Uhr:	Wolfen I. — Seeben II.	Handball.
10¼ bis 12 Uhr:	Mötzlich II. — Sportbrüder II.	Fußball.

Um 1 Uhr: Festumzug, Festrede und allgemeine Freiübungen (Bundesfreiübungen). 4×100 Meter Stafetten.

Arbeiter-Athleten des 5. Kreises rüstet zum Bezirkswettstreit am 9. Juni in Greppin

4×100 Meter-Stafette bestreitet Berlin-Wedding, Wolfen, Adler und Seeben.

3 bis 4 Uhr:	Schwimmer I. — Cröllwitz I.	Handball.
4 bis 5 Uhr:	Berlin-Wedding I. — Seeben I.	Handball.
5 bis 6½ Uhr:	Mötzlich I. — A. S. C. I.	Fußball.

Der Abend vereint die Sportler im Gasthof Glaser.

Arbeitersportler! Zeigt praktische Solidarität, beteiligt Euch zahlreich an diesem Feste; das eine wuchtige Kundgebung für die revolutionäre Arbeitersportbewegung werden muß. Gute Leistungen und Massenbeteiligung müssen den Gegnern und den Abseitsstehenden imponieren, müssen den reformistischen Spaltern beweisen, daß sie das Gegenteil von dem erreichten, was sie wollten. Sie möchten zum Beispiel auch die Beteiligung der Vereine am Stiftungsfest unterbinden. Im „Volkspark" vom 13. 5. wurden die Bundesvereine des 6. Bezirks zum hundertsten Male vor „unüberlegter Handlungsweise" gewarnt. Die Warner sollten doch endlich verstehen lernen, daß die **Solidarität unter den Arbeitersportlern** mehr gilt, als die von treu ergebenen und verknöcherten Sozialfaschisten geschaffene Maulkorbordnung. Die Bundesmitglieder reichen sich mit den Ausgeschlossenen auch in Seeben die Hände. Keiner darf zu Hause bleiben, jeder Sportler und jede Sportlerin muß sich aktiv beteiligen und muß speziell zu den Freiübungen antreten.

Die Spiele der Ausgeschlossenen

Heute, Mittwoch, auf dem Sandanger:
¾19 Uhr Sportbrüder 1. — Giebichenstein 1.

Freitag, 24. Mai, auf dem Sandanger: Städtespiel zugunsten der Opfer der Barrikadenkämpfer Berlins. Die endgültige Mannschaftsaufstellung wird morgen veröffentlicht.

Löbejün 1. — Eintracht Neukölln 1. 2 : 6 (1 : 4). Vor 300 Zuschauern trafen sich die Mannschaften zum friedlichen Freundschaftsspiel. Beide waren in stärkster Aufstellung. N. hat Platzwahl. Nach Anstoß sehr flottes Spiel, so daß N. schon nach wenigen Minuten mit 2 : 0 führt. Durch Mittelstürmer verkürzt L. auf 2 : 1. Schon nach wenigen Minuten saß Nr. 3 und 4. Nach Halbzeit hat L. etwas mehr vom Spiel und kann auf 4 : 2 stellen. Doch rafft sich N. wieder zusammen und legt zwei weitere Tore vor. Zum Schluß kann L. noch einmel erfolgreich sein.
Löbejün 2. — Neukölln 2. 3 : 1 (2 : 0). Hier lief die 2. Mannschaft von L. zur Höchstform auf, so daß N. in der ersten Halbzeit nicht viel zu bestellen hat. Nach einigen Ecken auf beiden Seiten geht L. in Führung. Auch Nr. 2 mußte sich N. gefallen lassen. Nach Halbzeit hat N. mehr vom Spiel und verkürzt auf 2 : 1. L. beschränkt sich mehr auf Durchbrüche und kommt zum dritten Tor.
Löbejün Jgd. — Eintracht Jgd. Neukölln 1 : 3 (0 : 2). Hier reichte das Können der Löbejüner an das technische Spiel der Neuköllner nicht heran und mußten eine Niederlage hinnehmen. Halbzeit 2 : 0 für N. L. kommt zum einzigen Treffer und Nr. 3 wartet nicht lange. Hier konnte L. noch viel lernen.
Löbejün Jgd. — Reideburg Jgd. 2 : 2 (0 : 2) am 1. Pfingstfeiertag.

HSC. 2. — Fr. T. Neukölln 2. 2 : 0 (1 : 0). Die Gäste, eine durchaus stabile Mannschaft, ließen sich von den kleinen, flinken Hallensern eine Niederlage beibringen. Das schöne flotte Spiel war von Anfang bis Ende überaus fair. Die Gäste waren vor dem Tor zu unentschlossen. Einen Treffer hatten sie bestimmt verdient.

Sporttag der Arbeiter-Radfahrer in Teuchern

Einen gut gelungenen Sporttag veranstaltete die Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrer-Bundes. Das 50-Kilometer-Rennen hatte schon am frühen Morgen viele Besucher herbeigelockt. Das Ziel war von zirka 300 Zuschauern umlagert. Im heißen Ringen um den Sieg konnte sich Schönburg (Zeitz) behaupten. Ihm folgte Rötich, nach kurzem Abstand erreichte Hoffmann das Ziel. Alle sind aus Zeitz. Im Jugendrennen siegte Spittstößer, Teuchern. Im Sechser-Rasenradballspiel trafen sich auf dem Sportplatz am Erlen Teuchern und Zeitz, das Spiel endete unentschieden 0 : 0. Abends fand im Gasthof „Zum grünen Baum" im vollbesetzten Hause die Weihe von vier Eisenrädern statt. Reicher Beifall lohnte die gute sportliche Tätigkeit.
Wann werden sich die bürgerlichen Radfahrer mit ihren sechs Saalmaschinen an die Oeffentlichkeit trauen? Für was erhalten derartige unfähige Vereine Zuschüsse vom Kreise zugebilligt?

Kegler

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle. Allen Klubkassierern zur Nachricht, daß am Montag, dem 27. Mai, zur Monatsversammlung die Bahnmiete sowie der Bezirksbeitrag an P. Schlotte abzurechnen ist. J. A.: R. Sennewald.

Deutscher Arbeiter-Keglerbund, Ortsgruppe Halle. Am 2. Juni fallen in Halle sämtliche Bezirksserienspiele aus, da in Halle an diesem Tage Gaugruppenkegeln stattfindet. Frankleben und Freie Kegelbrüder fahren an diesem Tage nach Querfurt. J. A.: Selka.

HFC. Minerva 09. Heute abend findet unsere Spielausschußsitzung bestimmt im Vereinslokal statt. Restloses Erscheinen ist Pflicht. S 42

Turn- und Sportverein Fichte, Halle, e. V. Vergnügungsausschuß Sonnabend, 25. Mai, abends 8 Uhr, Sitzung in der „Terrasse". — Radfahrer Sonntag vormittag 4.15 Uhr Wettiner Platz Treffpunkt. S 44

Fichte, Halle (Fußballabteilung). Freitag abend 8 Uhr in der „Sonne" Mannschaftssitzung. S 43

Vereinigung der Arbeiter-Fotografen, Ortsgruppe Halle. Donnerstag, 23. Mai 20 Uhr, Gesamtvorstandssitzung (einschließlich Revisoren) in der Dunkelkammer.

Freier Wassersportverein Halle, e. V. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, im „Glauchaer Stübchen" engere Vorstandssitzung. Sonnabend, 25. Mai, 20 Uhr, im Bade außerordentliche Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht. S 41

Versammlungen der KPD.

Achtung! Parteigenossen, die Mitglieder im Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung sind!

Am Donnerstag, dem 23. Mai, 20 Uhr, pünktlich in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14 (Saal), **wichtige Besprechung.** Parteimitgliedsbuch und Freidenker-Mitgliedsbuch mitbringen. Kein Genosse und keine Genossin darf fehlen.

Stadtorganisation Halle

Stadtteil Westen. Donnerstag, 23. Mai, 20 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft Stadtteilleitungssitzung.
Freitag, 24. Mai, Sitzung der KPD.-Vertreterfraktion des DMV. Halle 20 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Parteibuch als Ausweis mitbringen.

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Freitag, 24. Mai, 19 Uhr, im Zimmer 6 der BL. Sitzung der UB.-Frauenabteilung.
Sonnabend, 25. Mai, und Sonntag, 26. Mai, Frauenschule des Unterbezirks. Beginn am Sonnabend um 18.30 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft. Ortsgruppen, Stadtteile! Beachtet die Anweisungen! UBL.
Zscherben. Donnerstag, 23. Mai, 20 Uhr, im Lokal Bolze Mitgliederversammlung. Referent Genosse Steinmetz.
Möderau. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, bei Müller Mitgliederversammlung.

Unterbezirk Merseburg-Querfurt

Görschen-Kitzen. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, Mitgliederversammlung. Referent Genosse Baumann.

Unterbezirk Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Zeitz. Jeden Mittwoch 20 Uhr Probe der Roten Truppen in der „Kaffeeschänke".
Murschau. Mittwoch, 22. Mai, 20 Uhr, Fortsetzung des Kursus. Ref. Gen. W. Koch.
Weißenfels. Mittwoch, 22. Mai, 20 Uhr, Sitzung der Gewerkschaftsfunktionäre im „Tivoli". Referent der BL. ist anwesend.
Zeitz. Donnerstag, 23. Mai, 20 Uhr, in der „Kaffeeschänke" Sitzung der Agitprop-Abteilung.
Weißenfels. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, im „Hermannsgarten" Mitgliederversammlung. Referent der Bezirksleitung ist anwesend.
Granschütz. Freitag, 24. Mai, 20 Uhr, im Lokal Nordstern" öffentliche Versammlung. Referent Genosse Fischer.

Unterbezirk Mansfeld

Unterteutschenthal. Mittwoch, 22. Mai, 20 Uhr, im Lokal „Stern" Frauenabend. Referent Genossin M. Ahlers.

Unterbezirk Bitterfeld-Wittenberg

Bitterfeld. Mittwoch, 22. Mai, 20 Uhr, im „Volkshaus" Funktionärsitzung der gesamten Stadtorganisation. Alle Funktionäre der Partei sowie der überparteilichen Organisationen haben unbedingt zu erscheinen.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Halle. Mittwoch 19 bis 20 Uhr Abrechnung der Gruppenkassierer im Jugendbureau.
Halle. Mittwoch Gruppenleiter Broschüren im Jugendbureau abholen.
Halle. Rote Schmiede. Donnerstag, 23. Mai, im „Volkspark" Truppen-Vollsitzung.
Halle. Osten. Heute, Mittwoch, 20 Uhr, bei Löw, Freiimfelder Straße, Gruppenabend. Mitgliedsbuch mitbringen.
Halle. Süden. Heute, Mittwoch, abend im Gruppenlokal Verbandsarbeitersitzung.
Halle. Freitag 20 Uhr in allen Gruppen Zusammenkünfte in den bekannten Lokalen.
Ammendorf. Donnerstag, 23. Mai, öffentliche Jugendversammlung. Alle Genossen machen noch die regste Propaganda.
Landsberg. Donnerstag, 23. Mai, Gruppenabend. Alle Genossen bringen Freunde und Bekannte mit.

Arbeitsgebiet Schkeuditz

Schkeuditz. Heute, Mittwoch, öffentliche Jugendversammlung. Alle Genossen bringen die jungen Arbeiter mit, die sie kennen.
Freiroda. Heute, Mittwoch, Mitgliederversammlung. Vertreter der UBL. anwesend.

Unterbezirk Merseburg

Merseburg. Alle Genossen nehmen rege am Vorverkauf der Programms zum Roten Rummel am Sonnabend teil.
Querfurt. Freitag 20 Uhr im „Schützenhaus" Gruppenabend.

Unterbezirk Weißenfels

Weißenfels. Donnerstag, 23. Mai, Mitgliederversammlung im Jugendheim.
Zeitz. Freitag, 24. Mai, Fragezetteldiskussion.

Unterbezirk Bitterfeld

Bitterfeld. Heute 19¼ Uhr Abmarsch vom „Volkshaus" nach Wolfen zum Besuch der Gruppe. Pünktlich kommen.
Wolfen. Heute abend Diskussionsabend. Erscheint alle pünktlich.

Unterbezirk Wittenberg

Piesteritz. Heute abend Gruppenabend. Staat und Revolution. Ref. Genosse M.

Jung-Spartakus-Bund

Bezirksleitung 1, Halle-Merseburg
Halle a. d. Saale, Lerchenfeldstraße 14

Halle. Am Mittwoch Gruppenabende. Westen und Zentrum 18 Uhr in der Produktiv, Süden 18 Uhr „Thüringer Schlößchen".
Halle. Freitag 18 Uhr auf dem Sandanger Spielen. Bringt bestimmt Eure Schulfreunde mit.
Halle. Pioniere! Meldet Euch sofort zum Ferienlager an.
Halle. Alle Leiter erscheinen am Donnerstag um 19 Uhr zu einer Sitzung in der Produktiv-Genossenschaft.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Piesteritz. Heute, Mittwoch, 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Schützenhaus". Wichtige Tagesordnung.

Wie wird das Wetter?

Für Donnerstag und Freitag: Zunehmende Erwärmung und Bewölkung. Sehr warm, zeitweise schwül, stellenweise Gewitterregen möglich.

Postbezieher!

Die Bestellung muß bis zum 25. d. M. für Juni erfolgen, da sich sonst der Bezugspreis erhöht.

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck: Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS

EUCH WACKERE KURMARK-GILDE!

Wann ich Euch sehe, kommet mich eine unbändige Freude an.
Ist das ein Heer!
All des Aufhebens und Prahlens,
das man anderwärts machet, ist dagegen ein eitel Nichts.
Euch reihen sich täglich Vieltausend an,
die da fürderhin geniessen wollen stets die Cigarette

KURMARK
SPEZIAL-MAZEDONEN-MISCHUNG
KUR MARK CIGARETTEN
5 Pfg.

... „KURMARK-PRIVATPACKUNG" (ohne Preisaufdruck)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-1669156101929052213/fragment/page=0007

HAUS-HOF-GARTEN-FELD

Schädlinge

Die einzig wirksame Bekämpfung der Engerlingsplage ist das Sammeln der Maikäfer, bevor sie zur Eiablage schreiten. Die Engerlinge brauchen je nach der geographischen Lage des Ortes, an dem sie auftreten, und der Art (Feld- oder Waldmaikäfer) drei bis fünf Jahre zu ihrer Entwicklung. Hieraus erklärt sich, daß die Flugjahre des Maikäfers, die Jahre, in denen sie in großen Schwärmen auftreten, in den verschiedenen Gegenden Deutschlands in verschiedene Jahre fallen, und daß zwischen den Flugjahren einer Gegend in der Regel bestimmte Zwischenräume von drei bis fünf Jahren liegen. Während ihrer Entwicklungszeit werden die Engerlinge äußerst schädlich an Getreide, Kartoffeln und Rüben, auf Wiesen und im Gemüseland; im Forst können sie die Anzucht der Kulturen vereiteln. Man schone ihre natürlichen Feinde: Maulwurf, Star und Krähen. Vor allem aber versäume man nicht, dem Engerlingsauftreten durch das Sammeln der Maikäfer in den Flugjahren vorzubeugen. Auf den Rübenschlägen sind Käfer und Larven der Rübenaaskäfer mit arsenhaltigen Spritz- oder Stäubemitteln zu bekämpfen. Zur Vertilgung der Rübenblattwanze sind durch frühzeitiges Ausdrillen von Rüben in der Nähe der Ueberwinterungsorte der Wanzen Fangstreifen oder Fangschläge anzulegen. Sobald die Wanzen mit der Eiablage begonnen haben, sind sie durch chemische Mittel oder durch tiefen Umbruch zu vernichten. Zur Bekämpfung der Runkel- oder Rübenfliege sind die Rüben zu Beginn der Eiablage mit einer wässerigen Lösung von Fluornatrium oder Kieselfluornatrium und Rohzucker zu bespritzen. Die Gespinste der Apfelbaumgespinstmotte sind vorsichtig abzuschneiden oder mit einer Raupenfackel zu verbrennen. Zur Bekämpfung der Pflaumensägewespe ist bisher kein anderes Mittel als das Sammeln und Vernichten der befallenen Früchte bekannt. Die Spargelkäfer sind durch Abschütteln in Gefäße, die mit etwas Petroleum gefüllt sind, oder durch Bespritzen des Krautes mit einem arsenhaltigen Giftmittel zu bekämpfen. Zur Vernichtung der Spargelfliege sind alle befallenen Stengel tief abzustechen. Dr. S.

Braune Flecken an Tomatenpflanzen

Ganz besonders bei der Kultur unter Glas macht sich dieser Schädling bemerkbar. Es handelt sich dabei um einen Pilz, dessen Ueberhandnehmen durch richtige Kultur vorgebeugt werden muß. Für die Treibereien sollten überhaupt nur Sorten Verwendung finden, die sich dafür eignen. Luftfeuchtigkeit begünstigt das Auftreten der Fleckenkrankheit. Temperaturschwankungen sind beim Lüften zu vermeiden. Eine gleichmäßige Wärme von 18 bis 25 Grad Celsius hat sich am besten bewährt. Das Spritzen der belaubten Teile mit dem Schlauch ist zu unterlassen; die bei heißem Wetter zweimal, bei kühlem einmal wöchentlich erfolgende Wassergabe sollte in der Weise vor sich gehen, daß das Schlauchende dicht auf der Erde schleift, die oberirdischen Teile also nicht mit Wasser in Berührung kommen. Abends darf nie gewässert werden. Tritt die Braunfleckenkrankheit trotzdem auf, so ist bei der Neuanpflanzung alles mit 0,5prozentiger Uspulumlösung zu desinfizieren, außerdem wird dem Boden eine Gabe von Aetzkalk, etwa 30 bis 40 Kilogramm auf 100 Quadratmeter, verabreicht. Des weiteren hat nach dem Pikieren in vierzehntägigem Abstand ein Spritzen mit einprozentiger Solbarlösung zu erfolgen, wobei die Blätter auch auf ihrer Unterseite benetzt werden sollten. Das Spritzen wird in vierzehntägigem Abstand an trüben Abenden wiederholt. Nach der Ernte sind alle Pflanzenrückstände zu verbrennen.

Zwiebelbau

Die Zwiebel bevorzugt nahrhaften, altgedüngten Lehmboden, gedeiht besonders auf Beeten, die im vergangenen Jahre mit Kohlgewächsen bestanden waren. Gute Bodenlockerung ist sehr wichtig. Im Frühjahr kann mit Kali und Phosphorsäure vor dem Umwerfen gedüngt werden. Die Aussaat soll möglichst früh erfolgen. Man sät meist in Reihen von etwa 15 bis 20 Zentimeter und muß, sobald die jungen Pflanzen erscheinen, mit der Unkrautvertilgung und Bodenlockerung beginnen. Hand in Hand geht das Verziehen zu dichter Saat, wobei der Abstand zwischen den einzelnen Pflanzen 4 bis 5 Zentimeter betragen soll. Die Bodenlockerung darf nur oberflächlich erfolgen und ist alle drei bis vier Wochen zu widerholen. Naßkalte Tage in den ersten Wochen der Entwicklung können außerordentlich schädlich wirken. Nur in Deutschland gezogene Samen bringen guten Ertrag, da diese kältefest sind. Der Samen muß aus der letzten Ernte stammen, sonst ist damit zu rechnen, daß nur die Hälfte davon austreibt.

Blumenkohl

ist ziemlich empfindlich gegen kaltes Wasser. Er darf nie mit kaltem Wasser begossen werden, solange der Boden von der Sonne beschienen wird. Das beste ist, ihn überhaupt nur mit überschlagenem Wasser zu begießen, dem man jede Woche etwas Kuhdung oder Abort zusetzt. Derartig behandelter Blumenkohl gedeiht vorzüglich und hat sehr feinen Geschmack. Zum Schutz gegen Hitze und Sonne knickt man einige Blätter über den entstehenden Blumen zusammen, damit sie nicht zu schnell auseinandergehen.

Schlecht gedeihender Schnittlauch

Liefert der Schnittlauch geschmackloses Grün, so sind meist zwei Ursachen maßgebend. Entweder steht er zu lange an einem Platz oder er wird zu schlecht ernährt. Alle zwei Jahre sollte man die Schnittlauchstöcke teilen und wieder in einen neuen Boden bringen, der kräftig, aber nicht frisch gedüngt sein sollte. Die Pflanzung erfolgt am besten Mitte Mai, gute Komposterde läßt sich sehr wohl verwenden. Auf reichliche Bewässerung ist besonders bei trockner Witterung zu achten. Eine Düngung mit Jauche kommt nicht in Frage, da dadurch der Geschmack leidet.

Puffbohnen

Seit vielen Jahrhunderten wird die Puffbohne, auch Pferdebohne genannt, angebaut, wenngleich die Beliebtheit im Laufe der Jahrhunderte mehr und mehr zurückgegangen ist. Die Puffbohne gehört ihres Gehaltes an Nährstoffen wegen zu den wertvollen Kulturpflanzen und enthält 22 Prozent Eiweiß, übertrifft die Erbse an reinem Eiweiß ganz wesentlich. Im kleinen Betriebe ist das Anquellen der Samen zu empfehlen, das bereits Ende Februar, anfangs März erfolgen muß. Nach entsprechender Abhärtung der jungen Pflanzen in normalen Jahren Ende März, Anfang April, in diesem etwa vier Wochen verspätet, kommen die angetriebenen Pflanzen ins Freie. Man kann dann eine vierzehn Tage verfrühte Ernte erwarten.

Maßhalten beim Düngen!

Viel hilft viel, denken die meisten und streuen von Dünger möglichst viel auf das Beet, in der Hoffnung, daß alles besonders gut gedeihen und viel Früchte bringen möge. Dies ist aber falsch und kann gerade das Gegenteil von dem Gewünschten herbeiführen: die Pflanzen kränkeln und gehen ein. Die Schärfe der Jauche oder der Salze, die unvergorenen Bestandteile der Gülle und die unverrotteten des Düngers sind daran schuld, denn sie töten die zarten Wurzeln. Darum soll man nie zuviel Dünger auf einmal auf bepflanzte Beete oder kurz vor dem Säen und Pflanzen bringen. Naturdünger muß gut verrottet, Jauche gut vergoren und die Salzlösungen stark verdünnt sein, sonst tritt das Gegenteil von dem, was man will, ein.

Das richtige Pflanzen

Häufig ist das schlechte Gedeihen der ausgepflanzten Gemüse eine Folge unsachgemäßer Pflanzarbeit. Zunächst ist natürlich das Land, das bepflanzt werden soll, entsprechend vorzubreiten. Es muß genügend locker, aber auch wieder gut gesetzt sein, damit die Pflanzen einen festen Halt bekommen. Bei später Pflanzung wird schon reichlich Unkraut aufgelaufen sein, das durch Hacken und Abharken entfernt wird. Der Feuchtigkeitsgehalt des Bodens ist sehr wichtig. Ein zu nasser Boden hemmt das sofortige Einsetzen der Wurzeltätigkeit, bringt also eine Wachstumsstörung. Ebenso ist zu trockener Boden schädlich. Besonders bei der späten Pflanzung, nach einer Vorfrucht, wird es leicht vorkommen, daß der Boden stark ausgetrocknet ist. Am Nachmittag vor der beabsichtigten Pflanzung ist dann kräftig das Beet durchzugießen, damit der Boden gleichmäßig vom Wasser durchdrungen werden kann, ohne daß er schmierig ist. Trübes Wetter ist besonders günstig für die Pflanzarbeit, da hier so leicht kein Welkwerden der Pflanzen zu befürchten ist. Sonst ist der späte Nachmittag zum Pflanzen geeignet.

Das sorgfältig geebnete Beet ist genau zu markieren, was durch Abschnüren mit der Gartenschnur geschieht. Die Pflanzabstände sind in den Reihen völlig gleichmäßig zu nehmen. Jede Pflanze soll gleichviel Raum zur Verfügung haben, der auch nicht zu knapp bemessen werden darf. Eine peinlich gleichmäßige Pflanzenverteilung erleichtert auch die späteren Hackarbeiten und bietet einen schönen, beruhigenden Anblick.

Das Pflanzmaterial muß durchaus gesund, kräftig und gedrungen sein. Schwächliche, durch zu engen Stand im Saatbeet vergeilte oder überständige Pflanzen schalte man aus. Werden die Pflänzchen eigenen Saatbeeten entnommen, so sorge man dafür, daß das Saatbeet genügend feucht ist. Nicht erst unmittelbar vor dem Herausnehmen gießen, sondern mehrere Stunden vorher, damit das [Wurzel]werk abtrocknen kann und die Pflänzchen sich noch genügend Wasser vollsaugen können. Das Herausnehmen selbst muß mit größter Schonung des Wurzelwerks geschehen. Mit der ... dem Spaten oder der Grabegabel wird die Pflanze von unten vorsichtig angehoben und gelockert und dann herausgehoben, ... mehr Erde an den Würzelchen haften bleibt, um so günstiger. Allzulange Wurzeln kneife man mit den Fingernägeln ab. ... Saatbeet mit Torfmull durchsetzt, so wird man recht gute ... erhalten. Je kürzer die Zeitspanne zwischen dem Herausheben und dem Pflanzen ist, um so schneller und sicherer erfolgt ... wachsen. An den vorher markierten Stellen wird am zweck... mit der linken Hand ein genügend großes Pflanzloch ... Bei ungünstigem Boden nimmt man jedoch ein spitzes, ... schwaches Pflanzholz zur Hilfe. Pflanzhölzer mit handlichem ... und eiserner Spitze sind billig zu kaufen. In dieses Pflanzloch ... die Pflänzchen so tief hineingehalten, daß die Keimblätter ... Bodenhöhe abschneiden. Porree wird gern etwas tief ge... recht lange gebleichte Strünke zu erhalten. Es ist nun ... darauf zu sehen, daß die Wurzeln völlig frei nach unten hängen, nicht etwa durch ein zu enges oder zu flaches Pflanzloch ... oben biegen. Die Erde ist nun sorgfältig an die Wurzeln heranbringen und mäßig anzudrücken. Keinesfalls darf an den ... ein Hohlraum entstehen. Es muß also die Erde in der ganzen ... des Pflanzloches angedrückt werden. Falsch ist es, nur oben anzudrücken. Besonders die Pflanzung mit dem Holz erfordert Uebung, um die verderblichen Hohlräume zu vermeiden. ... endeter Pflanzung ist sodann ein kräftiges Durchgießen ... mit der Brause empfehlenswert. In der Folgezeit ist ... wieder Wasser zu geben, wenn der Boden genügend trocken ist.

Grünfutter

spielt bei der Kükenaufzucht eine große Rolle. Ohne genügende Mengen Grünfutter läßt die Entwicklung der Küken immer viel zu wünschen übrig, weil im Grünfutter die Mineralsalze in leicht aufzunehmender Form vorhanden sind, deren das Jungtier dringend bedarf. Ein ganz vorzügliches Grünfutter ist Löwenzahn, den man aber fein zerschnitten reichen muß. Löwenzahn verhütet Durchfall und gibt guten Gefiederglanz. Man kann den Löwenzahn auch trocken und dann zerkleinert im Winter dem Weichfutter zusetzen. Die Wurzeln des Löwenzahns werden getrocknet, dann gemahlen und so aufgebrüht dem Weichfutter zugesetzt. Kl.

Trinkwasser im Geflügelhof

Gerade in kleineren Wirtschaften wird der Trinkwasserversorgung der Hühner nicht die erforderliche Aufmerksamkeit geschenkt, das Aufstellen von eigenen Behältern versäumt. Die Hühner sind dann gezwungen, ihren Durst aus Regenpfützen zu stillen und können sich hierdurch Erkrankungen zuziehen. Ein frisches, sauberes Wasser ist zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit unbedingt erforderlich, insbesondere da praktische Behältnisse verhältnismäßig billig zu besorgen sind. Gut bewährt haben sich Tongefäße, weil in ihnen durch die fortwährende Verdunstung das Wasser verhältnismäßig kühl bleibt. Mindestens zweimal am Tage ist frisches Wasser aufzufüllen.

Der Fliegenpilz

Ziemlich allgemein ist die Annahme verbreitet, daß der Fliegenpilz ein höchst gefährlicher Giftpilz sei. Es ist richtig, daß dieser bildhübsche Pilz ungenießbar ist oder doch nicht genossen werden sollte. Ein Giftpilz im eigentlichen Sinne des Wortes ist er nicht, und mit dem fürchterlichen Knollenblätterschwamm kann er in bezug auf Giftigkeit nicht verglichen werden. Das leichte sogenannte „Gift“, das er enthält, hat narkotische Eigenschaften und teilt sich beim Kochen vornehmlich der Brühe mit. In Osteuropa und Asien, so z. B. in Sibirien, soll der Pilz, nachdem man die Brühe fortgegossen hat, gegessen werden, ja, es soll früher vorgekommen sein, daß gewissenlose Brauer und Gastwirte die Pilzbrühe in das Bier mischten, um es berauschend zu machen. Zu empfehlen ist sein Genuß jedenfalls nicht. Dagegen ist es völlig verkehrt, den farbenfrohen Pilz, das „Männlein im Walde“, das so oft die dunkle Oede auch unserer Kiefernwälder belebt, haßerfüllt zu zerstören, wenn man ihm bei einer Waldwanderung begegnet. Man schädigt ohne zwingende Gründe damit nur die Natur. Möge man seine Wut an den Knollenblätterpilzen auslassen, sofern man ihn — kennt! Leider ist das nicht immer der Fall, wie zahlreiche Vergiftungsfälle mit tödlichem Ausgange zeigen, unter denen das Trauerspiel von Eberswalde aus dem Jahre 1926 wohl obenan steht.

Vom Ziegenmelken

Um den Tieren einen festen Stand zu gewähren, aber ... Arbeit der Melker zu erleichtern, weist man in manchen ... den Ziegen einen bestimmten Melkplatz an, der aus einer ... großen und hohen Kiste bestehen kann. Beim Melken ... beide Hände mit Daumen und Zeigefinger je einen Strich ... man durch Entlangstreifen die Milch zum Ausfließen bringt. ... für sich wäre es natürlich noch schonender, wenn, wie ... mit der ganzen Hand gemolken würde, wobei neben dem ... Zeigefinger die übrigen nach und nach den Strich umschließen ... so die Milch nach der Spitze drücken, doch läßt sich diese Melkart ... bei starken Strichen durchführen. Ein Abstreifen der Striche ... Strichspitze hinaus mit den Fingern ist nicht zu empfehlen. ... mäßiges Einhalten der Melkzeit, aber auch das Zurückbleiben ... Milch im Euter können zum Verstopfen der Milchgänge, ... härtungen und Entzündungen Anlaß geben. Ein Wechsel ... Person des Melkenden ist nach Möglichkeit zu vermeiden, ... solcher meist eine Minderung des Ertrages zur Folge hat.

Der Boden in den Hausgärten ist in erster Linie für ... stimmt und deshalb größtenteils zu stickstoffhaltig. Für ... treibenden und vielzehrenden Gemüse ist solcher Boden ... aber keinesfalls für Obstbäume. Bei ihnen regt er das ... wohl stark an, verzögert aber die Holzreife, setzt die Widerstands... herab, und Krebs und ähnliche Krankheiten sind die Folge. ... Kalk und Kunstdünger für Reinigung des Bodens und ... des einseitigen Düngers sorgen.

Vitamine in den grünen Pflanzen. In der Landwirtschaft ... des Staates Michigan haben John W. Christ und Marie ... mit Tierfütterungen gemacht, um den verhältnismäßigen ... grüner und gebleichter Pflanzen zu ermitteln. Sie benutzten ... Salat, Kohl, Sellerie und Spargel. Das Ergebnis war, ... Pflanzen den gebleichten vorzuziehen sind. Man glaubt, ... Beziehung zwischen dem Blattgrün und dem Vitamin A be...

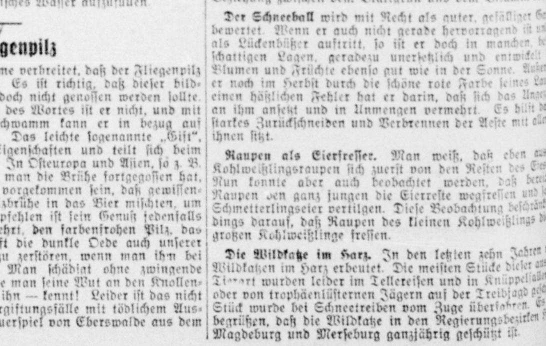
Der Schneeball wird mit Recht als guter, gefälliger ... bewertet. Wenn er auch nicht gerade hervorragend ist und ... als Lückenbüßer auftritt, so ist er doch in manchen, ... schattigen Lagen, geradezu unersetzlich und entwickelt ... Blumen und Früchte ebenso gut wie in der Sonne. Außerdem ... er noch im Herbst durch die schöne rote Farbe seines Laubes ... einen häßlichen Fehler hat er darin, daß sich das Ungeziefer ... an ihm ansetzt und in Unmengen vermehrt. Es hilft dagegen ... starkes Zurückschneiden und Verbrennen der Aeste mit allem, ... ihnen sitzt.

Raupen als Eierfresser. Man weiß, daß eben ausgeschlüpfte ... Kohlweißlingsraupen sich zuerst von den Resten des Eies ... Nun konnte aber auch beobachtet werden, daß bereits ... Raupen den ganz jungen die Eierreste wegfressen und ... Schmetterlingseier vertilgen. Diese Beobachtung beschränkt ... dings darauf, daß Raupen des kleinen Kohlweißlings die ... großen Kohlweißlinge fressen.

Die Wildkatze im Harz. In den letzten zehn Jahren ... Wildkatzen im Harz erbeutet. Die meisten Stücke dieser ... Tierart wurden leider im Tellereisen und in Knüppelfallen ... oder von trophäenlüsternen Jägern auf der Treibjagd ... Stück wurde bei Schneetreiben vom Zuge überfahren. Es ... begrüßen, daß die Wildkatze in den Regierungsbezirken ... Magdeburg und Merseburg ganzjährig geschützt ist.

Auf der Alm da gibt's koa Sünd' —

aber dafür um so mehr Elend und Not. Die Tiroler Bauern führen inmitten der alpinen Schönheit ihres Landes ein graues Elendsleben. Die Bebauung des Berglandes, die mit einer mühseligen Arbeit verbunden ist, bringt nur geringe Erträgnisse. Unser Bild zeigt die Senner, die mit ihren Geräten und ihrer spärlichen Habe das Vieh auf die Almen treiben.



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0008

Aus der Gewerkschaftsbewegung

as Arbeitszwangsgesetz liegt vor! / Von Erich Steffen-Berlin

mpf gegen den Abbau der Arbeitslosenunterstützung — Der „Syrup"-Erlaß, die erste Etappe des „Sofort-Programms"

m 1. Mai veröffentlichten die Arbeitgeberverbände ihre Forde-gen auf Abbau der Arbeitslosenunterstützung.

 der Kabinettssitzung am 6. Mai beschloß die Regierung unter rung der Sozialdemokraten Müller, Hilferding, Wis-l und Severing, ein „Sofortprogramm" gegen die Erwerbs- vorzubereiten. Schon am 7. Mai wurde vom Vorstand der ichsanstalt ein Erlaß herausgegeben, der auf der Linie der ternehmerforderungen liegt und die erste Etappe des „Sofort-ramms" darstellt.

ieser Erlaß entlarvt gleichzeitig die Oppositionsmanöver der D und Gewerkschaftsführer. Spliedt, Mitglied des ADGB.-tandes und Vorstandsmitglied der Reichsanstalt, schreibt im erliner Tageblatt" gegen das „Sofort-Programm". Der wärts" und die „Gewerkschaftszeitung" täuschen die Arbeiter Protesttheater.

r selben Stunde stimmen aber die Vertreter des ADGB., liedt, Löhrte und alle anderen „Arbeitervertreter" ge-am mit Dr. Erdmann vom Arbeitgeberverband und den tern der anderen Unternehmerorganisationen für einen Erlaß die Erwerbslosen.

ser Erlaß übertrifft alle bisherigen reaktionären Anweisungen. schwachen Schutzbestimmungen des AVAVG. werden gehoben und das System der völligen Willkür eingeführt.

e bürgerliche Presse begrüßt die schnelle Erfüllung eines Teiles Forderungen, um zugleich schnellste Durchführung ihres ganzen ramms zu fordern. Die SPD.-Presse findet kein Wort der , sondern bringt nur die offizielle Pressenotiz des Vorstandes.

r Erlaß enthält nicht eine Anordnung zwecks Arbeitsschaffung oder um die Unternehmer zu zwingen, freie Stellen Arbeitsnachweis zu melden und Arbeitskräfte von anzufordern, sondern nur Anweisungen, den Erwerbslosen Unterstützung zu entziehen. Um den Arbeitern zu , mit welcher zynischen Brutalität die Sozialreaktion vorgeht, notwendig,

die entscheidendsten Punkte des Erlasses

zeigen.

r Erlaß versucht, den Dauerarbeitslosen die Arbeitsfähigkeit ab-nen. In dem Abschnitt heißt es wörtlich, daß das ärztliche ten nur eine der Grundlagen ist, um über die Arbeitsfähig- entscheiden. Das Schwergewicht wird in Zukunft auf die An-ng gelegt werden, die da lautet:

„Das bisherige Berufs- und Arbeitsschicksal des Antragstellers, besondere auch die darüber vorhandenen Kenntnisse des Arbeits-mittlers (z. B. wiederholte Fehlmeldungen, wiederholtes er-loses Stellenangebot) können eine vom Arztgutachten ab-ende Beurteilung der Arbeitsfähigkeit rechtfertigen."

Auslegung steht nicht nur im Widerspruch zu allen bisherigen entaren, sondern der Wortlaut des § 88 sagt im Abschnitt 3, Arbeitsunfähigkeit nur dann angenommen werden darf, nn sich sein (des Arbeitslosen) körperlicher oder geistiger tand nach dem Ausscheiden aus der Beschäftigung so verändert daß die Voraussetzungen des Absatzes 1 (Arbeitsunfähigkeit ein Drittel einer normalen Arbeitskraft) nicht mehr vor-gen".

enn in Zukunft Arbeitsunfähigkeit dadurch begründet wird, Vermittlung wiederholt erfolglos war, so bedeutet das, daß die langfristigen Arbeitslosen als arbeitsunfähig mpelt werden. Besonders ältere Arbeitslose und Angestellte als für den Arbeitsmarkt nicht mehr in Frage kommend Unterstützung und Vermittlung ausgeschlossen werden.

 einem Artikel des „Reichsarbeitsblattes" war nachgewiesen , daß zirka 100 000 langfristig Arbeitslose, die man wieder-versucht hat, zu vermitteln, in der Hauptsache deswegen nicht tellt wurden, weil sie dem Unternehmer zu alt sind oder " Gründe vorlagen, ohne daß die Betreffenden im Sinne setzes arbeitsunfähig waren.

 Zukunft soll **es dem Arbeitsvermittler überlassen**, ohne weitere **Untersuchung jeden, der wiederholt das Un-**k hat, nicht **eingestellt zu werden, aus der Unterstützung hinauszuwerfen.**

h die sogenannte **Vermittlungsfähigkeit hat gleich-**ine rechtlich unhaltbare Auslegung erfahren. — Es heißt in Erlaß:

„Ein Arbeitsloser, der Unterstützung begehrt, muß dem Ar-smarkt ... tatsächlich zur Verfügung stehen. Danach steht Frau, die den überwiegenden Teil des Arbeitstages durch sarbeit in Anspruch genommen wird, im allgemeinen dem itsmarkt nicht zur Verfügung."

Diese Auslegung steht gleichfalls im Widerspruch zum § 173 AVAVG. Der Absatz 1 besagt:

„Wer Arbeitslosenunterstützung empfängt, hat sich regelmäßig Arbeitsamt zu melden, um Arbeit zu erlangen."

bschnitt 3 heißt es weiter:

„Das nähere bestimmt der Verwaltungsausschuß des Landes-eitsamtes. Er bestimmt insbesondere, wie oft sich der Ar-slose zu melden hat und für welche Zeitabschnitte die Mel-gen gelten. Er soll mindestens drei Meldungen in der e vorschreiben und Ausnahmen nur zulassen, soweit der der Meldung nicht darunter leidet."

Durch diese Bestimmung steht der Unterstützungsempfänger dem samt tatsächlich jederzeit zur Arbeitsvermittlung zur Ver-g. Was der Erwerbslose nach Erfüllung seiner Kontroll-macht, ist nicht Sache des Arbeitsamtes. Mit derselben dung, daß die Frauen durch ihre Hausarbeit dem Arbeits- nicht zur Verfügung ständen, kann auch jedem männlichen losen, der Hausarbeit verrichtet, weil seine Frau arbeitet, sonst eine Beschäftigung ausübt, die Unterstützung entzogen n. Der Erlaß steht daher im Widerspruch zum Wortlaut des es.

 verhält es sich mit der sogenannten Arbeitswilligkeit. § 90 bestimmt, wer sich ohne berechtigten Grund trotz Be-ng über die Rechtsfolgen weigert ... erhält für die Dauer der Weigerung folgenden vier Wochen keine Arbeitslosen-tützung. Es wird im Absatz 2 dann in fünf Punkten auf-, welche Gründe zur Arbeitsverweigerung ohne Rechtsfolgen en müssen. Daraus geht hervor, daß Arbeitsvermittlung, ng der Verweigerungsgründe und Unterstützungssperre zur etzung haben, daß sie vom Arbeitsamt ausgehen müssen. vatperson, **wie sie ein Unternehmer darstellt, kann dafür** Frage **kommen, denn der Arbeitslose hat gegenüber dem** Arbeitgeber keine Möglichkeit, Rechtsansprüche durchzusetzen oder eine sachliche Klärung bei Streitfragen herbeizuführen. Der Erlaß des Vorstandes besagt aber:

„Das Arbeitsangebot, dessen Ablehnung die Rechtsfolge der Sperrfrist des § 90 haben würde, braucht nicht vom Arbeitsamt oder von einer mit der Entgegennahme beauftragten Stelle (Gemeindevorsteher) auszugehen; vielmehr genügt auch jedes andere Arbeitsangebot, das „hinreichend deutlich" erkennen läßt, daß es nicht abgelehnt werden darf. In die dem Arbeitslosen auszuhändigenden Merkblätter hat das Arbeitsamt deshalb allgemein den Hinweis aufzunehmen, daß auch das Angebot eines Arbeitgebers, eines anderen Arbeitsamtes oder eines Arbeitsnachweises außerhalb der Reichsanstalt dieselben Folgen nach sich zieht, wie die unberechtigte Ablehnung seines eigenen Arbeitsangebotes."

Also anstatt die Unternehmer zu zwingen, ihre freien Stellen beim Arbeitsamt zu melden, können diese in Zukunft eine Massendenunziation betreiben, daß angeblich die und die Arbeitslosen die Arbeitsannahme verweigert hätten.

Dem Erwerbslosen wird dann sofort die Unterstützung entzogen. Auch private Stellenvermittler, die nicht genügend Arbeitskräfte zur Vermittlung haben, können willkürlich jeden Arbeitslosen, der bei einem Arbeitsamt eingetragen ist, zwingen, irgendwo nach auswärts Arbeit anzunehmen; im Weigerungsfalle erfolgt Unterstützungssperre. Eine unumschränkte Willkürherrschaft wird die Folge sein. Aber die Bestimmung geht noch weiter. Wenn der Arbeitslose durch

„wiederholte Vereitelung der Einstellung, durch herausforderndes Benehmen bei der Vorstellung"

seine Arbeitsunwilligkeit beweist, wird ihm gleichfalls die Unterstützung entzogen. Wäre die Verfügung nicht so skandalös, könnte man vorschlagen, Merkblätter herauszugeben oder Extra-Kurse einzurichten, wie sich der Arbeitslose bei der Vorstellung dem Unternehmer gegenüber zu benehmen hat

Vielleicht soll er auf dem Bauch in das Kontor hineinkriechen oder mit der Stahlhelm-Mütze und schwarzweißrotem Abzeichen erscheinen?

Der Vorstand der Reichsanstalt scheint zu glauben, daß es seine Aufgabe ist, die Erwerbslosen zu Speichelleckern zu erziehen. — Auch die weiteren Verordnungen atmen denselben Geist. Der § 114 des Gesetzes besagt:

„Die Arbeitslosenunterstützung darf für die Tage nicht gewährt werden, für die der Arbeitslose die vorgeschriebenen Meldungen ohne die genügende Entschuldigung unterläßt. Eine nachträgliche Entschuldigung ist zulässig."

Diese klare Formulierung des Gesetzes erhält durch den Erlaß eine unzulässige Erweiterung. Das Arbeitsamt erhält die Vollmacht,

„Die Nichtbefolgung (der Meldung) auf Grund des § 259 mit einer Ordnungsstrafe bis zum 25fachen Betrage des täglichen Unterstützungssatzes zu belegen."

Ist der Beamte des Arbeitsamtes also der Meinung, der Erwerbslose sei absichtlich nicht zum Stempeln erschienen, so steht es ihm frei, einen vierwöchentlichen Unterstützungsentzug zu verhängen, ohne daß der Arbeitslose sich wehren kann.

Während der Unterstützungssperre sollen die Arbeitslosen auch nicht mehr vom Wohlfahrtsamt unterstützt werden. Die Willkürmaßnahmen des Arbeitsamtes sollen keine Milderung durch eine Fürsorge erhalten. Daß man die Arbeitslosen dadurch anreizt, Verbrechen zu begehen, um nicht zu verhungern, ist eine logische Folge dieser Anweisung. Um die Sperre möglichst lang auszudehnen, soll auch jede Verweigerung einer Arbeitsannahme während der Sperrfrist benutzt werden, um diese dann weitere vier Wochen und dann wiederum und so fort zu verlängern. Es heißt wörtlich:

„Ein während des Laufes der Sperrfrist gemachtes und wiederum unberechtigt abgelehntes Angebot von Arbeit muß zur Verhängung einer neuen Sperrfrist führen."

Um erkrankten Arbeitslosen nicht die Möglichkeit zu geben, Krankengeld zu beziehen, wird bestimmt, daß die Vertrauensärzte eine verschärfte Krankenkontrolle vornehmen sollen. — Arbeitslose, die bestimmte Aussicht haben, in kurzer Zeit bei ihrem alten Arbeitgeber beschäftigt zu werden oder sogar schon vertraglich verpflichtet sind, gelten nach dem Erlaß nicht mehr als Unterstützungsberechtigte, wenn sie auf die Wiederbeschäftigung warten wollen. Bei vorübergehender Stillegung von Betrieben gelten die Entlassenen nicht als Unterstützungsberechtigte, wenn der Unternehmer seine Bereitschaft erklärt, die Betreffenden wieder einzustellen, wenn Aufträge vorliegen.

Der Arbeitslose soll auch nicht mehr, wie es im § 90, Absatz 2I vorgesehen ist, das Recht haben, eine Arbeit abzulehnen, wenn für dieselbe nicht der tarifliche Lohn gezahlt wird, denn der Erlaß stellt fest, daß der Betreffende ja das Recht hat, beim Arbeitsgericht auf Zahlung des tariflichen Lohnes zu klagen.

Die Arbeitslosen sollen also als Lohndrücker anfangen, andernfalls wird ihnen die Unterstützung entzogen.

Es ist in diesem Rahmen unmöglich, alle Punkte des umfangreichen Erlasses eingehend zu besprechen. Das hier Aufgezeigte genügt aber zur Feststellung, daß die Sozialdemokratie zusammen mit den Deutschnationalen einen solchen reaktionären Vorstoß durchführen will, wie er seit Jahren nicht dagewesen ist. Die führenden Personen des ADGB. und der Sozialdemokratischen Partei haben diese Verfügung mit ausgearbeitet. Die sozialdemokratischen Beamten der Arbeitsämter werden dieselben noch über den Rahmen der Anweisungen durchführen.

Der Erlaß trifft nicht nur diejenigen, die jetzt arbeitslos sind, sondern alle Arbeiter.

Die nächste Aufgabe ist, in allen Gewerkschaftsversammlungen und Betrieben aufs eingehendste dazu Stellung zu nehmen. In kurzer Zeit steht das „Sofort-Programm" der Regierung zur Beschlußfassung vor. Dieser sozialreaktionäre Vorstoß kann nur abgewehrt werden, wenn alle Arbeiter sich mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Betriebsmord

Zwischen den Puffern

Auf der Grube „Alwine" bei Halle geriet der Rangierer Adalbert Schleuß beim Zusammenkuppeln von Wagen mit dem Kopf zwischen die Puffer. Er war sofort tot.

Von 6000 Volt getötet

In der Elektroschmelze des Kraftwerkes Zschornewitz kam der 20jährige Arbeiter Kurt Rietz aus Golpa bei Anstreicherarbeiten an den Transformatoren der 6000-Voltleitung zu nahe. Er wurde sofort getötet.

Schwerer Betriebsunfall im Leuna-Zuchthaus

Durch siedende Lauge verbrüht

Im Leuna-Werk platzte am Pfingstsonnabend in einem Bau ein Rohr, in dem Lauge gesiedet wurde. Plötzlich schoß ein armdicker Strahl Lauge aus dem Rohr und ergoß sich auf die im Raume arbeitenden Leute. Während einer noch rechtzeitig beiseitespringen konnte, wurden zwei derartig am Kopf verbrüht, daß sie in schwerverletztem Zustande abtransportiert werden mußten.

Gewerkschaftskartell Delitzsch gegen die Blutherrschaft sozialdemokratischer Polizeipräsidenten

Am 14. Mai fand eine Sitzung des Gewerkschaftskartells Delitzsch statt. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wurde, gedachte der Versammlung der Berliner Mai-Opfer, welche dem Blutrausch der Zörgiebel-Kosaken zum Opfer gefallen sind.

Im Geschäftlichen gab der Vorsitzende bekannt, daß nun auch die Dachdecker sich dem Kartell angeschlossen haben. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß der Verkehrsbund am 1. und 2. Juni sein 25-jähriges Bestehen feiert. Alle Kollegen werden aufgefordert, sich daran zu beteiligen und in ihren Gewerkschaften Propaganda zu machen. Der Beitrag ist auf 75 Pf. festgesetzt. Sodann ging Kollege Richter noch einmal auf die blutigen Mai-Tage in Berlin ein und

brandmarkt die Politik sozialdemokratischer Minister und Polizeipräsidenten.

Zörgiebel ist der würdige Nachfolger eines Noske und eines Hörsing. Weder ein Jagow noch Puttkamer konnten sich rühmen, „so gut" die Interessen der Bourgeoisie vertreten zu haben, wie es diese ehemaligen Arbeitervertreter täglich tun und besonders wieder am 1. Mai in Berlin getan haben. Genosse Richter brachte eine Entschließung ein, welche das Verhalten des Sozialfaschisten Zörgiebel scharf geißelt und dessen sofortige Absetzung und schärfste Bestrafung fordert. Diese fand einstimmige Annahme bei einer Stimmenthaltung. Aber auch der eine Kollege erklärte, daß er ein scharfer Gegner dieser Zörgiebel-Aktion sei.

Ein anderer wichtiger Tagesordnungspunkt war die Beschlußfassung über das Gewerkschaftsfest. Nachdem die Gewerkschaften einzeln dazu Stellung genommen hatten, wurde beschlossen, im August, voraussichtlich am 25. August, ein Gewerkschaftsfest mit Kinderfest zu veranstalten. Zur Durchführung der Vorarbeiten wurde dann ein zwölfköpfiger Ausschuß gebildet. Von allen Gewerkschaften müssen nun ebenfalls die notwendigen Vorarbeiten begonnen werden. Vor allem die Einzeichnung der Kinder. Arbeitereltern, haltet Eure Kinder ab vom Schützenrummel, besonders aber von dem von den Schützen veranstalteten Kinderfest am 22. Mai. Arbeiterkinder gehören dort nicht hin. Die Delitzscher organisierte Arbeiterschaft ist selbst in der Lage, einen Tag für die Arbeiterkinder zu veranstalten und leistet dabei zugleich Erziehungsarbeit im Sinne der proletarischen Bewegung. Deshalb meidet das Kinderfest der Delitzscher Schützengilde, der nur die allerreaktionärsten Geschäftsleute angehören, und beteiligt Euch mit Euren Kindern am kommenden Gewerkschaftsfest.

Gewerkschaftskartell Naumburg gerät immer tiefer in den Sumpf

In der am 15. Mai stattgefundenen Gewerkschaftskartellsitzung standen u. a. das Gewerkschaftsfest und die Abrechnung des letzten Quartals im Vordergrund der Debatte. Zur **Entlastung des Kassierers Mückenberg** erklärte auch diesmal die Opposition, daß Mückenberg das Vertrauen als Kassierer nicht besitzt, und zwar so lange, als die erhobenen Vorwürfe gegen den Vorstand des Deutschen Baugewerksbundes, Zahlstelle Naumburg, nicht geklärt sind.

Auch der neue Pauker des Gewerkschaftskartells, der immer stille und verschwiegene und nur mit dem Kopfe nickende sozialdemokratische Strohpuppenstadtverordnete Max Rauchbach deckte den Mückenberg, indem er demagogisch erklärte, Mückenberg ist am Bahnhof ein beträchtlicher Betrag gestohlen worden usw. Auch der sattsam bekannte Rublack tat dasselbe. Die Angelegenheit wäre Sache der Bauarbeiter, im Kartell klappt die Kasse vorzüglich unter der Leitung Mückenbergs. Die Opposition forderte Mückenberg auf, wenigstens eine Erklärung abzugeben auf Grund der Anschuldigung der Opposition. Aber auch diese blieb aus. Noch nicht einmal auf einen Zuruf, der ihn schwer belastete, antwortete Mückenberg. (Bekanntlich ist doch Schweigen Zustimmung. D. Ber.)

Das **Gewerkschaftsfest** wurde in seiner vorgeschlagenen Form von der Opposition abgelehnt. Selbst SPD.-Delegierte enthielten sich der Stimme. Die Opposition begründete die Ablehnung damit, daß die Reformisten **schon den 1. Mai sabotierten** und sich scheuten, zu demonstrieren, indem sie als ein Bäckerdutzend nach Roßbach schlichen und mit Veilchensuchen sich die Zeit vertrieben.

Als ein sozialdemokratischer Kollege anregte, dafür zu sorgen, daß die Kinder der Gewerkschaftler dem Arbeitersport beitreten sollen und damit die Zustimmung sämtlicher Kollegen erntete, wich der Sozialfaschist Rublack einer Anfrage der Opposition aus, welche den neuen Laden des Reichsbanners brandmarkte. Bekanntlich hat das Reichsbanner eine Sportabteilung aufgezogen, was sich natürlich zum Schaden des Arbeitersports hier am Orte auswirkt. Die berechtigte Anfrage würgte Rublack einfach ab. Für die Opposition erntete Koch in dieser Sitzung mehrere Ordnungsrufe, weil Genosse Koch den Reformisten ihre lügnerischen Masken ein wenig lüftete. Um die sozialdemokratische Geschäftsführung eines Rublack noch besser kennenzulernen, raten wir, daß sich mehr als je gewerkschaftlich organisierte Kollegen als Gäste einfinden, **um dann in den einzelnen Gewerkschaften objektivere Berichte geben zu können.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0009

Merseburg-Leuna-Querfurt

Der „Merseburger Korrespondent“ macht Reklame für die SPD.

In einem Bericht von einer Versammlung der Sozialrentner wird im Merseburger „Korrespondent“ unter anderem folgendes geschrieben:

„Unter Verbandsangelegenheiten wurden die Anträge der vom Zentralverband gestellten Forderungen erklärt. Den Anträgen gegenüber haben sich fast alle Parteien ablehnend verhalten bis auf die Sozialdemokratische Partei.“

Also, Sozialrentner, immer rin in die SPD., dann werdet Ihr sicher alles erhalten, was Ihr nötig habt!

Wie verhält sich nun die SPD. in Wirklichkeit?

Bei den Etatberatungen im Merseburger Stadtparlament war es die Kommunistische Partei, die zu allen Ansätzen des Wohlfahrts-Etats Anträge stellte, die weit über das hinausgingen, was an Unterstützungen usw. für Hilfsbedürftige jeder Art in den Magistratsvorschlägen vorgesehen war. Unter anderem wurde der Antrag gestellt, die Richtsätze für die Klein- und Sozialrentner um 50 Prozent zu erhöhen. Von seiten der SPD.-Fraktion war es der Stadtverordnete Kämpf, der glaubte, die von den bürgerlichen schon oft zur Ablehnung gebrauchte Begründung zu bringen. Er sagte: Wenn die KPD.-Fraktion mit derartigen Anträgen kommt, dann soll sie auch die Deckungsfrage nicht vergessen und uns sagen, wo das Geld zur Durchführung der Anträge hergenommen werden soll. Er hatte vergessen, daß schon einige Stunden vorher die KPD.-Fraktion Anträge zur Einsparung von Geldern gestellt hatte, u. a. Streichung aller Gehälter über 6500 Mk und Streichung des gesamten Polizei-Etats.

Die Anträge wurden von der SPD.-Fraktion gemeinschaftlich mit den Bürgerlichen abgelehnt.

Aber der „Korrespondent“ schreibt ja, den Anträgen der Sozialrentner haben sich fast alle Parteien ablehnend verhalten, mit Ausnahme der SPD.

Hier muß man sich fragen, warum nennt der „Korrespondent“ die SPD. und nicht, wenn er doch so objektiv sein will, die „fast“ Partei. Der „Korrespondent“, der doch die Vorgänge auch aus dem Stadtparlament genau kennt. Wie kommt eine bürgerliche Zeitung dazu, für die SPD. Reklame zu machen? Die Antwort ist für jeden einsichtigen proletarischen Politiker klar.

Die SPD. in Reichs-, Staats- und Gemeindeparlamenten macht eine Politik, die sich in nichts unterscheidet von einer rein bürgerlichen Politik.

Daran ändern auch nichts die Anfragen und Anträge, die oft nur gestellt werden, um zu beweisen, daß man auch in Opposition machen kann.

Es wäre notwendig, daß die Sozialrentner und überhaupt die gesamte Arbeiterschaft sich öfter selbst über die Vorgänge im Stadtparlament überzeugen würden, dann würden sie klar erkennen, welche Früchte die Koalition zeitigt.

Der Leitung des Zentralverbandes der Sozialrentner möchten wir noch sagen, daß sie sich an die kommunistischen Fraktionen wenden muß, wenn sie ihre Interessen rücksichtslos vertreten haben will. —e.

Die Politik der „christlich Unpolitischen“

Sitzung des Elternbeirates der Merseburger Volksschule II

Kürzlich tagte hier der Elternbeirat der Volksschule II zur Beratung folgender Punkte: 1. Kenntnisnahme des Antwortschreibens des Magistrats auf zwei gestellte Anträge. 2. Kinderfest.

Bei Punkt 1 handelte es sich um die von den Kommunisten gestellten Anträge. Der erste Antrag, der besagte, daß sowohl die neue Albrecht-Dürerschule als die Schule an der Wilhelmstraße zu selbständigen Rektoratsschulen erhoben werden sollten, wurde dahingehend beantwortet, daß der Magistrat sich entschlossen habe, im Herbst dieses Jahres der Schulaufsichtsbehörde diesen Antrag zu unterbreiten. Der zweite Antrag fordert die Anstellung eines konfessionslosen Lehrers, der den nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Kindern Moralunterricht erteilen würde. Diesen Antrag hatte sich in der vorhergehenden Sitzung der gesamte Elternbeirat zu eigen gemacht. Die Antwort lautete dahingehend, daß dieser Antrag an die Schulaufsichtsbehörde gestellt werden müsse, die die Anstellung der Lehrer an Hand der Vormerkliste und nach Prüfung der Zeugnisse vornehmen soll. Die sofortige Umänderung dieses Antrages an die Schulaufsichtsbehörde gab den „christlichen“ Vertretern Gelegenheit, zu beweisen, daß sie in der vorhergehenden Sitzung eine Dummheit begangen hatten. Nun stimmten sie alle geschlossen gegen diesen Antrag und dokumentierten dadurch erneut, daß sie nicht im Interesse der Volksschulkinder wirken wollen, sondern daß sie auch hier wieder ihre arbeiterfeindliche Politik in den Vordergrund stellen.

Punkt 2: „Kinderfest“ nahm einen breiteren Rahmen der Verhandlungen ein. Es wurde zur Kenntnis genommen, daß der Magistrat allen Anregungen der Elternbeiräte sämtlicher Schulen zum Trotz das „Kinderfest“ in der alten Form und auf dem völlig ungeeigneten Platz abhalten lassen will. Die Kommunisten brachten dazu folgenden Antrag ein:

Der Elternbeirat der Volksschule II beantragt, das Kinderfest in diesem Jahre völlig fallen zu lassen, da es der Magistrat nicht verstanden hat, trotz aller Vorschläge eine geeignete Form für dasselbe zu finden. Die zur Verfügung stehenden Gelder sollen für Schulausflüge verwendet werden.

Dieser Antrag wurde gegen sieben Stimmen abgelehnt. Danach gaben die Kommunisten folgende Erklärung ab:

Da unsere Anträge auf Aenderung des Kinderfestes überall abgelehnt worden sind, sehen sich die Arbeiterorganisationen veranlaßt, ein selbständiges Arbeiter-Kinderfest am gleichen Tage an anderer Stelle abzuhalten.

Daraufhin sahen sich die „Christlichen“ veranlaßt, auch etwas zu tun, und taten etwas sehr Ueberflüssiges. Sie griffen einen unserer früheren Anträge auf Aenderung des Kinderfestes in bezug auf die Platzfrage, die Beseitigung der Schankzelte, der Karussells und der Rostbratwurstitände auf, machten sich denselben zu eigen und brachten ihn zur Abstimmung. Dieser nunmehr einstimmig angenommene Antrag war natürlich nach allem Vorausgegangenen eine Farce.

Außerhalb der Tagesordnung entspann sich auf Anregung der Kommunisten eine Debatte über

die Notwendigkeit des Abhaltens sexualwissenschaftlicher Vorträge

vor Eltern und zur Schulentlassung kommender Kinder. Hier zeigte sich die völlige Hilflosigkeit sowohl der Lehrerschaft als der „christlichen“ Eltern. Erst nachdem Genosse Bernhard Koenen einen klaren Weg aufgezeigt hatte, atmeten die ersteren wie befreit auf. Es wurde einstimmig beschlossen, sich mit dem Genossen Dr. Hodann in Verbindung zu setzen, der in verschiedenen Vorträgen die Grundlage schaffen wird, auf der sowohl die Lehrer als die Eltern mit den Kindern das schwierige Problem der sexuellen Aufklärung behandeln können.

Zum Schluß wurde die Anregung des Genossen Richter, daß man mit den Schulkindern von Zeit zu Zeit sogenannte „Feuerproben“ durchführen müsse, mit Dankesworten von seiten der Lehrerschaft entgegengenommen.

Politische Rache

Keuschberg, 21. Mai.

Ein skandalöser Fall von Wohnungselend im Reiche des Landrats Guske verdient der Oeffentlichkeit unterbreitet zu werden. Der Fall beleuchtet speziell die Tätigkeit von Sozialdemokraten in öffentlichen Aemtern und ihr heuchlerisches Gerede, sie wollten dem Staat „sozialen Inhalt“ geben. In der Praxis zertrampeln sie den sozialen Geist, wo er wirklich noch vorhanden ist.

Anfang dieses Jahres sollte eine Familie durch den Gerichtsvollzieher exmittiert werden. Da ein Unterkommen angeblich nicht vorhanden war, was nachweislich unwahr war, mußte wohl oder übel der Amtsvorsteherstellvertreter dieselbe Wohnung als Obdach beschlagnahmen. Sonderbar überdies, der Gerichtsvollzieher, obgleich der Hauswirt ausdrücklich forderte, daß seine Wohnung geräumt werde, erklärte, es sei Unsinn, den Hausrat erst zwei Treppen herunter- und dann wieder hinaufzutragen, und dabei blieb es. Da erinnern wir uns eines gleichen Falles, und daß der Gerichtsvollzieher damals ganz anders handelte, der Amtsvorsteher freilich, er war ein Kommunist, beschlagnahmte mangels eines Obdachs gleichfalls diese Wohnung und die Folge war, daß der Amtsvorsteher suspendiert wurde, weil, ja weil eben, wenn zwei dasselbe tun, es eben nicht dasselbe ist, d. h. wenn ein kommunistischer Amtsvorsteher den gesetzlichen Vorschriften gemäß handelt, es trotzdem ungesetzlich ist! Bei einem sozialdemokratischen Amtsvorsteherstellvertreter aber stimmt es.

So ging die Sache bis Anfang Februar ruhig weiter, und ausgerechnet am 11. Februar mußte der Mieter zwangsweise räumen — bei 30 Grad Kälte! Bei dem Umzug erfror die Frau die rechte Hand und mehrere Helfer die Zehen, was sich also nicht in Rußland, sondern in der deutschen freiesten Republik ereignete.

Am 1. Mai mußte derselbe Mieter wiederum zwangsweise das zweite Obdach räumen, und jetzt nach 14 Tagen kommt der neue Zwangsbefehl, das dritte Obdach zu räumen, obgleich Wohnungen vorhanden sind. Freilich, bei solch anrüchigen politischen Verbrechern wie man die Kommunisten nach der Methode „haltet den Dieb“ benamst, geht das nicht so schnell mit der Beschaffung einer Wohnung, da sind die Lockerungsbestimmungen der Mieterschutzgesetze hinderlich. Da ist dies und jenes im Wege, wo in vielen anderen Fällen alles wie am Schnürchen geht, da kommen Leute zu Wohnungen, die die famose Dringlichkeitsliste nicht zieren. Nur zwei Beispiele der Regie:

Im Hause „Parkschlößchen“ zieht ein Mieter am 6. März aus, ein Mieter im zweiten Stock desselben Hauses bezieht die freigewordene Wohnung mit Zustimmung des Hauswirtes. Dieses „arme Schneidermeisterlein“ scheint aber keine Protektoren zu haben, muß zwangsweise wieder in seine alte Wohnung zurück, obgleich dem Kreiswohnungsamt gar keine Wohnung entzogen wurde, im Gegenteil, denn der dreimal hinein- und herausgeworfene vorerwähnte Mieter hätte mit Kußhand die Dachwohnung des Schneidermeisters genommen. Die hier angewandte Forsche des Kreiswohnungsamts war nun aber wieder einmal verbraucht. Die Wohnungskommission der Zweckverbandsgemeinden Bad Dürrenbergs hatte nähmlich einstimmig beschlossen, den dreimal hin und her geworfenen Obdachlosen und noch einen Leuna-Angestellten als Mieter in Vorschlag gebracht, und siehe da, auf einmal die Fürsoge. Der Obdachlose bekam die Wohnung nicht, weil er sie nicht bezahlen könne, natürlich ohne Anfrage. Bekanntlich ist eine kleine Stadt am Bahnhof Dürrenberg, die sogenannte Leuna-Siedlung, entstanden, in der nur Leuna-Sklaven u. dgl., abgesehen von einigen Protektierten, Wohnungen erhalten können. Trotzdem also der besagte Leuna-Angestellte ohne Verzug eine Wohnung in der Siedlung haben kann, der Obdachlose aber nicht, erhält er Wohnung im „Parkschlößchen“ in Keuschberg!

Das zweite Beispiel:

Ein Einwohner von Keuschberg kauft ein Haus, da es aber **besetzt ist, muß Rat geschafft werden und er wird** geschafft, [illegible] **und schmerzlos, ohne erfrorene Gliedmaßen und** polizeilichen **Zwang. Ein Mieter, es ist ein Lehrer an der** Keuschberger Schule, bekommt — eine Leuna-Siedlungswohnung, und die freigemachte Wohnung bekommt der Käufer des Hauses, ob er [illegible] der Dringlichkeitsliste steht, ob er überhaupt wohnungsberechtigt war, da fragt kein Teufel danach.

Wir könnten noch mehrere Beispiele anführen, es soll aber zunächst genügen. Ohne Uebertreibung kann gesagt werden, daß 99 Prozent der Bevölkerung

auf das schärfste die schikanöse Behandlung der obdachlosen Familie verurteilt, trotzdem dieser der Polleiter des jetzt verbotenen RFB. in Dürrenberg war.

Diese Art der Rache grenzt an politische Perversität. Von dem sogenannten Obdachlosenasyl in Keuschberg berichten wir ein andermal, auch da fängt es schon an „gen Himmel“ zu stinken.

Der RFB. verboten!

Diese Terrormaßnahme der Koalitionsregierung ruft unter der gesamten Arbeiterschaft größte Empörung hervor. Jetzt ist es dringende Aufgabe, die Massen zu mobilisieren und sie zur aktiven Mitarbeit heranzuziehen. Darum verstärkt überall, im Betrieb, in den Wohnhäusern, bei den Industrieproleten und Landarbeitern die Parole:

Hinein in die KPD.!

Feiertagsarbeit in Neu-Rössen

Einbrüche in der Nacht zu Pfingsten

Der Polizeipräsident von Weißenfels, Polizeiamt Merseburg (Kriminalpolizei), gibt bekannt:

In der Nacht von Sonnabend zu Sonntag drangen bisher unbekannte Diebe in Neu-Rössen in sechs Fällen in Wohn- bzw. Kontorräume ein.

In das Kontor der Malerfirma Hesse, Merseburger Straße [illegible] Die Diebe hatten vom Hof aus mittelst eines Stück Holzes, das sie als Druckbaum benutzten, einen Eisenstab des Fenstergitters herausgebrochen, haben dann das Fenster eingedrückt und sind dann eingestiegen. Hier versuchten sie dann, einen Geldschrank zu öffnen, was ihnen aber nicht gelang.

Von da gingen sie durch eine Tür, die sie anscheinend mit einem Nachschlüssel öffneten, in den Hausflur und versuchten, in die Wohnung des Werkmeisters M. einzudringen. Durch ein verursachtes Geräusch wurde jedoch die Ehefrau munter und rief um Hilfe, worauf die Täter verschwanden.

Als nächstes Opfer hatten sich die Diebe den Pfarrer Sch. ausgesucht, wo sie ebenfalls nach Eindrücken einer Fensterscheibe im Treppenhause in das Haus und von hier in das Studierzimmer gelangten, woselbst sie dann nach Oeffnung des Schreibtisches aus diesem 360 Mk. entwendeten.

Nunmehr suchten sie die Gastwirtschaft von E. auf, woselbst sie einen Kraftmesser erbrachen und 30 Mk. entwendeten, die im [illegible] befindliche Schokolade, Zigarren und Zigaretten ließen sie unberührt.

Aus der Wirtschaft der Witwe S. entwendeten die Diebe dann aus einer unverschlossenen Kasse 13 Mk.

Es soll sich in allen Fällen um ein und dieselben Täter handeln.

Leuna. Dem Tode entronnen. Am Haupttor des Leunawerkes wurde ein Fußgänger von einem Motorrad erfaßt. Im gleichen Augenblick fuhr ein Straßenbahnwagen in der gleichen Richtung an der Unfallstelle vorbei. Der Fußgänger wurde von dem Motorrad so stark angefahren, daß er im hohen Bogen über das Gleis der Elektrischen flog. Er ist mit leichten Verletzungen davongekommen.

Bad Dürrenberg. Unbekannter Radfahrer schwer verunglückt. Am 2. Feiertag stürzte in Dürrenberg ein etwa 13- bis 14 Jahre alter unbekannter Radfahrer mit seinem Rad. Er hat einen schweren Schädelbruch zugezogen und hat Aufnahme im Merseburger Krankenhaus gefunden. Der Schüler war unter anderem mit Kniehose und weißem Sporthemd bekleidet. Personalien und Wohnort des Verunglückten waren bisher nicht zu ermitteln.

Quasnitz. Tödliche Pfingstfahrt. Der Bahnarbeiter [illegible] Beckelmann von hier unternahm am 1. Feiertag mit seinem Motorrad eine Fahrt nach Halle. Dabei stieß er in der Merseburger Straße mit so heftiger Wucht mit einem anderen Motorrad zusammen und wurde so schwer verletzt, daß er auf dem Transport in das Krankenhaus starb.

Weißenfels-Naumburg-Zeitz

Der Schuldezernent spart am unrechten Fleck

Der Haushaltetat von Zeitz stand im Zeichen des von den bürgerlichen Stadtvätern so schön geprägten Wortes: Notjahr! Abstreichungen überall. Bei dem Schuletat, wo gewiß die Volksschulen von jeher im Hintertreffen ihrer notwendigsten Ausgaben gehalten wurden, Abstreichungen im großen Maße. Beschaffung von Lernmitteln, ein Titel für Volksschulen, auf dem die ganze Erziehung des Kindes beruht, erhält eine ungeheure Abstreichung und zeigt seitens der Stadtverordneten (außer den Kommunisten), keinerlei Verständnis und Kenntnis in Schulangelegenheiten. Wer sich einmal beispielsweise die Klassenzimmer der Sammelschule ansieht und außer den Stadtvätern sollten alle Eltern diese einmal besichtigen, findet

nackte, unsaubere Wände, unbrauchbare Schultafeln, Bänke, wo die Kinder Rückgratverkrümmung bekommen.

Die primitivsten Hilfsmittel zum Unterricht fehlen und werden bei Anforderung durch den Schuldezernenten gestrichen. Wenn Herr Poppe glaubt, daß Proletenkinder sich in ihrer Schulklasse, wo sie bis sechs Stunden täglich verbringen, wohlfühlen, wenn nackte Wände kasernenmäßig sie umgeben, dann werden ihm baldigst dieselben etwas anderes lehren. Wenn Herr Poppe die Schulräume seit dem Umzug nur einmal besucht hätte, und das sollte zumindest seine Pflicht als Dezernent sein, dann würde er selbst für Behebung all der Mängel eintreten, oder liebt er als gutsituierter Bürger mit ästhetischem Gefühl Schweineställe?

Weißenfels. Tragischer Ausgang eines Scherzes. Einer alten Unsitte fiel am Abend des 25. März der Arbeiter [illegible] Hemmann zum Opfer. Auf der Rückkehr von einem Tanzvergnügen wurde er in der Weißenfelser Straße von seinem Freunde, dem Fabrikarbeiter Walter Schmidt aus Zeitz, scherzweise mit einem Browning bedroht. Unverhofft löste sich ein Schuß und Hemmann sank tot zu Boden. Schmidt flüchtete, stellte sich dann aber im Rheinland der Polizei. Jetzt hatte er sich vor dem Großen Schöffengericht Weißenfels wegen fahrlässiger Tötung und unerlaubten Waffenbesitzes zu verantworten. Das Urteil lautete auf 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung der sechswöchigen Untersuchungshaft. Nach einem Monat kann die restliche Strafe erlassen werden.

Zeitz. Ein Kind überfahren und getötet. Montagabend gegen 7 Uhr wurde die fünfjährige Ilse Freitag am Ausgang von Großosida von einem Zeitzer Kraftwagen überfahren. Bei ihrer Einlieferung ins Krankenhaus war der Tod bereits eingetreten.

Meuselwitz. Vom Auto tötlich überfahren. Beim Ueberschreiten des Fahrdammes lief eine achtjährige Schülerin so unglücklich gegen ein Auto, daß sie auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

Meuselwitz. Ein Grubenzug stürzt die Böschung hinunter. Im Petsaer Tagebau stürzte ein aus Lokomotive und acht Wagen bestehender Grubenzug die Böschung hinab. Der Lokomotivführer konnte sich durch rasches Abspringen in Sicherheit bringen.

Mansfeld-Sangerhausen

Die Wasserleitungsfrage in Stedten

Auf Beschluß des Rumpfparlaments bekommt nun unsere Gemeinde eine Wasserleitung. Wer's glaubt, wird selig. Unsere Gemeinde konnte schon vor 38 Jahren eine Wasserversorgung durch die Mansfelder Gewerkschaft haben, aber die Gemeindeväter waren dazu damals zu konservativ. Eine Leitung bedeutet einen großen Fortschritt hauptsächlich für das Unterdorf.

Die Einwohner haben schon von vielen Beschlüssen der Gemeindeväter gehört, die nicht zur Ausführung gekommen sind.

Wer ist jetzt der Vater des Gedankens, ein größeres Wasserwerk zu bauen? Der Landrat Koch, der Gemeindevorsteher Böttge, Teutschenthal, der Gemeindevorsteher Boblenz, Stedten, und der Gemeindevorsteher H. König, Esperstedt. Geplant war, für die Gemeinden Esperstedt, Asendorf, Dornstedt, Teutschenthal, Eisdorf und Stedten das Wasserwerk zu bauen. Aber die Bauern von Esperstedt, Asendorf und Dornstedt lehnten dankend ab. Der ganze Einfluß des SPD.-Landrats hat nichts genutzt, die drei Gemeinden blieben auf ihrem ablehnenden Standpunkt. Auch die Drohung des Landrats schüchterte sie nicht ein: „Wir haben gutes und genügend Wasser“, war eben die Antwort dieser drei Gemeinden. Was nun wird mit Stedten, Teutschenthal und Eisdorf, ist ein Rätsel. Die SPD.-Kommunalpolitiker wollten einen Laden schieben vor den Wahlen, sie wollten mit Gewalt Fuß fassen und bedeutungsvoll werden in unserem Bezirk. Aber es kommt anders, die Maivorgänge in Berlin haben den Massen gelehrt, was sie von der SPD. zu erwarten haben. Mit Verachtung steht der Arbeiter [illegible] die brutalen Gewaltmenschen der SPD.-Bonzekratie. Die Massen lassen sich von der SPD. nicht mehr einseifen. Wer aufmuckt, bekommt die Polizeikosaken auf den Hals gehetzt und wird mit blauen Bohnen gefüttert.

Nun zu dem Verhältnis in Stedten. Wir sind etwa keine Gegner der Wasserleitung, wir wünschten uns eine. Sie wäre notwendig. Was ist aber notwendiger? Die Wohnungsverhältnisse, die hier die denkbar schlechtesten sind. Zweihundert Familien hausen in hundert Wohnungen.

Es gibt gar achtzehn Wohnungen in Stedten, in der je zwei Familien zusammen wohnen!

Hier, Herr Landrat, hier, Herr Boblenz, hier können Sie helfen. In der SPD.-Mitgliederversammlung in Schraplau haben Sie, Herr Landrat, viel erzählt, was noch getan werden muß. Im Versprechen sind Sie groß. Auch das große Wasserwerk haben Sie da erwähnt und sich dabei an die Brust geschlagen, so daß das halbe Dutzend SPD.-Fritzen auf dem Heimwege ganz gerührt [illegible]

Also, erst Wohnungsbau für Stedten, Straßenbau und dann Wasserleitung!

Bad Lauterberg. Ein Geschirr vom Zuge erfaßt. Auf dem schrankenlosen Bahnübergange der Strecke Scharzfeld—[illegible] Andreasberg wurde das Geschirr eines Milchhändlers vom Zuge erfaßt. Das Pferd wurde sofort getötet. Der Fahrer konnte sich noch durch rechtzeitiges Abspringen retten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0010

r Piesteritzer Ortsvorsteher ein schlimmer Sozialfaschist

ition der SPD. mit den Deutschnationalen — Gehaltserhöhung für ein Arbeitermädel abgelehnt

ige Woche am Donnerstag traten die Gemeindevertreter zu- en, um über eine Reihe von Anträgen zu beraten.
ersten Punkt wurde der Antrag der Gemeinde Piesteritz an Reichsbahngesellschaft betreffs Genehmigung des Baues eines schlusses behandelt. Die von der Reichsbahn gestellten Be- gen wurden einstimmig angenommen. Der Antrag des Kauf- s Krüger auf Uebernahme der Bürgschaft einer von der versicherungsgesellschaft aufgenommenen Feingoldhypothek einstimmige Annahme. Dann folgte ein Antrag der Frau schmidt um die Genehmigung für den Umbau ihres Hauses, seine Zustimmung fand. Die nachgesuchte Bauerlaubnis Schulmannes Mönning wurde einstimmig erteilt. Die damit dene Freigabe der verlängerten Wilhelmstraße wurde an- men.
Punkt 5 wurde der Antrag der Gemeindeangestellten Ban- Brumm und Barth, welche um Ueberführung in das Be- verhältnis nachgesucht hatten, behandelt. Dem Antrag wurde drei Stimmenthaltungen stattgegeben. Sollen sich bei der so- en Ueberführung der drei Angestellten ins Beamtenverhält- Schwierigkeiten ergeben, so werden die Angestellten bis zur windung der Schwierigkeiten als Dauerangestellte geführt. Antrag der Gemeindeangestellten auf Errichtung einer Pen- kasse wurde der Finanzkommission zur Prüfung überwiesen. ließend wurde der Kauf einer Additionsmaschine zum Preise 150 Mark beschlossen.
Anträge des KJVD. und der SAJ. zur Bewilligung einer fe zwecks Anschaffung eines Ferienzeltlagers sind an- nommen worden. **Jede Gruppe bekommt 100 Mark.** Arbeiter-Fußballer (Sportfreunde) beantragten einen Zu- von 150 Mark zwecks Beschaffung von Spielgegenständen. Antrag wurde von der Finanzkommission nach vorheriger Be- g abgelehnt.

Die Ablehnung dürfte in erster Linie das Verdienst des Sozialdemokraten Kunz sein,

er begründete die ablehnende Haltung der Finanzkommission daß dann schließlich die anderen Vereine auch noch Ansprüche würden. Genosse Hilgers setzte sich für den Antrag der freunde ein und betonte, daß die Forderung der Fußballer tigt sei. Seit Jahren wird den Arbeitersportlern für ihren unzulänglichen Sportplatz ein neuer Platz versprochen. Sie wegen den schlechten Platzverhältnissen einen hohen Ball- eis. Wenn man die Schwierigkeiten der Arbeitersportler tigt, dann muß man zu der Auffassung kommen, daß die ung der Fußballer sehr bescheiden ist. Dem Antrag der freunde muß unbedingt stattgegeben werden.
wurden nach den Ausführungen des Genossen Hilgers den Fußballern 100 Mark bewilligt. Die Bürgerlichen ent- ten sich der Stimme. Der Antrag des Arbeiter-Schwimmvereins Ueberlassung des an der Badeanstalt befindlichen Fahrrad- s zwecks Unterstellung von Paddelbooten konnte nicht be- werden, da man den Besuchern der Badeanstalt die keit, ihr Rad unterzustellen, nicht nehmen kann. Dafür man aber den Raum unter der Badeanstalt ausschachten, um erforderlichen Raum für die sechs unterzubringenden Boote schaffen. Anschließend wurde die Miete des Rektors Wein- auf dessen Antrag festgesetzt. Der Antrag des Lehrers Lom- auf Ersatz des ihm durch Wasserrohrbruch entstandenen ens von 177,20 Mark wurde der Finanzkommission zwecks fung überwiesen.

wurde dann beschlossen, die Schulkinder zahnärztlich untersuchen zu lassen.

Kosten (zirka 200 Mark) trägt die Gemeinde. Drei Feuer- erhielten auf ihren Antrag eine Entschädigung für ihre Brande beschädigten Hemden.
dem nächsten Punkte wurde der Antrag der Spielschul- Genossin Richter, auf Erhöhung ihres Gehaltes behandelt. Finanzkommission vertrat die Ansicht, daß das Gehalt (Mark monatlich) der Helferin ihrem Dienst angemessen sei.

Genosse Hilgers sprach dazu und begründete unter Anklage der bürgerlichen Gesellschaftsordnung die berechtigte Forderung der Genossin Richter. Genosse Hilgers führte u. a. aus:
„Nachdem wir dazu übergegangen sind, die wirtschaftliche Lage einer Reihe von Angestellten zu verbessern, will man dazu übergehen, einem armen Arbeitermädel eine Gehaltsaufbesserung zu verweigern. Das Verhalten der Finanzkommission ist unerklärlich. Die Spielschulhelferin bekommt von keiner Seite Zuschuß und kann unmöglich mit 110 Mark auskommen. **Auch ein Arbeitermädel hat Anspruch auf eine auskömmliche Existenz."** Genosse Hilgers stellte den Antrag, der Genossin Richter eine Gehaltsaufbesserung von 40 Mark monatlich zu zahlen. Der sozialdemokratische Gemeindevorsteher Kunz wehrte sich mit Händen und Füßen gegen jede Gehaltserhöhung für die Genossin Richter, während er sich mit seiner ganzen Person für die Anträge seines Gesinnungsgenossen Bansemer einsetzte. Er führte Vergleiche mit den Löhnen der Jungarbeiter in der Industrie herbei, rechnete die Urlaubszeit der Genossin Richter von der Arbeitszeit ab, kurzum, er versuchte an Hand aller „segensreichen" Entlohnungen und sozialen Einrichtungen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung zu beweisen, daß die Genossin Richter eine „glänzende Existenz" hat. Kunz betonte außerdem, daß die Genossin Richter keine gelernte Kindergärtnerin sei, sondern nur Helferin. Die Verantwortung für das Aufwarten der Kinder trüge die „fromme Schwester". Der Nationale Specht unterstrich die Ausführungen seines Koalitionsbruders Kunz.
Genosse Hilgers ergriff abermals das Wort und führte aus: „Wir machen das Einkommen einer Spielschulhelferin nicht von dem Besuch einer Reihe von Betschulen abhängig.

Die Helferin Richter hat ihren Beruf aus reiner Kinderliebe ergriffen und trägt unseres Erachtens mehr Pflichtbewußtsein in sich als eine Betschwester, deren religiöse Erziehung der Kinder für das Proletariat eine Gefahr bedeutet.

Wollen Sie ein armes Arbeitermädel dem Elend preisgeben? Wenn die Verbrechen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung nicht auf unsere Arbeitergemeinde übertragen werden sollen, dann muß man dem Antrage Richter zustimmen."
Sozialdemokrat Kunz meinte, so schlimm ist das doch gar nicht. In Wittenberg stempeln seit Jahren Hunderte von Erwerbslosen und es ginge ihnen noch „ganz gut". (Gelächter auf der Tribüne.)
Bei der Abstimmung über den Antrag der Genossin Richter waren sich die Sozial- mit den nationalen Faschisten einig. Sie stimmten in trauter Gemeinschaft gegen den Antrag. Das Abstimmungsergebnis lautete: 6 gegen 6 Stimmen. Somit war der Antrag abgelehnt.
Es folgte dann der Punkt „Verschiedenes", unter welchem der Bau von 66 Wohnungen in der Friedeholz- und Granachstraße besprochen wurde. Unser Berichterstatter war dienstlich verhindert, um dem Schluß der Sitzung beizuwohnen, daher ist es uns nicht möglich, die unter Punkt „Verschiedenes" behandelten Angelegenheiten zu schildern.
Der Besuch der Piesteritzer Arbeiterschaft bei den Vertretersitzungen muß besser werden. Darum fordern wir die Arbeiterschaft auf, sich regelmäßig zu den Sitzungen im Rathaus einzufinden, um sich davon zu überzeugen, daß die Behauptung der Kommunisten: „Die Sozialdemokraten sind Lakaien der Bourgeoisie", zu Recht besteht.

Die Freidenkeropposition marschiert

Die proletarischen Freidenker-Ortsgruppen des Bitterfelder Arbeitsgebietes hatten vor kurzem eine Konferenz. Auf der Tagesordnung stand die Neuwahl der Arbeitsgebietsleitung und das Freidenkertreffen. Zuerst wurde die Anwesenheit der Delegierten aus den Ortsgruppen festgestellt. Leider waren Greppin und Zörbig nicht vertreten. Als Vorsitzenden der Arbeitsgebietsleitung wurden die Genossen Rödel und Borrmann vorgeschlagen. Borrmann verzichtete, und so wurde Genosse Rödel gewählt. Die neue Arbeitsgebietsleitung setzt sich aus folgenden Genossen zusammen: Rödel und Schmidt aus Bitterfeld, Müller aus Holzweißig, Starke aus Ramsin, Raabe aus Delitzsch und Hintze aus Wolfen. Alle Genossen wurden einstimmig gewählt. Der bisherige Vorsitzende Borrmann übergab die Geschäfte dem Genossen Rödel, so daß dieser dann die Konferenz weiter leitete.

Das Freidenkertreffen ist für den 30. Juni d. J. in Roitzsch festgelegt worden.

Schon heute werden alle Mitglieder darauf hingewiesen, daß sie ihre Vorbereitungen für diese Kundgebungen treffen können. Die proletarischen Freidenker im Bitterfelder Industriegebiet werden an diesem Tage der Trustbourgeoisie und ihrem Machtinstrument, der Kirche, beweisen, daß die Arbeiterschaft sich frei macht vom religiösen Opium der Völker. In allen Ortsgruppenleitungen muß zu dem Treffen Stellung genommen werden. Mitgliederversammlungen sind danach sofort einzuberufen. Eine neue Arbeitsgebietsleitungssitzung ist für den 7. Juni festgelegt worden. Die Konferenz hat bewiesen, daß trotz der reformistischen Quertreibereien die Opposition in der Freidenkerbewegung immer mehr Fuß faßt. Möge aus diesem Grunde sich jeder revolutionär denkende Arbeiter der proletarischen Freidenkerbewegung anschließen.

Jeder blamiert sich so gut er kann

Da die Bitterfelder Kriminalpolizei nach dem Verbot des RFB. bei verschiedenen RFB.-Kameraden, bei denen man Haussuchungen vorgenommen hat, absolut nichts Belastendes finden konnte, versucht sie jetzt auf andere Art und Weise etwas aufzustöbern. Die Kriminalpolizei ist jetzt so übereifrig, daß sie zur gleichen Zeit bei einer ganzen Reihe von Funktionären des RFB. Haussuchungen vornimmt. Vor allem war es diesen Herrschaften daran gelegen, die Kasse, die Fahne, sowie die Musikinstrumente in die Hände zu bekommen. Aber alles Nachspüren und Suchen half nichts. Es konnte nichts von alledem gefunden werden. An demselben Tage, wo die Haussuchungen bei diesen Mitgliedern des RFB. vorgenommen wurden, hatte man einen RFB.-Kameraden mit seinem Instrument auf offener Straße gehen sehen. Die Polizei hatte nun nichts Eiligeres zu tun, um sofort auch bei diesem Kameraden eine Haussuchung vorzunehmen. Trotzdem man das ganze Haus durchsuchte, mußten sie auch hier wieder unverrichteter Sache abziehen. Jetzt hat man nun diesem Kameraden und auch seiner Frau eine Einladung geschickt, um sie vor der Kriminalpolizei zu vernehmen. Man will also mit aller Gewalt erfahren, wo die Instrumente stecken. Die Polizei wird sich jedoch vergeblich bemühen. Sie soll suchen, solange sie Lust hat, wir können hier nur sagen: Jeder blamiert sich, so gut er kann.

Zschornewitz. Erweiterungsbauten beim Kraftwerk. Im Kraftwerk Zschornewitz werden gegenwärtig Erweiterungsbauten vorgenommen. Durch den Einbau neuer Maschinen ist die Leitung des Werkes auf 270 000 KW. erhöht worden.

Wittenberg. Tödlicher Unglücksfall beim Sägen. Als der Landwirt Otto Rast ein Stück Holz zersägte, wurde ihm ein Holzscheit gegen den Leib geschleudert. Eine Zerreißung der Leber und eine eingetretene Zwerchfellentzündung führten bald darauf seinen Tod herbei.

Delitzsch-Torgau

Delitzsch. Beim Spiel ums Leben gekommen. Hier spielten mehrere Kinder an einer Walze, wie sie zu Straßenbauarbeiten benutzt werden. Ein achtjähriger Knabe geriet dabei mit dem Kopf unter die in Bewegung geratene Walze und wurde schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert, wo er verstorben ist.

Eilenburg. Das Landeserziehungsheim vor der Vollendung. Das Landeserziehungsheim Eilenburg wird demnächst seinem Zwecke übergeben werden. Der Wirtschaftshof soll noch eine Scheune und ein Geflügelhaus bekommen. Einige kleinere, für weibliche Zöglinge bestimmte Gebäude sind bereits besetzt worden. Bisher sind 56 Zöglinge aufgenommen.

Werbt für den „Klassenkampf"

om weissen Kreuz zur roten Fahne

VON MAX HOELZ

Copyright 1929 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W 50

§ 13. Belohnungen

vorläufige Entlassung kann niemals als ein Recht in Anspruch genommen werden; sie bleibt stets nur eine Vergünstigung; führung allein berechtigt noch nicht zur Hoffnung auf dieselbe, die Beamten müssen unter Berücksichtigung des früheren der verbrecherischen Tat und der Verhältnisse, in welche der zurückkehrt, die Ueberzeugung gewinnen, daß er sich ge- habe und in ein verbrecherisches Leben nicht zurückfallen

Verbrecher gegen das Eigentum können nur in seltenen Ausnahmefällen auf vorläufige Entlassung hoffen.
ein Gefangener bei außerordentlichen Ereignissen, z. B. Unterdrückung eines Aufruhrs oder einer Feuersbrunst oder Vereitelung eines Entwichenen usw., sich besonders hervor-, so kann ihm hierfür eine Belohnung bis zur Höhe von bewilligt werden.

§ 14. Strafen

schlechte Führung können folgende Disziplinarstrafen in Anwendung kommen:
weis,
ziehung hausordnungsmäßiger Vergünstigungen, insbe- der Besuche, des Briefwechsels, der Verfügung über die belohnung bis zur Dauer von drei Monaten, sowie Verlust Arbeitsbelohnung bis zum Betrag der drei letzten Monate.
ziehung der Bücher und Druckschriften weltlichen Inhalts die Dauer von vier Wochen.
Einzelhaft Entziehung der Arbeit bis auf die Dauer einer
ziehung der Bewegung im Freien bis auf die Dauer einer
ziehung des Bettlagers bis zur Dauer einer Woche.
mälerung der Kost durch Entziehung der warmen Morgen-, Mittags- oder Abendkost oder durch Beschränkung der Kost auf und Brot. Die Schmälerung darf nur einen um den anderen Anwendung kommen und nicht über eine Woche ausgedehnt
ung bis zur Dauer von vier Wochen.
Fesselung kann erfolgen: An den Händen durch einfache Handschellen sowie durch Handschellen an einer 50 Zentimeter langen Stange; an den Füßen durch Fesselung an einem Fuße beiden Füßen durch Beinschellen mit Kette; an Händen zugleich.
ame Einsperrung. Dieselbe kann bestehen: a) in einfachem bis auf die Dauer von 6 Wochen. Derselbe wird in einer Entziehung der Arbeit und Bücher weltlichen Inhalts Die etatsmäßige Portion der warmen Mittags- und Abend- auf ¾ Liter und ½ Liter herabgesetzt. Der Bestrafte darf nur zur hausordnungsmäßigen Bewegung im Freien ver-) in Mittelarrest bis auf die Dauer von sechs Wochen. wird in den Strafgelassen der Anstalt ohne Arbeit und schärft durch harte Lagerstätte (Pritsche) und Beschränkung auf Wasser und Brot, verbüßt. Am vierten, achten, elften ab an jedem dritten Tage sind die geminderte Kost, wie sowie Strohsack, Kopfkissen und Lagerdecke auf der Pritsche zu gewähren. Der Bestrafte darf die Arrestzelle nur zur hausordnungsmäßigen Bewegung im Freien verlassen; c) in strengem Arrest bis auf die Dauer von vier Wochen. Derselbe wird wie der Mittelarrest, jedoch unter Verdunkelung des Strafgelasses, die an den schärfungsfreien Tagen in Wegfall kommt, vollzogen.
10. Körperliche Züchtigung bis zu 30 Hieben *).
Die Strafen unter 1. bis 4. können miteinander verbunden werden. Mit der Arreststrafe kann der Verlust der Arbeitsbelohnung (Nr. 2) und die Fesselung (Nr. 8) und muß die Entziehung der Verfügung über die Arbeitsbelohnung mindestens für die Dauer des Arrestes verbunden werden.

Sicherungsmaßregeln

Als Sicherungsmaßregeln gegen einzelne Gefangene sind zulässig:
1. Absonderung bis auf die Dauer von drei Monaten, die auch verhängt werden kann, wenn der Gefangene schon drei Jahre seiner Strafe in Einzelhaft verbüßt hat.
2. Einsperrung in ein Strafgelaß bis auf die Dauer von 14 Tagen.
3. Einsperrung in die Tobzelle bei Wutausbrüchen mit Toben und Schreien oder Zerstören von Gegenständen bis zur Beruhigung.
4. Fesselung wie in § 14,8 nach einem Flucht- oder Selbstmordversuche oder nach einem tätlichen Angriffe auf Beamte oder andere Personen bis auf die Dauer von drei Monaten.
Die Fesselung ist auch zulässig, wenn der Gefangene auf dem Transport einen Fluchtversuch oder tätlichen Angriff gemacht hat.
5. Anlegung der Zwangsjacke zur Bewältigung augenblicklichen tätlichen Widerstandes bis zur Dauer von 6 Stunden.

§ 15. Gottesdienst und Schule.

An allen Sonn- und Festtagen findet evangelischer und katholischer Gottesdienst statt . . . An den Gottesdiensten haben sämtliche Gefangenen teilzunehmen . . .
Abends, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, findet eine Abendandacht statt in der Weise, daß vom Sängerchor in der Zentralhalle ein Lied gesungen und danach ein stilles Gebet verrichtet wird. Die Gefangenen haben während der Zeit still an ihrem Tisch in der Zelle zu sitzen, das Gesicht nach der Zellentür, und dürfen ihren Platz erst dann verlassen, wenn das Signal mit der Glocke zum Abtreten der Sänger gegeben ist.
Während des Gottesdienstes und der Schule hat der Gefangene gerade und ordentlich zu sitzen. Ausspucken in den Einzelsitzen ist verboten.
Ehe der Gefangene zur Kirche oder Schule die Zelle verläßt, hat er sein Bedürfnis zu verrichten.

§ 16. Bibliothek.

Aus der Bibliothek wird den Gefangenen in der Regel einmal wöchentlich durch den Lehrer ein Buch zum Lesen in den Mußestunden verabreicht.

*) Diese und einige andere besonders mittelalterliche Bestimmungen sind durch die „Dienst- und Vollzugsordnung" für die preußischen Strafanstalten seit 1. August 1923 offiziell abgeschaft, — wie die Praxis aussieht, dazu liefern meine Erlebnisse ja manchen Beitrag.
M. H.

. . . Im Einzelfalle kann der Direktor die Benutzung von Büchern gestatten, die nicht der Anstaltsbibliothek entstammen.

§ 17. Verhalten bei besonderer Veranlassung.

. . . Der Gefangene soll keine Krankheit, auch nicht aus falscher Scham, verheimlichen, aber auch keine Krankheit übertreiben oder dichten; das letztere wird streng bestraft . . .

§ 18. Entlassung der Gefangenen.

Die Entlassung der Gefangenen erfolgt zu der Tageszeit, welche nach der von der Staatsanwaltschaft als Beginn der Strafe bezeichneten Stunde berechnet ist . . .
Es wird darauf gesehen, daß der Gefangene in reinlicher, seiner künftigen Lebensstellung entsprechender Kleidung ins bürgerliche Leben zurückkehrt und dazu in erster Linie sein Guthaben verwendet . . .
Am Entlassungstage wird dem Gefangenen das aus seinem Guthaben unumgänglich nötige Reisegeld behändigt.
Etwa sechs Wochen vor Ablauf der Strafzeit werden die Gefangenen ausdrücklich von dem Sekretär befragt, wohin sie entlassen werden wollen und ob sie Fürsorge wünschen. Der Direktor und die Geistlichkeit überehmen die Vermittlung dieser Hilfe.
In allen Provinzen sind Fürsorgeeinrichtungen getroffen, um dem Gefangenen Arbeit und Unterkommen zu beschaffen in Verhältnissen, die ihn vor Rückfall bewahren. Die Fürsorgetätigkeit liegt den kirchlichen Organen (Gemeindekirchenräte, Presbyterien) und den eigentlichen Fürsorgevereinen ob.
Das dem Gefangenen bei der Entlassung zuteil werdende Geschenk aus dem Arbeitsertrage ist im Interesse der Fürsorge zu verwenden; dasselbe kann gegen den Willen des Gefangenen nicht in Anspruch genommen werden zur Bezahlung von Schulden oder zur Deckung von Ausgaben, welche die Kommunalverbände für die Gefangenen selbst oder deren Angehörige geleistet haben. Das Geschenk ist vorzugsweise zu verwenden zur Bezahlung der Reisekosten des Entlassenen nach seinem demnächstigen Aufenthaltsorte, zur Beschaffung von Kleidern, Wohnung, Unterhalt, Arbeitsgerät usw. sowie in geeigneten Fällen zur Unterstützung der Familie des Entlassenen.
Tritt Fürsorge ein, so sendet der Direktor das Geschenk entweder dem Fürsorgeorgane oder der Polizeibehörde des Ortes ein, wohin der Gefangene entlassen wird. Mit der Verwendung wird erst begonnen, wenn der Entlassene sich bei der Ortspolizei vorschriftsmäßig angemeldet hat.
Nur dann kann das ganze Geschenk bei der Entlassung ausgezahlt werden, wenn dasselbe so gering ist, daß es nur zur Bestreitung der Reisekosten und des Unterhalts für wenige Tage ausreicht.
Weigert sich ein Gefangener, die für nötig erachtete Fürsorge anzunehmen, so behält die Anstaltsverwaltung von dem nach Abzug der Reise- und Zehrungskosten für einige Tage am Entlassungsorte noch verbleibenden Reste des Geschenkes die Hälfte zurück; die andere Hälfte wird der Polizeibehörde des Entlassungsortes übersandt, um für den Entlassenen in geeigneter Weise verwandt zu werden.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0011

Der Kommunistische Genossenschafter

Monatliche Beilage zur Tagespresse der KPD.

Neue Schwierigkeiten der Konsumvereine

Seit Jahren stellt die reformistische Bürokratie die Entwicklung der Konsumvereine in der günstigsten Weise dar. Nur durch ihre oberflächliche Betrachtung kommt die reformistische Bürokratie zu solchen Ergebnissen. **Denn auch in der Zeit der relativen Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft ist durch die fortschreitende Konzentration der kapitalistischen Wirtschaft, die Preisdiktatur der Kartelle und Trusts und die Politik der Koalitionsregierung die Entwicklung der Konsumgenossenschaften bedroht.** Bei einem verhältnismäßig schwachen Wachsen der genossenschaftlichen Organisationen (Mitgliederzahlen, Umsätze, Eigenkapital, Spareinlagen usw.) ist eine **Verminderung der Bedeutung der Genossenschaften innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft und neue erhebliche Schwierigkeiten festzustellen.**

Die Ergebnisse der letzten Jahre zeigen folgendes Bild:

	Mitglieder in Tausend	Gesamtumsatz in Millionen Mark	Je Mitglied in Mark	Eigenproduktion in Millionen Mark	Je Mitglied in Mark
1914	1692	486	287	104	62
1927	2909	881	302	241	83
1928	2803	1046	373	302	107

Bei der **Wertung der Umsatzerhöhung** müssen die seit 1914 eingetretenen Veränderungen in Rechnung gestellt werden. Der Mitgliederzuwachs seit 1914 beträgt 64 Prozent. Die seit 1914 eingetretenen Preissteigerungen sind etwa 60 Prozent. In der **Zusammensetzung der Mitgliedschaft** der Konsumvereine ist eine soziale Umschichtung vor sich gegangen, die Zahl der Arbeiter und Angestellten, die 1914 78,70 Prozent betrug, war im Jahre 1927 nur noch 68,28 Prozent. Die heute den Konsumvereinen angehörende größere Zahl der Mittelschichten können höhere Umsätze erreichen, als die Arbeiter und Angestellten im Jahre 1914. Eine der wichtigsten Veränderungen ist die **Erweiterung der bestehenden Betriebszweige, bzw. die Errichtung neuer Betriebszweige** der GEG. und der Konsumvereine (z. B. Warenhäuser, Fleischwaren, Spezialläden usw.) Heute führen die Konsumvereine eine größere Anzahl von Waren als im Jahre 1914, was eine größere Bedarfsdeckung des einzelnen Mitglieds ermöglicht.

Der Durchschnittsumsatz des Mitglieds, der im Jahre 1914 287.— M. betrug und für 1928 mit 373.— M. angegeben wird, ist **heute dem wirklichen Vorkriegswert nach erst etwa 200.— bis 250.— M.** In den Konsumvereinen haben also die einzelnen Mitglieder noch lange nicht den Umsatz von 1914 wieder erreicht.

Eine kritische Untersuchung zeigt auch, daß der **Anteil der Genossenschaften am Gesamthandel in Deutschland in den letzten Jahren zurückgegangen** ist. Die Reformisten machen sich über diese Tatsachen lustig und beschimpfen z. B. den Genossen Meschtscherjakow als einen „Frechling" und „lächerlichen Komödianten", erklären ihn als Vertreter eines „Bruch- und Trümmerhaufens". **Aber die von dem Genossen aufgestellte These bleibt trotzdem richtig.** In der Vorkriegszeit wurde der Anteil der Genossenschaften am Detailhandelsumsatz auf etwa 5 Prozent geschätzt. Für das Jahr 1927 wird der Einzelhandelsumsatz mit etwa 34 Milliarden Mark geschätzt, der Zentralverband erreichte in diesem Jahr einen Umsatz von 982 Millionen Mark, **das sind 2,9 Prozent vom Einzelhandelsumsatz.** Der Einzelhandelsumsatz für 1928 **wird auf etwa 40 Milliarden geschätzt, während** der Umsatz der Konsumvereine des Zentralverbandes 1046 Millionen Mark betrug. **Der genossenschaftliche Anteil am Einzelhandelsumsatz beträgt daher im Jahre 1928 nur noch 2,6 Prozent.** Wir sehen also nichts von der „Verdrängung" der kapitalistischen Wirtschaft durch die genossenschaftliche Wirtschaft, sondern bei absolutem Wachsen der Umsätze der Konsumgenossenschaften einen relativen Rückgang an den Umsätzen der kapitalistischen Wirtschaft.

Der Verband sächsischer Konsumvereine in Dresden hat z. B. bei seinen Vierteljahrsuntersuchungen **für 1928 nur geringe Umsatzsteigerungen** bei einer größeren Zahl der beschäftigten Arbeiter und Angestellten und **Rückgang der Umsatzleistung pro beschäftigte Kraft** festgestellt. Die reformistische Bürokratie verweist auf den zu hohen Unkostensatz und die sächsische Verbandsleitung erklärt offen, daß die Ursachen **„in der geringen Leistung der Beschäftigten und den z. Z. gezahlten Gehältern und Löhnen liegen".** Die Genossenschaften sollen aus den Darlegungen die notwendigen „Nutzanwendungen" ziehen: **also nach der kapitalistischen Rationalisierungsmethode Personal abbauen und die Löhne der unteren Angestellten noch weiter heruntersetzen.**

Die Schwierigkeiten der Konsumvereine lassen sich mit den kapitalistischen Rationalisierungsmethoden nicht lösen. Eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Konsumvereine kann nur durch die Preisgabe der arbeiterfeindlichen Politik der reformistischen Bürokratie eine proletarische Klassenpolitik und **einen weiteren geschäftlichen Ausbau** der Konsumvereine erreicht werden. Die Genossenschaften müssen teilnehmen am Kampf **gegen Zoll- und Steuerraub der Koalitionsregierung, für die Unterstützung der Erwerbslosen, gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der Sowjetunion.** Die Wirtschaftskämpfe des Proletariats für die Hebung des Reallohns und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen müssen die Konsumvereine durch **proletarische Klassensolidarität unterstützen.** Die Schwierigkeiten der Genossenschaften lassen sich innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt nicht völlig beseitigen. Die Erfahrungen zeigen, daß **nach 80 Jahren reformistischer Tätigkeit die deutschen Konsumvereine noch nicht mit 3 Prozent am Gesamtumsatz des Handels beteiligt sind, während die Sowjetgenossenschaften bereits nach 10 Jahren 60 Prozent des Detailhandels umsetzen.** Deshalb übertreibt die reformistische Bürokratie die Leistungen der deutschen Konsumvereine gewaltig und versucht die **ungeheuren** Errungenschaften der Sowjetgenossenschaften zu diskreditieren. Dieses Spiel darf ihnen nicht gelingen.

Verleumdungen als Verteidigung für die SPD.

In einem Artikel „Kommunismus-Lüge" versucht die „Konsumgenossenschaftliche Rundschau" vom 20. April die **von der kommunistischen** Presse geübte Kritik durch „allerlei **hahnebüchene** Schwindeleien" herabzusetzen. Aus der Fülle der behandelnden Fragen wollen wir wegen Platzmangel nur eine herausgreifen. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie erklärt, sie sei **mit aller Schärfe gegen die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer aufgetreten.** Aber davon kann nicht die Rede sein. In den genossenschaftlichen Volksblättern von Mitte Februar wird in einer Notiz gesagt, daß die Vorlagen für das Steuervereinheitlichungsgesetz „nicht von der jetzigen", sondern von der **vorhergehenden sogenannten „Bürgerblockregierung" ausgearbeitet** sei. Die jetzige Regierung ließ sie — angeblich aus taktischen Gründen — unverändert." **Wird hier nicht die Schuld auf die Bürgerblockregierung abzuwälzen versucht?** In der Rundschau vom 19. Januar geschah dies noch viel klarer. In seinem Artikel schrieb Fleißner, daß die Steueraktion „nichts weiter als eine rücksichtslose Konzession der **vorigen** Regierung an die Mittelständler sei." **Fleißner, der genau wußte, daß die Koalitionsregierung Müllers den Steuervereinheitlichungsgesetzen beigetreten ist,** schreibt dann, daß nun „die jetzige Mehrheit des Reichstages und auch die gegenwärtige Reichsregierung" in Aktion treten sollten. **Wenn die reformistische Genossenschaftsbürokratie dieses Verhalten von Fleißner nicht billigen würde, hätte sie sofort dagegen Stellung genommen.**

Es bleibt also dabei, daß die reformistische Genossenschaftsbürokratie zur **Entlastung der SPD. die Schuld für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer auf die Bürgerblockregierung abwälzen will.** Warum ist sonst nichts gegen das Verhalten der SPD.-Minister in der Reichsregierung getan?

Weshalb hat die Redaktion der Rundschau den Genossenschaftsmitgliedern die Abstimmung der SPD.-Fraktion im Preußischen Landtag für die Heranziehung der Konsumvereine zur Gewerbesteuer unterschlagen? Darauf muß die reformistische Bürokratie Antwort geben.

Im **Württembergischen Landtag** ist von der SPD. ein Antrag für die Befreiung der Konsumvereine von der Gewerbesteuer eingebracht. Dieser Agitationsantrag zeigt nur die schmähliche Doppelrolle der SPD. Die reformistische Genossenschaftsbürokratie hat jetzt die Genossenschaften viel offener als früher der **Koalitionspolitik unterordnet.**

KPD.-Antrag für die Genossenschaften in Hamburg

Die Kommunistische Partei hat nicht nur im Reichstag und in den verschiedenen **Landtagen** jeweils die Interessen der proletarischen Genossenschaftsmitglieder vertreten, sondern auch in den **Gemeinden.** Wir erinnern an den erst vor kurzer Zeit veröffentlichten **Antrag in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.** Jetzt hat auch die kommunistische **Bürgerschaftsfraktion** in **Hamburg** folgenden Antrag eingebracht.

Die Bürgerschaft ersucht den Senat

1. sofort den **Beitritt in den Konsum-, Bau-** und Sparverein „Produktion" e. G. m. b. H. zu beschließen,
2. die Befreiung des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion" von der **Gewerbesteuer** und der **Grundsteuer** bei der Bürgerschaft zu beantragen,
3. dahin zu wirken, daß alle **Waren- und Sachleistungen** der hamburgischen Gemeinden für bedürftige Einwohner (Rentner, Wohlfahrts- und Erwerbslosenunterstützungsempfänger usw.) durch den Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion" vorgenommen **werden,**
4. der „Produktion" zinslose Kredite für die von den öffentlichen Körperschaften regelmäßig zu **beziehenden Waren** und auf Antrag auch zinslose Darlehen zur Erweiterung der Geschäftsbetriebe des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion" zu gewähren,
5. dahin zu wirken, daß die Plakatsäulen, Reklameflächen der Hoch- und Straßenbahn dem Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion" in ausreichendem Maße für die genossenschaftliche Propaganda **kostenlos** zur Verfügung gestellt werden,
6. dem Konsum-, Bau- und Sparverein **„Produktion"** in allen öffentlichen Gebäuden geeignete **Reklameflächen** kostenlos zu überlassen,
7. die **Berufsschulbehörde** anzuweisen, in den Berufsschulen eine Pflichtstunde wöchentlich einzuführen, in der über Entstehung, Entwicklung, Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaften und Genossenschaften Unterricht erteilt wird.

Die Genossenschaftsbürokratie **hat bereits im Mitgliederausschuß** der „Produktion" **Witze** über diesen **Antrag** der KPD. gemacht. Die SPD. wird in Hamburg **genau so wie** seinerzeit in Berlin die wichtigsten Forderungen **ablehnen.** Die proletarischen Genossenschaftsmitglieder müssen auch in **anderen** Städten die Initiative für die Durchsetzung dieser Forderungen in den Gemeinden ergreifen. Dabei gilt es nicht **nur den** Kampf gegen die bürgerlichen Parteien, sondern auch gegen die SPD. zu führen, die die Interessen der Genossenschaftsmitglieder preisgibt.

IGB. beteiligt sich am Abrüstungsmanöver der Sozialimperialisten

Die 2. Internationale, die am Wettrüsten in allen Ländern und an den imperialistischen Kriegsvorbereitungen aktiv beteiligt ist, führt ein Abrüstungsmanöver durch. Dabei hat sie verschiedene Organisationen aufgefordert, Entschließungen an die vorbereitende Abrüstungskommission zu richten. **Die 2. Internationale hat sich auch an die Genossenschaftsinternationale gewandt und sie zur Unterstützung ihres heuchlerischen Manövers aufgefordert.** Der IGB. in London hat alle Organisationen in einem **Rundschreiben** zur Unterstützung der sozialdemokratischen Aktion aufgefordert und ihnen eine Entschließung zugestellt. In dieser Entschließung wird die „möglichst kürzeste Frist" für die Beendigung der Arbeiten der Vorbereitungskommission und Einwirkung auf die kapitalistische Regierungen, um den „Frieden tatsächlich zu verwirklichen", gefordert. Auch wird von den Genossenschaften verlangt, daß sie bei den Maidemonstrationen für die sozialimperialistischen Zwecke eintreten sollen.

Der Centrosojus hat im Auftrage der Sowjetgenossenschaften gegen dieses Vorgehen der Leitung des Internationalen Genossenschaftsbundes protestiert und **Einspruch gegen die Zusammenarbeit des IGB. und der 2. Internationale für die Unterstützung der Völkerbundspolitik** erhoben. Die Sowjetgenossenschaften fordern mit Recht, daß alle Genossenschaftsorganisationen die von Litwinow in Genf eingebrachten **Vorschläge über die vollkommene Abrüstung unterstützen** sollen. Gleichzeitig haben sich die Sowjetgenossenschaften gegen die Unterstützung der sozialdemokratischen Maifeiern ausgesprochen und die Beteiligung der Genossenschaften an den 1.-Mai-Veranstaltungen als eine **Demonstration gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen** verlangt.

Das Verhalten der Leitung des Internationalen Genossenschaftsbundes muß alle proletarischen Mitglieder empören. Die Sozialdemokraten bewilligen den kapitalistischen Regierungen die Kriegsrüstungen (Wehretat — Panzerkreuzer usw.) und besorgen die imperialistischen Kriegsvorbereitungsgeschäfte der Bourgeoisie. Mit diesen Sozialimperialisten sollen die Genossenschaftsmitglieder zusammenwirken. Dieser Vorgang zeigt nicht nur, wie die Leitung des IGB. mit den Sozialimperialisten zusammenarbeitet, sondern ist auch ein Beispiel für die vielgepriesene politische „Neutralität" der Genossenschaften. Ueberall müssen die Mitglieder den schärfsten Kampf gegen die Sozialimperialisten führen und die offene Behandlung der imperialistischen Kriegsvorbereitungen, den Kampf gegen die imperialistische Kriegsgefahr und für die Verteidigung der Sowjetunion fordern.

Genossenschaftliche Rundschau

Neuwahlen in den Konsumgenossenschaften der USSR. In den Konsumgenossenschaften begannen die Neuwahlen der Genossenschaftsleitungen. Nach den vorliegenden Berichten weist der Besuch der Wahlversammlungen gegenüber dem Vorjahre einen erheblichen Zuwachs auf. **75 bis 80 Prozent der Mitgliedschaft haben an den Wahlversammlungen teilgenommen.** Diese Zahlen beweisen die große Aktivität der Mitglieder in den Sowjetgenossenschaften.

Genossenschaftsbürokratie gegen 1. Mai. Die genossenschaftlichen Zentralinstanzen haben schon vor Jahren die Offenhaltung der Verteilungsstellen der Konsumvereine am 1. Mai verlangt. Auch in diesem Jahre hat die reformistische Bürokratie, so z. B. in Jena, Pößneck, Bremen usw., versucht, die Verteilungsstellen am 1. Mai offenzuhalten. **Vielerorts ist nur gegen den Willen der reformistischen Bürokratie die Arbeitsruhe am 1. Mai in den Genossenschaftsbetrieben erreicht.**

Die Genossenschaftsarbeit auf den Bezirksparteitagen. In diesen Wochen haben in allen Bezirken die Bezirksparteitage stattgefunden. Sowohl in den **Berichten** der Bezirksleitungen, in **Referaten** und **Diskussionsreden** ist der Stand und die Bedeutung der Genossenschaftsarbeit betont. In einigen Bezirken, wie z. B. Wasserkante, Ruhrgebiet, Berlin-Brandenburg, Erzgebirge, Vogtland usw. sind besondere Entschließungen zur Genossenschaftsarbeit angenommen. **Die Berichterstattung über die Bezirksparteitage muß auch zu einer Verstärkung der Genossenschaftsarbeit der Partei ausgenutzt werden.**

Riesengehälter der GEG.-Geschäftsführer. Die reformistische Gewerkschaftsbürokratie verschweigt seit langem den Mitgliedern die Bezahlung der ersten Geschäftsführergruppen. Wie jetzt aus dem Betrieb der GEG. in Hamburg bekannt wird, **sollen die ersten Geschäftsführer ein Jahresgehalt nebst Aufwandsentschädigung von 30 000 bis 40 000 Mark (!) erhalten.** Während die reformistischen Führer immer auf die Notwendigkeit der kapitalistischen Rationalisierung in den Genossenschaftsbetrieben hinweisen und den Arbeitern und Angestellten keine angemessene Entlohnung gewähren, sichern sie sich **Riesengehälter.**

Die GEG. in Unternehmerzeitung. In der Unternehmerzeitschrift der **Borsigwerke** veröffentlicht der bekannte Striemer einen Artikel über die GEG. Da in dieser Zeitschrift nicht nur **Betriebe der GEG. abgebildet** werden, sondern auch die **Photographien der sechs Geschäftsführer** erscheinen, muß die Geschäftsleitung der GEG. das Material zur Verfügung gestellt haben. Nachdem bereits die Berliner Genossenschaft sich nicht scheute, diese Unternehmerzeitung zu Reklamezwecken zu benutzen, folgt jetzt auch die GEG. diesem Beispiel.

„Quer durch Rußland" (Von Leningrad bis Baku), so betitelt sich die vom Konsumverein Limbach herausgegebene **Broschüre einer deutschen Genossenschaftsdelegation** über den Stand der Konsumgenossenschaften in der USSR. Diese Broschüre bringt nicht nur gute Berichte über die Genossenschaften, sondern auch über das Arbeiterleben und ist mit einer Reihe interessanter Photographien versehen. (Zu beziehen durch den Verlag Bücherstube **Chemnitz,** Kirchgäßchen 7.)

Delegation englischer Industrieller im Centrosojus. Die englische Wirtschaftsdelegation hat auch den Centrosojus aufgesucht. Sie interessierte sich hauptsächlich für den Abschluß von Verträgen mit dem Centrosojus auf Lieferung von Massenkonsumartikeln (Lederwaren, Tischlerwerkzeugen, Beilen).

Eine Million Rubel für Speisewesen. Die zentrale Sektion der Arbeitergenossenschaften beim Centrosojus hat 1 Million Rubel für das Speisewesen zur Verfügung gestellt. Von diesen Mitteln sollen **Speisehallen und Küchen,** und zwar hauptsächlich in Arbeiterbezirken, wie Rostow am Don, Schachty, Nadeshdinsk, Ishewsk, Kulebiaka errichtet werden.

Inseratengewährung als Korruptionsversuch. In letzter Zeit haben eine Reihe Geschäftsleitungen größerer Konsumvereine wie z. B. **Dresden, Berlin, Köln** usw. den kommunistischen Tageszeitungen die Inserate gesperrt. Der Entzug der Inserate erfolgte, weil diese Zeitungen durch eine rücksichtslose Kritik die Politik der reformistischen Genossenschaftsbürokratie brandmarkten. Nunmehr ist auch im **Mitgliederausschuß der „Produktion" in Hamburg** der Antrag gestellt, **der „Hamburger Volkszeitung" sämtliche Inserate zu sperren.** Die Reformisten dürfen nicht glauben, daß sie durch solche Korruptionsversuche die Arbeit der Kommunisten beeinträchtigen können.

Fortschritte der Oppositionsarbeit. Bei der in der Generalversammlung des Konsumvereins **Pölzig** erfolgten **Wahl der Aufsichtsratsmitglieder** wurden an Stelle der früheren SPD.-Leute zwei Kommunisten gewählt. Auch bei der Aufsichtsratswahl in der Generalversammlung des **Konsumvereins** Schleiz wurde ein Kommunist neben zwei SPD.-Vertretern in den Aufsichtsrat gewählt.

Wachstum der Genossenschaften nach dem Fünfjahresplan der USSR. In dem für die Volkswirtschaft der USSR. für die nächsten fünf Jahre aufgestellten Plan sind auch **Angaben über die wachsende Vergenossenschaftlichung der Sowjetwirtschaft** enthalten. Die Genossenschaften, die im Jahre 1927/28 bereits [illegible] Prozent des Kleinhandels beherrschen, **werden** im Jahre 1932/33 ihren Anteil auf 78,9 Prozent steigern. Die Zahl der in den **landwirtschaftlichen Genossenschaften erfaßten** Bauernwirtschaften, die 1927/28 9,5 Millionen betrug, soll 1932/33 23,58 Millionen erreichen, **während in der gleichen Zeit die Zahl der Mitglieder der Konsumgenossenschaften von 22,6 Millionen** auf [illegible] Millionen anwachsen soll.

Verantwortlich für Verlag und Inhalt: Edwin Hoernle, M. d. R., [illegible]

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019290522-13/fragment/page=0012